

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, 1,10 Mark pro Vierteljahr, 4,40 Mark pro Jahr, 1,10 Mark pro Quartal. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postgebühren: 1,10 Mark pro Monat, 4,40 Mark pro Vierteljahr, 1,10 Mark pro Quartal. Ausland: 2 Mark pro Monat, 6,60 Mark pro Vierteljahr, 2,20 Mark pro Quartal. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Österreich, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgetragene Kolonette oder deren Raum 10 Pf., für vollständige und graphisch gezeichnete Interaktions-Angebote 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Angebote das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erste Ausgabe am Montag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 19. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1984.

Zwei Annagelungen!

Die wenigen Sitzungen, die bisher der neue Reichstag gehabt hat, haben ihm bereits ein bestimmtes Gepräge gegeben. Es zeigt sich, daß die Methode im letzten Wahlkampf, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln der Klige und Verleumdung zu bekämpfen, auch innerhalb des Reichstages fortgesetzt werden soll. Zeitweilig hat diese Methode seitens der Gegner einen Charakter angenommen, daß man glaube es beständen die Redner des Blocks aus lauter Agitatoren des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie.

Umsomehr ist die Parteipresse verpflichtet, dieser Kampfweise unserer Feinde die größte Aufmerksamkeit zu schenken und die Wortführer unserer Feinde auf ihre Taten anzunageln, wo immer die Gelegenheit sich bietet.

Der Anfang sei gemacht mit dem Abgeordneten v. Dirksen und dem Abgeordneten v. Heyl, die beide in der vorigen Woche im Reichstag eine Rolle spielten, die zu Ruh und Frommen unserer Parteigenossen nicht totgeschwiegen werden darf.

Herr v. Dirksen und Herr Febr. v. Heyl zu Herrnsheim haben beide verschiedenes miteinander gemein. Beide sind von Adel, gehören also zu den Edelsten und Besten der Nation. Beide sind feine Leute — hübsche Millionäre — sie gehören also zu den Männern von Welt, die sich rühmen, eine besondere Bildung zu genießen. Beide sind nicht nur Feinde, sondern grimmige Hasser der Sozialdemokratie, die sie strupellos bekämpfen, weshalb sie unsere ganz besondere Beachtung verdienen.

Herr v. Dirksen hat dem Wormser Lederkönig voraus, daß er, wie das Reichstagshandbuch besagt, Geheimrat a. D. und kaiserl. außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister ist, also auch im Staatswesen eine hohe Stellung inne hat, die ihn zu ganz besonders anständigen Betragen verpflichten sollte. Wer Herr von Dirksen aus dem Wahlkampf kennt — er ist Vertreter für Kottbus-Spremberg — weiß, daß dieses durchaus nicht der Fall ist, denn Herr von Dirksen hat es im Wahlkampf für seine Hauptaufgabe gehalten, in seinen Versammlungen und in seinen Flugblättern die Sozialdemokratie und ihre Führer in der unwürdigsten Weise zu beschimpfen.

Nach seinem Verhalten in der Sitzung des Reichstages vom Montag, den 11. März, scheint er dieses Handwerk auch im Reichstage fortsetzen zu wollen. Hierbei entwickelt er aber noch eine andere unschöne Eigenschaft, die man bei einem so hohen satzfähigen Herrn am wenigsten voraussetzen sollte!

Nachdem Herr v. Dirksen in der Sitzung des Reichstages am 11. d. M., gestützt auf das Material des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, diese aufs stärkste beschimpft hatte, ging er zu einem persönlichen Angriff auf die anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten über, der sich nach dem stenographischen Bericht in folgender Weise abspielte:

„Aber, meine Herren, wodurch unterscheiden wir uns denn von Ihnen? Sie werfen uns vor, daß wir bezahlte Agitatoren ins Land schicken; werden denn von Ihnen nicht auch Beamte bezahlt, z. B. die Konsumvereinsbeamten, Gewerkschaftsbeamten, und nicht einmal von Ihren eigenen Geldern, sondern von dem Gelde, das Sie von den Arbeitern erpressen?“
 (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)
 „Ich glaube, da ist die Verzählung, die Sie — —“
 (Stürmische Rufe von den Sozialdemokraten: Zur Ordnung!)

— Nein, das ist nicht Bloß, sondern traurige Wahrheit.
 (Erneute stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten: Zur Ordnung! — Glocke des Präsidenten.)
 Präsident: Der Herr Redner hat nicht von den Sozialdemokraten hier im Hause gesprochen, sondern im allgemeinen von der sozialdemokratischen Partei.
 (Stürmischer Widerspruch von den Sozialdemokraten.)

— Ich habe den Herrn Redner so verstanden, daß er von der Sozialdemokratie im allgemeinen gesprochen hat.
 (Erneute stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)
 — Wenn der Herr Redner von den Sozialdemokraten hier im Hause das gesagt hätte, so würde es unzulässig sein.
 (Wiederholte stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

v. Dirksen, Abgeordneter: Selbstverständlich habe ich mich an kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei im Hause gewandt, sondern ich habe gesagt: bekanntlich werden die Gelder, die die Sozialdemokratie für ihre Zwecke braucht, aus den Arbeitern zum Teil erpresst.
 (Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten — Ruf: Schon wieder gelogen!)

Präsident: Herr Abgeordneter haben, ich rufe Sie zur Ordnung!
 (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)
 Wir meinen, nicht dem Herrn haben, sondern Herrn v. Dirksen hätte der Ordnungsruf gebührt. Herr v. Dirksen hatte, wie der stenographische Bericht zeigt, in der Tat die im Hause anwesenden Sozialdemokraten tatsächlich persönlich angegriffen und beschimpft und es war ein schändlicher Rückzug von ihm, daß er aus Furcht vor dem wohlverdienten

Ordnungsruf des Präsidenten mit demselben Atemzug die ausgesprochene Verleumdung leugnete und etwas behauptete, was er nicht gesagt hatte.

Vielleicht kommt einer unserer Abgeordneten auf dieses Gebahren des ehrenwerten Abgeordneten für Kottbus-Spremberg zurück und läßt ihm die verdiente Züchtigung zu teil werden.

Dieses ist die erste Annagelung.
 Die zweite betrifft den Freiherrn von Heyl zu Herrnsheim.

In der Sitzung des Reichstages am Donnerstag, den 14. März stand eine Interpellation des Herrn v. Heyl auf der Tagesordnung, betreffend die Verhältnisse der Privatbeamten, wobei es sich besonders um die Ausdehnung der Versicherungsspflicht auf die Privatbeamten handelte.

Herr v. Heyl spielt sich seit geraumer Zeit im Reichstage als großer Arbeiterfreund und Sozialreformer auf, obgleich so manches, was aus seinem Munde und seinem Verhalten aus Worms verläutet, damit schlecht in Einklang zu bringen ist. Als Sozialreformer spielte er sich auch wieder in der erwähnten Sitzung auf. Er führte unter anderem aus:

„Es ist ja jetzt schon Vorschrift, daß die Privatbeamten in die Versicherung eingeschlossen werden bei einem Gehalte bis zu 2000 Mark. Meine Herren, was wollen Sie aber mit einer derartigen Gehaltsgrenze für die Privatbeamten anfangen? Bei uns am Rhein verdient der Fabrikarbeiter, der leistungsfähige Arbeiter, 1500 Mark jährlich, und der Werkmeister ist dort im Höchstbetrage auf jährlich etwa 2400 Mark einzuschätzen. Unter 3- bis 4000 Mark wird ein tüchtiger kaufmännischer oder technischer Beamter kaum eine Stelle in einem anständigen großindustriellen Betriebe annehmen. Infolgedessen ist die Grenze, die im Versicherungsgesetz für den Privatbeamten vorgesehen ist, ohne alle Bedeutung.“

Darauf antwortete ihm der Genosse Heine, nachdem er über die traurige Lage vieler in diesem sogenannten „neuen Mittelstand“ Beschäftigten gesprochen und ausgeführt hatte, daß insbesondere die rückwärtslose Anwendung der Konkurrenzklausele viele Beamte schwer schädigte, folgendes:

„Sie wird ja allerdings auch den Arbeitern gegenüber in einer Weise verwendet, daß man sie zu wackerlich nennen könnte. Es kommt vor, daß Arbeiter mit 24 M. Wochenlohn sich verpflichten müssen, in den Betriebsarten, für die sie engagiert waren, viele Jahre lang nicht tätig zu sein bei einer Konventionalstrafe von 5000 M.“

(Hört! hört!)

— Herr Freiherr v. Heyl verläßt das Haus, es bezieht sich nämlich auf ihn!

(Unruhe bei den Nationalliberalen. — Zuruf: Er wurde gerade in diesem Augenblick abgerufen!)

— Dann bitte ich um Verzeihung, wenn es ein Zufall war. Über derartige Konkurrenzklausele sind gerade in dem Betriebe der Firma v. Heyl etwas Ähnliches.“

Auf diesen schweren Angriff antwortete Herr v. Heyl später also:

„Wenn der Herr Abgeordnete Heine nun geglaubt hat durch persönliche Angriffe gerade meine Initiative in Verbindung mit meiner industriellen Tätigkeit, ich will nicht sagen, herabwürdigend zu sein, aber doch mindestens abzuschwächen, so muß ich das außerordentlich bedauern. Er hat erklärt, in meinem Betriebe wäre die Einfügung der Konkurrenzklausele mehr als üblich im Gebrauch. Meine Herren, Verträge mit Arbeitern werden in meinem Betriebe überhaupt nicht gemacht; die haben juristisch gar keinen Wert, sie sind gar nicht durchführbar. Verträge mit Konkurrenzklausele werden in meinem Betriebe nur mit Vertrauenspersonen abgeschlossen, die in Geheimnisse eingeweiht werden.“

... Was speziell den Fall angeht, den der Herr Abgeordnete Heine vorher angeführt hat, so habe ich soeben schon an meinen Betrieb telegraphiert, um eine Nachricht zu bekommen, weil ich diesen Spezialfall durchaus anzweifeln muß. Ich behalte mir vor, nachdem ich telegraphische Rückantwort erhalten habe, darüber noch nähere Aufklärung zu geben, befreite aber, daß die Konkurrenzklausele in meinem Hause in besonders hartem Maße üblich ist.
 (Wab! bei den Nationalliberalen.)

In der weiteren Debatte nahm wieder Genosse Heine das Wort und antwortete:

„Ich muß nun noch auf die Angelegenheit betreffend Herrn Freiherrn v. Heyl eingehen. Der Herr Abgeordnete hat gesagt: Solche Verträge existieren nicht in seinem Betriebe. Es ist jetzt nicht ganz zwei Jahre her, wenn ich nicht irre, daß ich von einem Angestellten oder Arbeiter, oder wie man es nennen will, der Firma Cornelius Heyl gefragt wurde, ob ein solcher Vertrag, der mit abereicht wurde, gültig wäre. Leider mußte ich nach der bestehenden Gesetzgebung bestätigen, daß er gültig war und daß es für den betreffenden Mann unmöglich war, aus den Fesseln dieses Vertrages zu entkommen. Vor kurzem habe ich wieder einen solchen Vertrag in die Hände bekommen. — Auf den bezog ich mich heute. Beide sind nach demselben Schema abgefaßt. Der Vertrag ist im Jahre 1900 geschlossen auf fünf Jahre mit der Erklärung, daß er bei Nichtkündigung ein Jahr vor Ablauf sich auf unbestimmte Zeit verlängere. Ob er heute noch besteht, vermag ich

in diesem konkreten Falle nicht zu sagen, jedenfalls ist er geschlossen mit der Absicht auf längere Gültigkeit. In diesem Vertrage ist ein Angestellter mit 24 M. Wochenlohn angefaßt.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
 Der Herr Abgeordnete Freiherr Heyl zu Herrnsheim hat gesagt, daß bei ihm Verträge überhaupt nicht mit Arbeitern, sondern nur mit „Vertrauenspersonen“ geschlossen würden. Gut, dann haben wir also hier eine „Vertrauensperson“ mit einem Wochenlohn von 24 Mark.

(Heilerkeit.)
 Diese Vertrauensperson verpflichtet sich, nach Auflösung des Vertrages nicht tätig zu sein in einem gleichen oder auch nur ähnlichen Geschäft in Hesse, Baden, der Pfalz, Elsaß-Lothringen, der Rheinprovinz, Hessen-Kassau, Thüringen und im Königreich Sachsen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten)
 und dort seine Erfahrungen weder direkt noch indirekt zu verteidigen. — Dann kommen die Branchen, in denen der betreffende das nicht tun darf. Diese Bereiche ich aus diesem Abschnitt nicht, damit dadurch nicht etwa eine Möglichkeit gegeben wird, zu ermitteln, wer der Beteiligte ist, und nicht Nachteile für ihn entstehen könnten. — Dann folgt die Bestimmung, daß, wenn er diesen Verpflichtungen zuwiderhandelt, er verbunden ist, eine Konventionalstrafe von 5000 Mark zu zahlen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten),
 ohne daß er durch Zahlung derselben von seinen Verpflichtungen zum Ertrag eines höheren Schadens entbunden wird. Der Mann verdient also im Jahre propter propter 1250 M., und die Konventionalstrafe würde den vierfachen Betrag seines Einkommens ausmachen.
 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
 Würde eine solche Klausel von einem Handelsangestellten abgeschlossen sein, so würde sie ja nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches ohne weiteres anfechtbar sein. Leider gibt es für die gewerblichen Arbeiter eine solche Bestimmung nicht, und nach dem ganzen Inhalt dieses Vertrages bezweifle ich, daß der betreffende unter die Werkmeisterbestimmung der Gewerbeordnung fällt.

Der Vertrag hat noch eine weitere Bestimmung, daß, wenn die Firma Cornelius Heyl selber die Kündigung vornimmt, ohne einen besonderen Grund, daß dann die Zeit, wo der Arbeiter nicht in anderen Betrieben arbeiten darf, auf zwei Jahre herabgesetzt wird.
 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Konventionalstrafe wird dabei nicht einmal ermäßigt. Dieser Vertrag bezieht sich also auf jemanden, der nach der Erklärung des Freiherrn Heyl zu Herrnsheim unter die höheren Angestellten fällt, der eine Vertrauensperson ist. Da muß ich sagen, es ist das eine Bestimmung für das, was ich vorhin ausführte, daß diese Leute vielfach schlechter daran sind als Arbeiter, gebundener als Arbeiter, und daß, wo sie sich vielleicht eine andere Stellung suchen könnten, die Konkurrenzklausele dazu dient, sie vollständig zu fesseln und ihnen das unmöglich zu machen.
 (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf gab Herr v. Heyl folgende Erklärung ab:
 „Meine Herren, der vorgelegte Vertrag entzieht sich meiner Kontrolle. Es ist zunächst festzustellen, daß der Vertrag unter Umständen abgelaufen ist. Keinesfalls trägt der Vertrag meine Unterschrift. Ich würde diese Konventionalstrafe bis 24 Mark Wochenlohn unter gar keinen Umständen billigen. Ich halte den Vertrag auch juristisch für durchaus anfechtbar (Sehr richtig! links), wie er abgeschlossen ist. Ich bin der Meinung, soweit ich über Verträge in meinem Hause persönlich mit meinem Justizrat in den letzten 10, 15 Jahren verhandelt habe, daß die Konventionalstrafe in einem richtigen Verhältnis zu dem Lohn stehen muß. Bei einem Lohn von 24 Mark halte ich eine Konventionalstrafe von 5000 Mark für zu hoch. Ich zweifle an, daß der Vertrag noch besteht; keinesfalls ist er von mir unterschrieben. Aber ich habe vorhin schon, als Herr Heine die erste Rede hielt, nach Worms telegraphiert, um Mitteilung über das Tatsächliche zu erhalten. Ich behalte mir vor, darüber nähere Auskunft zu erteilen.“

Die Heinesche Antwort auf diese Erklärung des Herrn v. Heyl lautete:

„Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Heyl haben das eine wiederum bestätigt, was ich vorhin gesagt habe; der Herr Abgeordnete v. Heyl kennt den Vertrag nicht. Der Vertrag, der mir vor zwei Jahren vorgelegt wurde und der mit diesem hier wörtlich gleichlautend war, soweit ich mich entsinnere — war in ein metallographiertes Formular eingetragen. Es scheint doch also der Vertrag nicht nur einmal dort geschlossen zu werden, sondern häufig oder sagen wir, geschlossen worden zu sein, weil ich ja nicht weiß, ob heute noch solche Verträge dort neu geschlossen werden. Herr Freiherr v. Heyl kennt den Vertrag gar nicht. Er meint, er würde ihn nicht geschlossen haben, wenn er es geteugt hätte. Ein Beweis dafür, was ich vorhin sagte, daß in solchen diesen Betrieben und bei solchen Menschenvermögen die eigentlichen Väter des Produktionsprozesses nicht die Herren Eigentümer und Chef selber sind. Es entscheidet, wie ich ohne weiteres zugebe, Herr v. Heyl persönlich in sehr hohem Grade, wenn er von diesen Dingen nichts gewußt hat, und davon will ich gern Akt nehmen.“

Gestern srieden wir Montag, den 18. März. Seit jener Erklärung des Herrn Freiherr v. Heyl zu Herrns-

heim sind vier Tage vergangen, in welcher Zeit der Reichstag drei Sitzungen hielt.

Herr Freiherr von Seyd zu Herrnhelm hat, wie er im Reichstag mitteilte, Donnerstag nachmittag, den 14. März sofort nach seinem Geschäft telegraphiert, die Antwort — wenn auch brieflich — konnte bequem Freitagmittag vor Beginn der Sitzung vorliegen. Aber selbst gestern blieb Herr v. Seyd stumm wie das Grab. Ob er noch in dieser Session die Sprache wiedererlangen wird? —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März 1907.

Das warme Herz für die Unterbeamten.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Reichstag mit den überaus dürftigen Gehältern der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die seit einem Jahrzehnt keine Aufbesserung erfahren haben. Kein Mensch in der Regierung dachte auch daran, ihnen endlich die dringend notwendige Gehaltszulage zu gewähren, wenn nicht plötzlich mitten im Wahlkampf die Regierung in der Wahlkampf auf den Gedanken verfallen wäre, diese Hunderttausende von Beamten durch das Versprechen einer Gehaltsaufbesserung für den Regierungsbloß günstig zu stimmen. Im Etat war kein Wort über diese Gehaltsaufbesserungen gesagt, dort war nur für einzelne Beamtencategorien eine Erleichterung des Aufstiegs in höhere Posten vorgesehen. Erst mitten in der Wahlkampagne kam der Regierung die Erleichterung, daß es endlich an der Zeit sei, auch den Postproletariern eine Zulage zu gewähren. Nachdem dann die Wahlkämpfe geschlagen war, sah sich die Regierung wohl oder übel genötigt, ihr Versprechen in ihrer Weise einzulösen. Zu einer Gehaltszulage freilich vermagte sie sich auch jetzt noch nicht zu verstehen. Sie vertröstete die Beamten auf später. Dagegen war ihnen eine armselige einmalige Notstandsulage in der Gesamthöhe von ganzen drei Millionen Mark oder 50 Mark pro Kopf zugedacht! Diese jämmerliche Abfindung war selbst den bürgerlichen Parteien zu lässlich. Die Kommission beschloß deshalb eine Resolution, durch die die verbündeten Regierungen ersucht werden, bis zur dritten Beratung des Etats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 100 M., den mittleren Beamten bis zu 200 M., Gehalt je 150 M., als einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werde.

Das Zentrum, auf dessen Standpunkt sich auch Sozialdemokratie und Antisemiten stellten, beantragte dagegen, dem Königreich einen besonderen Paragraphen hinzuzufügen, wodurch den Unterbeamten je 100 und den mittleren Beamten mit einem Gehalt bis zu 3000 M. je 150 M., außerordentliche einmalige Beihilfe gewährt werde. Die Modmehrheit also wollte sich mit einer Resolution begnügen, die diese Zulagen in den guten Willen der Regierung stellte, während Zentrum, Sozialdemokratie und Antisemiten diese Unterstützung etatsmäßig festgelegt wissen wollten.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes beteuerte die Absicht der Regierung, den Wünschen des Parlaments Rechnung tragen zu wollen, nur möge man sich mit dem in der Resolution ausgedrückten Wunsche begnügen, nicht aber in den Etat „ungezählte Millionen (!) hineinschieben“ und dadurch einen Konflikt mit der Regierung heraufzubeschwören. Die Regierung werde sobald als möglich einen Ergänzungsetat vorlegen. Auch sei der Reichsanwalt bereit, die Frage einer Gehaltsaufbesserung für das Jahr 1908 in Angriff zu nehmen. Dann sei auch zu erwarten, daß sich Reichstag und Regierung über die Deckung dieser Aufwendung einigen.

Während die Abgeordneten Vea (nall.) und Nicht-hofen (.) gegen den Antrag Gröber sprachen, vor einem Konflikt mit der Regierung warnten, und für die Resolution eintraten, betonte Genosse Singer mit aller Schärfe das Recht des Reichstages, nicht nur Abträge am Etat vorzunehmen, sondern auch die Etatspositionen zu erhöhen. Bestehe man dem Reichstag dies Recht nicht zu, so drücke man ihn zu einem gesetzgeberischen Faktor zweiten Ranges herab. Gegen eine solche Verkümmern der Rechte des Hauses müsse energische Verwahrung eingelegt werden. Des weiteren geißelte Singer kräftig die erbärmliche Manier der Regierung in der Frage der Gehaltsaufbesserung der Beamten, einer der ersten Kulturaufgaben des Reiches, die von der Deckungsfrage abhängig mache, während man für Militarismus und Kolonialpolitik ungezählte Millionen zum Fenster hinauswerfe. Am jedoch wenigstens das bei der Haltung der Modparteien überhaupt Mögliche für die Beamten herauszuschlagen, erklärte Singer namens der Fraktion, daß die Sozialdemokratie für die von der Kommissionmehrheit vorgelegene Resolution eintraten werde. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes, die gerade durch das energische Vorgehen der Minderheit erzwingen worden seien, werde die Regierung sich ja den durch die Resolution ausgeprochenen Wünschen nicht mehr entziehen können! Ähnliche Erklärungen wurden auch vom Zentrum und den Antisemiten abgegeben, so daß schließlich die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Die Redner des Blocks, der auf diese Weise die etatsmäßige Festlegung der Notstandszulagen vereitelt hatte, besaßen noch die geschmacklose Heuchelei, sich ihrer Strategie zu rühmen! Dem Bloß sei es zu danken, daß die Beamten nicht leer ausgingen, während bei einem Konflikt mit der Regierung gerade sie die Opfer des Krieges seien. Als ob die Regierung den Mut gehabt haben würde, sich gegen die etatsmäßige Festlegung der Unterstützungen auch dann noch zu sträuben, wenn auch die Modparteien dafür zu haben gewesen wären!

Sache der Regierung ist es nun, ihre Versprechungen auch b o l l i n h a l t l i c h einzulösen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls nicht verfehlen, die Regierung und die Mehrheitsparteien an ihre Versprechungen nachdrücklich zu erinnern! —

Bibel, Katechismus und Gesangbuch.

Bibel, Katechismus und Gesangbuch nannte am Montag im Abgeordnetenhaus bei der Generaldebatte zum Kultusetat der Abg. v. Oldenburg (konf.) die heiligsten Güter des Volkes, und diese heiligsten Güter vor allem hat noch seiner Ansicht ein Kultusminister, der etwas laugen will, zu pflegen. Herr v. Oldenburg stellt also im Rantzen seiner Freunde und in Uebereinstimmung mit dem Zentrum dem Minister Stund das Zeugnis aus, daß er ein tauglicher Minister des Geistes ist. In der Tat sind Bibel, Katechismus und Gesangbuch die Mittel, deren sich Herr

v. Stund in seiner ganzen Ministerlaufbahn bedient hat. Die von ihm eingeführte Beschaffung der Volksschule legt davon ebenso bezeichnendes Zeugnis ab, wie die Bevorzugung der Anhänger der sogenannten positiven Richtung bei der Besetzung der Lehrstühle für Theologie an den preussischen Universitäten.

In der Debatte über das Ministergehalt plähten die Geister wieder heftig aufeinander: Auf der einen Seite die konservativ-liberale Mehrheit, die in Herrn Stund ihr Ideal eines Ministers des Geistes erblickt, auf der anderen Seite die von freikonservativ-liberaler Seite unterstützte liberale Minderheit, die Herrn Stund bislang Heeresfolge geleistet hat und nun, wo sie ihren schwachen Fehler einsehen, sich offen von ihm lossagt. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß wir das System Stund für gefährlich und verderblich halten, aber wir sind unparteiisch genug, nicht dem einzelnen Manne die Schuld aufzubäuen. Niemals hätte das System Stund zu solcher Mäule gelangen können, wenn sich nicht der Minister auf alle Parteien des Abgeordnetenhauses — abgesehen von einem kleinen Häuflein Freisinniger — hätte stützen können. Die Herren v. Sedlitz, Dr. Friedberg und Genossen, die jetzt so über den unglücklichen Minister herfallen, sollten sich also an ihre eigene Brust schlagen und offen ausrufen: Wir selber sind schuld, wir selber sind am meisten schuld!

Wohl die schärfste Kritik am System Stund übte Abg. Cassel (fr. Sp.), aber seine Kritik war zugleich eine indirekte Beurteilung des Bündnisses, das der Freisinn im Reich mit den Konservativen eingegangen ist. Herr Cassel sieht allmählich ein, daß seine Freunde dabei jämmerlich über Ohr gehauen sind und daß die Konservativen ebensowenig wie die preussische Regierung dem Liberalismus irgend welche Zugeständnisse machen wollen. Bei ruhiger Ueberlegung hätten die Freisinnigen sich das allerdings auch vorher sagen können. An der Hand zahlreicher Beispiele — Nichtanstellung jüdischer Lehrer, Verfassung der Beamtenschaft des Herrn Dr. Benzig als Mitglied der Schuldeputation — entrollte Cassel ein Bild von der finsternen Reaktion, die in Preußen herrscht. Allerdings zweifeln wir daran, daß die Freisinnigen bei den nächsten Wahlen einen ernsthaften Versuch machen werden, die Reaktion zu bekämpfen. Wahrscheinlich wird ihnen der Kampf gegen die „rote Gefahr“ dann wieder wichtiger erscheinen, als der gegen die Nacht der Finsternis.

Zurückgewiesenes Liebeswerben.

Die konservative Presse feht ihre herbe Kritik der vom Reichsanwalt beim Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrates betriebenen Stimmungsmache fort. Die „Kreuz-Ztg.“, die sofort nach der Willenschen Eisherde das agrarische Liebesgitter des Kanzlers bespottet hat, kommt in ihrer Wochenendausgabe nochmals auf die Bemerkungen, „bei den Konservativen Stimmung zu machen“ zurück und verwahrt sich dagegen, „daß man die Konservativen nach der Erfüllung einiger wichtiger agrarischer Forderungen zur Passivität verpflichten will, weil sie nun nach Möglichkeit befriedigt sind und die liberalen Forderungen an die Reihe kommen lassen müßten.“

Das konservative Programm, meint die „Kreuz-Zeitung“, ist durchaus nicht einseitiger, als das Programm des Reichskanzlers, der „das wohlterrogene Gesamtinteresse des Landes“ sich zur Richtschnur gemacht hat und man unterschätzt uns sehr, wenn man glaubt, wir könnten in der Verhandlung der Börsefrage fünf gerade sein lassen, weil wir ja nun die guten Handelsverträge hätten und weil die Regierung nicht zulassen wolle, daß bei dieser Reform“ die Interessen der Landwirtschaft geschädigt werden.“

Ebenso weist auch das Blatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tagesztg.“, die Willenschen Beruhigungsversuche zurück, wenn sie auch nicht zu unterlassen vermag, der „Kreuzztg.“ nebenbei einen Rufenstüber zu verlegen:

Unmittelbar nach der Rede des Fürsten Wilton beim Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrates glaubte ein führendes konservatives Blatt hervorheben zu sollen, daß man die Freundlichkeit eines Diplomaten immer mit der stillen Frage aufnehmen müsse: Was will er von mir? Unseres Erachtens war es weder nötig, noch zweckmäßig, in diesem Falle die Frage aufzuwerfen, schon deswegen, weil der tatsächliche und diplomatische Nebenwed der Rede vollkommen klar vor Augen lag. Wir glauben kaum, daß irgend ein Leser diesen Zweck nicht erkannt oder verkannt hat. Der Reichskanzler wollte für die mehrfach angehängte sogenannte Börseform Stimmung machen und hat das auf eine Weise getan, der man auf keiner Seite das Angekündigte versagen wird, daß sie recht geschickt gewesen sei. Trotzdem wird er selbst wohl nicht erwartet haben, mit seinen Freundlichkeiten, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln für uns kein Anlaß vorliegt, unseren grundsätzlichen Widerstand gegen eine Abhchwächung des Börsegesetzes zu brechen. Deshalb hielten wir es für unnötig, diesen mißeren grundsätzlichen Standpunkt nochmals polemisch und scharf zu kennzeichnen. Wenn ein Teil der konservativen Presse sich dazu veranlaßt gesehen hat, so mag das vielleicht daran liegen, daß in diesem Teile der Presse die Börsefrage in jüngster Zeit wenig Beachtung gefunden hatte. Wir hätten nur oft Gefagtes wiederholen und zuspitzen können, und das war im so überflüssiger, als die Zeit sehr bald kommen wird, wo wir unseren grundsätzlichen Standpunkt mit der gebotenen Schärfe werden wahren und vertreten müssen. Diesen unseren Standpunkt aufzugeben sind wir nicht in der Lage.“ —

Deutsches Reich.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ tritt in der Diskussion über Wilton's Angriff gegen die Sozialdemokratie und die offiziellen Ermahnungen der Kommune heute einen kläglichen Rückzug an. Sie behauptet, unser Artikel über die Bestialitäten der Kommunegegner sei „aus kommunistischen Tendenzschriften flüchtig zusammengefügtes Zeug, eine kritische Wiedergabe von teils schon in Uebertreibungen gefaßten, teils bei der Weiterbreitung entstehenden, triebeneren oder aus ihrem historischen Zusammenhang gerissenen Angaben.“ Die „jämmerliche Einseitigkeit“ des „Vorwärts“ zu widerlegen, fehlt jedoch eben ebenso gründlichen wie unentbehrlichen Historikern des offiziellen Organs jede Lust. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fühlt „keinen Beruf, aus der obersten Darstellung des „Vorwärts“ das herauszuschälen, was historische Wahrheit“ sei. Jammern gibt das offiziöse Organ wenigstens insofern der Wahrheit die Ehre, daß es sich bekennet:

„Jedermann weiß, daß auch die aller Uebertreibung entkleidete Wirklichkeit noch für die Truppen der Versailles Regierung beschämend genug ist.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist also, wie wir hiermit feststellen, nicht in der Lage, unsere Behauptungen zu entkräften. Sie vermag nicht zu bestreiten, daß das bedauerliche Blutvergießen der Kommune durch die Versailles Regierung verschuldet worden ist. Sie vermag die Tatsache nicht hinweg zu fächeln, daß die Kommune erst dann mit schrecklichen Repressalien vorging, als sie durch die Bestialitäten der Regierung dazu genötigt war. Sie vermag nicht zu leugnen, daß, während von den Kommunards im ganzen nur 63 Geiseln erschossen wurden, von den Versailles Truppen ziska 20 000 Menschen, darunter viele Tausend am Kampf überhaupt nicht Beteiligte, in der bestialischen Weise abgeschlachtet worden sind!

Um diesen ihren vollständigen Rückzug zu maskieren, zitiert die „Nordd. Allg. Ztg.“ über eine Reihe führender Kommunards allerhand Stellen aus einer Schrift, die feinerzeit Franz Mehring über die Kommune veröffentlicht hat. Diese Schrift über die Kommune ist ein Seitenstück zu Mehrings ersten Schriften über die deutsche Sozialdemokratie. Sie ist die Polemik eines leidenschaftlichen Gegners, in der es begeistlicher Weise an den besten Urteilen über die Häupter der Kommune nicht fehlt. Was in aller Welt will aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ damit beweisen? Ueber all die fraglichen Punkte, die wir in unseren Auseinandersetzungen behandelt haben, befindet sich in den Zitaten aus Mehrings Schrift kein Sterbenswörtchen. Es ist geradezu lächerlich, aus diesem Urteil über Personen, das sich obendrein auf die tendenziöse Schilderung der bürgerlichen Gegner und Schlächter der Kommune stützt, einen Beweis für die Unrichtigkeit der von uns behaupteten Tatsachen herleiten zu wollen. Die Zitierung Mehrings ist nichts als ein kindisches Demagogentrick, durch das man, sei es uns, sei es Mehring, Verlegenheiten bereiten zu können wähnt. Diese läppischen Mittelchen sind aber bereits mehrfach mit so negativem Erfolg angewendet worden, daß man selbst von der „Nordd. Allg. Ztg.“ einen originelleren Trick hätte erwarten können! —

Eine neue staatsanwaltliche Blamage?

Wie das Scherblatt meldet, soll die Staatsanwaltschaft gegen die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Verfahren wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes eingeleitet haben, weil am 9. und 10. März im sozialdemokratischen Fraktionszimmer des Reichstages die bekannte Besprechung sozialdemokratischer Redakteure stattgefunden hat. Das Scherblatt meldet darüber:

Der Bureaudirektor beim Reichstag Jungheim hatte vor einigen Tagen nichts dagegen einzuwenden, als sozialdemokratische Abgeordnete ihm mitteilten, daß sie einige Freunde im Fraktionszimmer der Partei empfangen wollten. Wie sich aber später herausstellte, fand in diesem Fraktionszimmer an zwei Tagen eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten mit fünfzig Parteiredakteuren statt, bei der auf Grund einer Tagesordnung die allgemeine Taktik der Parteipresse und die Partei-Korrespondenz zum Gegenstande lebhafter Debatten gemacht wurden. Von amtlicher Seite sah man diese Konferenz nicht als eine Zusammenkunft von Freunden, sondern als eine „Versammlung“ von 90 Personen auf, in der politische Angelegenheiten erörtert wurden, die also nach dem Gesetz polizeilich hätte angeordnet werden müssen. Die Exterritorialität des Reichstagsgebäudes kommt hier nach Ansicht der Behörden nicht in Frage. Der § 1 des Vereinsgesetzes verpflichtet den „Unternehmer“ zur Anzeige bei der Orts-Polizeibehörde bei allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen. § 12 setzt die Strafe für Unterlassung der Anzeige auf Geldbuße von 15—150 M. oder Gefängnisstrafe von acht Tagen bis sechs Wochen fest. Außerdem hat nach ihm „derjenige, der den Platz dazu (zu einer Versammlung ohne die in § 1 vorgeschriebene Anzeige) eingeräumt hat und jeder, welcher in der Versammlung als Vortrager, Debater, Leiter oder Redner aufgetreten ist, eine Geldbuße von 15—150 M. bezichtigt.“ Wegen des Reichstagsbureau wird jedoch wahrscheinlich nicht vorgegangen werden, weil Direktor Jungheim sich im guten Glauben befunden hat. So wird aber erzwungen, in welcher Weise ein abermaliger Rückbau eines Fraktionszimmers zur Abhaltung einer politischen Versammlung verhindert werden kann.

Wir glauben einstweilen, daß das Scherblatt das Opfer eines schlechten Scherzes geworden ist. Kann es doch selbst nicht umhin, zu erklären, daß hier nur ein allgemein und von alters her geübter Brauch in Frage käme. Alle Parteien hätten schon ähnliche Beratungen im Reichstag gepflogen. So habe erst kürzlich der Zentralvorstand der freisinnigen Volkspartei unter Vorsitz des nicht dem Reichstag angehörigen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld und in Anwesenheit zahlreicher Parteifreunde aus dem Lande im Fraktionszimmer des Reichstagsgebäudes seine Sitzungen abgehalten.

Wir können diese Mitteilungen des Scherblattes nur bestätigen. Die Sitzung der Freisinnigen, die zu derselben Zeit im Reichstag abgehalten wurde, in der auch die sozialdemokratische Freikonferenz tagte, war von 90 Personen besucht. Ebenso haben am 9. Dezember vorigen Jahres die Nationalliberalen im Reichstag eine ähnliche Besprechung abgehalten. Und wie Nationalliberale und Freisinnige, so haben es seit je alle Parteien gehalten; namentlich zur Zeit der Beratung des Zolltarifs haben wiederholt dergleichen Besprechungen stattgefunden. Wir halten es deshalb solange für ganz ausgeschlossen, daß die Staatsanwaltschaft auf die alberne Denunziation hin, die vor einigen Tagen ausgerechnet von der „Nationalzeitung“ ausging, den Ratweiss zu führen gedächte, daß, was allen Parteien gestattet ist, einzig der Sozialdemokratie nicht gestattet sein soll! Die lächerliche Aktion beweist übrigens, wie notwendig für uns die Schaffung eines Reichsvereinsgesetzes ist!

Mühlhausen-Langensalza.

Gegen die Wahl des Konservativen Arnstadt im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza haben die Freisinnigen Protest eingelegt. Als Gründe führt die „Mühlhäuser Ztg.“ an:

„In Garsheim im Kreise Langensalza lagen im Wahllokal auf einer Kommode die amtlichen Wahlzettel neben einem Paket Stimmzettel für den konservativen Kandidaten Arnstadt. Diese wurden von Mitgliedern des Wahlvorstandes im Wahllokal an die Wähler verteilt. Außerdem war die Wahlzelle nicht vorschriftsmäßig. In Uebensömmer im Kreise Weichensee ist im Wahllokal bei der Wahl keine Wahlzelle vorhanden gewesen. In Großballhausen im Kreise Weichensee war ebenfalls zur Wahl keine geschlossene Wahlzelle hergerichtet. Der Wahlakt fand so statt, daß im Vorzimmer zum Wahlraum der Gemeindegemeinde bereit stand und nicht nur konservativ Stimmzettel, sondern zugleich auch die amtlichen Wahlzettel verteilt bezug, die letzteren auf denselben Tisch, wo die konservativen Stimmzettel lagen, bereit hielt. In Kuyleben im Kreise Weichensee war ebenfalls kein Wahlraum, keine Wahlzelle vorhanden, ebenso fehlte dort die Wahlurne, und die Urwahl wurden einfach auf den Tisch niedergelegt. In Schilfa bei Strunfurt im Kreise Weichensee hatten sich die Mitglieder des Wahlvorstandes in der Wahlzelle, welche durch einen aus Jellenswand gebildeten Verschlag hergestellt war, niedergelassen und spielten Karten. Die Wahlurne stand indeffen zur freien Benutzung ohne Aufsicht da.“

Die Verzeigerung der Schwindjuchtsdasseln friert.

Die von uns am Sonabend ausgesprochene Mahnung, im öffentlichen Interesse solle nicht zwecks Forderung einer Weiterverbreitung der Tuberkulose die auf gestern anberaumte Versteigerung der seit 35 Jahren benutzten Mobilien der Hallenheimer Heilanstalt zu inhibieren, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Infolge einer Depesche aus dem kaiserlichen Kabinett ist die für diese Woche anberaumte Auktion am Sonntag aufgehoben. Den dringenden Appell hatten wir ausgesprochen, weil aus dem Tannskreise an uns und an den Abgeordneten Brühne verwirklichte Hoffnungen über die kaum glaubliche Tatsache gerichtet waren, daß der öffentliche Verkauf der verfallenen Mobilien der erste Schritt für die bauliche Inangriffnahme des Reformplanes

heim für Offiziere sein sollte. Das Offiziersheim wird auf Grund einer vom Kaiser genehmigten Stiftung ins Leben gerufen. Daraus erklärt sich die Zuständigkeit des Kaisers zu der nunmehr getroffenen Anordnung.

Unter-Zentrumsbrüder.

Der frühere Abgeordnete Zusangel hat die Wahl in seinem ehemaligen Reich, dem Wahlkreise Grusberg-Olpe-Reichede, anfechten lassen. Die „Trenonia“, das Dortmund-Zentrumsblatt, bemerkt zu der Angelegenheit: „Zusangel ist so routiniert, daß er sich gewiß keine Illusionen macht, die Wahl anzufechten, bei der sein Gegner fast 4000 Stimmen voraus hat. Er macht die Wahlprotestgeschichte hauptsächlich der Klame wegen für die „Westdeutsche Volkszeitung“.

Lambert Penning, der Verleger der „Trenonia“ und Johannes Zusangel, der Verleger der „Westdeutschen Volkszeitung“ sind scharfe Konkurrenten und arbeiten mächtig gegeneinander, um sich die Abonnenten und Inserenten abzujagen. Daher die „Freundschaft“ der beiden Zentrumsbrüder!

Ein Majestätsbeleidigungsprozeß in der Aera der Einschränkung des Majestätsbeleidigungsparagrafen.

Vor der Strafkammer zu Jasterburg stand vor einigen Tagen ein Maurer und Hausierer namens Georg Randies — der Majestätsbeleidigung angeklagt.

Die Anklage stützte sich nach der Anklageschrift auf das Zeugnis einer Aufseherin und eines Gendarmen. Danach soll der Angeklagte Anfangs Januar dieses Jahres im Kreise Darlehmen, wo er mit Kurzwaren, Bildern und Ansichtskarten hauferte, auch Flugblätter und Stimmzettel der sozialdemokratischen Partei, auf den Parteiführer Lunde-Königsberg lautend verbreitet haben. Bei dieser Gelegenheit soll er in der Wohnung der Aufseherin Krohne in Friedrichsdorf, wo er in ein Gespräch verwickelt wurde, die Beleidigung ausgesprochen haben. Als die Frau unter anderem sagte: „Wenn die Sozialdemokraten siegen, dann müssen wir Betteln gehen!“ soll Randies mit einer Majestätsbeleidigung geantwortet haben. Als dann die Frau sagte: „Aber Mann! Dürftigkeit und Untertanen müssen doch sein, die Obrigkeit ist doch von Gott“, da soll R. eine weitere inkriminierte Äußerung getan haben. Dies der Tatbestand, wie er aus der Anklageschrift hervorgeht.

Der Angeklagte, der bereits 15 Jahre lang treues Mitglied der Heilarmee ist, im Sommer als Maurer arbeitet und in der arbeitslosen Winterzeit mit Kaiserbildern, Kurzwaren und dergleichen auf dem Lande haufert, bestritt ganz entschieden, eine derartige beleidigende Äußerung der Frau gegenüber getan zu haben. Die Frau Krohne habe ihn gefragt, was er sei. Dann habe sie gesagt: „Na ja, die Maurer verdienen im Sommer viel Geld, verkaufen es und im Winter müssen sie Betteln!“ Daraufhin habe er seinen Stand verteidigt und sich auch gegen abfällige Äußerungen mit Bezug auf die Sozialdemokratie gewandt. Die ihm in den Mund gelegte, auf den Kaiser bezügliche Äußerung habe er nicht getan. Dazu hatte er gar keine Veranlassung. Er habe auch keine sozialdemokratischen Blätter verteilt, sondern sei nur seinem Gewerbe nachgegangen.

Das Gericht schenkte dem bisher unbescholtenen, ruhigen und nüchternen, ja sogar gottesfürchtigen Mann keinen Glauben, trotzdem noch mehrere Zeugen ihm das beste Keimungszeugnis ausstellten. Das Zeugnis der Demuziantin galt mehr. Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängnis! Das Gericht nahm an, daß die inkriminierte Äußerung von dem Angeklagten nicht in der Erregung oder aus Unbedachtsamkeit getan, sondern offenbar in der Absicht, vor den Wahlen Stimmung gegen die Regierung zu machen. Es verurteilte den Mann, der ohne einen Verteidiger, in furchtbarer Erregung und Unbedachtsamkeit sich zu verteidigen fast unfähig war, der den Antrag des Staatsanwalts gar nicht fassen konnte, zu einem Jahr Gefängnis! Der Verurteilte wurde dann von der Anklagebank fort vor den Augen seiner jammernden Ehefrau sofort in Haft genommen.

In der Anklage ist, bei der Gerichtsverhandlung und in den Berichten der hiesigen Provinzpresse ist der unglückliche, verurteilte Familienvater nun als sozialdemokratischer Agitator bezeichnet. Dieser Umstand mag ja wohl auch dazu beigetragen haben, daß die Richter an eine beachtete Majestätsbeleidigung glaubten, obgleich bekanntlich Sozialdemokraten bewußt niemals gegen den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen verstoßen werden. Aber es ist gar nicht wahr und vor Gericht auch nicht erwiesen, daß der Mann sozialdemokratische Flugblätter verbreitet hat. Exemplare davon sind auch in dem Wirkungskreise des Hausierers gar nicht gefunden worden. Sie konnten auch gar nicht gefunden werden, denn im Wahlkreise Darlehmen kandidierte gar nicht der Parteiführer Lunde, sondern Rechtsanwalt Haase. Der Mann mag vielleicht sozialdemokratische Ansichten gelegentlich vertreten. Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist er, wie wir festgestellt haben, nicht. Auch ist er von niemand beauftragt worden, zu agitieren. Da in seinem Wohnort Jasterburg Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten in Darlehmer Kreise gar nicht existierten, ihm solche von Königsberg auch nicht zugeführt sind, so sei diese irrtümliche Darstellung hiermit widerlegt.

Die Höhe der Strafe ist außerordentlich in Anbetracht des Umstandes, daß der Verurteilte gänzlich unbescholten ist! Er hat den offenbar falschen Anschein, daß er Sozialdemokrat sei, schwer büßen müssen. Die aus Unbedachtsamkeit handelnden Majestätsbeleidiger sollen künftig straffrei bleiben — umso härter sollen aber offenbar die Sänder wider die Majestät bestraft werden, wenn politische Zwecke bei ihnen vermutet werden. Die Sozialdemokratie wird man damit freilich nicht treffen; Opfer werden zumeist arme Teufel sein, die auf irgend eine Weise in den falschen Verdacht geraten, durch eine unbedachtame Äußerung über ein gekündetes Haupt sozialdemokratische Zwecke verfolgt zu haben.

Vom deutschen Versammlungsrecht.

Offenbach, 18. März.

(Privatdepesche.)

Eine für Ostern nach hier einberufene Anarchisten-Konferenz ist durch die Bürgermeisterei Offenbach verboten worden. Anlaß dazu gab die Tagesordnungspunkt: Antimilitaristische Propaganda.

Noch eine Arbeiterorganisation

im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

In Bodum hat dieser Tage eine Delegiertenversammlung des Verbandes ost- und westpreussischer Arbeiter stattgefunden. Wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, bezieht dieser Verband seit dem Sommer vorigen Jahres. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf gewerkschaftlicher Grundlage unter ausdrücklicher Betonung seiner Reichs- und Kaiserliche die materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und das landmannschaftliche Verhältnis zu pflegen. Seit dem Sommer seien in mehreren Orten des Ruhrbeziers Jahrestellen eingerichtet worden und es habe sich bereits eine größere Anzahl ost- und westpreussischer Arbeiter dem Verbande angeschlossen, der jetzt seine durch die Reichstagswahl etwas in den Hintergrund getretene Werbearbeit mit erneuten Kräften wieder aufzunehmen wolle.

Auf dem Delegiertenstag zeigte sich die Reigung, der von evangelischer Seite beabsichtigten Gründung einer Gewerkschaft auf

nationaler Grundlage näherzutreten; man wolle die Entwicklung der neuen Bewegung abwarten und sich demnachst bezüglich günstiger Stellungnahme entscheiden.

Offenbar handelt es sich um eine von Seiten des liberalen Unternehmertums vorgenommene Schiebung, um der polnischen Bewegung entgegenzuwirken.

Die Zeugniszwangsfälle.

Mannheim, 18. März. (Fig. Ber.) (Privatdepesche.)

In der Affaire des Schnupftabaks entwickelt die Kammerheimer Justiz einen außerordentlichen Eifer. Wenn der Verfasser der inkriminierten Notiz des Karnevals-Bildblatts innerhalb drei Tagen nicht bekannt ist, soll Genosse D. G. G. von der „Volksstimme“ in Zeugniszwangshaft genommen werden.

Neue Uniformen. Die Jagdblätter mitteilen, hat das preussische Kriegsministerium bereits Bestellungen in Tuchen für neue Uniformen vergeben. Diese neuen Uniformen (selbstbrau) sollen nur im Manöver und im Kriege verwendet werden, für den Paradegebrauch bleiben die schönen, bunten Uniformen.

Militärjustiz.

Unter der Anklage der Soldatenmißhandlung und Beleidigung stand vor dem Kriegsgericht der 15. Division der Unteroffizier Grabowski von dem Infanterieregiment Nr. 68 in Koblenz. In der Kaserne verübte eines Tages der Russtier Sieb Z e i t s t i n o r d und als Ursache gab er in einem Abschiedsbrief an die Eltern die Behandlung an, die ihm durch den Unteroffizier Grabowski zuteil wurde. Er werde dem Unteroffizier gestochen, geschlagen und als Lump, Schwein, Vagabund usw. beschimpft. Auch die Eltern habe der Unteroffizier beschimpft und ihn gedroht, ihn ins Zuchthaus zu bringen. Der Unteroffizier schämte sich und verfolgte ihn, und er könne es nicht länger aushalten. Auch mündlich habe der Soldat dem Vater bitter geklagt. In der Verhandlung kamen noch andere von dem Angeklagten an anderen Soldaten verübte Mißhandlungen heraus. Die ganze Korporalschaft hatte unter ihm zu leiden. Trotzdem wurde ihm von dem Hauptmann ein günstiges Zeugnis ausgestellt. Das Gericht erklärte, daß nach der Beweisaufnahme der Soldat „keine begründete Veranlassung“ zum Selbstmord gehabt habe. Es erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest.

Der Kriegszustand aufgehoben!

Eine kaiserliche Order erklärt den Kriegszustand in Südwestafrika für aufgehoben.

Die Kolonialarmee bleibt natürlich den Schwarzen und den deutschen Steuerzahlern erhalten.

Cyber der Kolonialpolitik. Ein Telegramm aus Windhof meldet: An Krankheiten gestorben Meister Gustav Seydner, geboren am 30. 7. 82 zu Groß-Schönau, am 7. März d. J. im Lazarett Heilmannshoop am Taphus; Meister Hermann Salbrunn, geboren am 19. 7. 84 zu Schubin, am 11. März d. J. in der Krankenzentrale Namansdriest an Typhus und Malaria.

Preßtreibereien. Der „Hamburgische Correspondent“ fühlt sich durch die unter obigem Titel in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ erschienene Notiz tief gekränkt. Er schickt uns folgende Berichtigung:

Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, folgende Berichtigung aufzunehmen:

1. Es ist nicht wahr, daß wie in Nr. 64 des „Vorwärts“ behauptet wird, der „Hamburgische Correspondent“ Angriffe gegen den Grafen Pofadowsky gerichtet hat.
2. Es ist nicht wahr, daß der „Hamburgische Correspondent“ sich im Besitze Scherls befindet. Seit mehr als 1 1/2 Jahren sind keine Artikel unseres Unternehmens mehr im Besitze von Scherl.
3. Es ist nicht wahr, daß im „Hamburgischen Correspondenten“ offizielle Notizen zur Ablagerung gelangen.

Ochachtungsvoll

J. v. Gaardt

Chefredakteur des „Hamburgischen Correspondenten.“

Die Redaktion des „Hamburg. Correspondenten“ scheint mit dem Wort „Angriffe“ einen höchst seltsamen Begriff zu verbinden. Vielleicht hält sie gar ihre Aussätze gegen den Grafen v. Pofadowsky für Liebeswürdigkeiten!

Ausland.

Frankreich.

Nichtsen.

Paris, 17. März. (B. S.) Der Justizminister weigert sich, einen Ausschuss zu ernennen, der die bei Monsignore Montagnini beschlagnahmten Papiere prüfen soll, wie es die Sozialisten verlangen. Der Justizminister wünscht, daß, so lange der Prozeß schwebt, keinerlei Veröffentlichungen über die Dokumente erfolgen. Der frühere Finanzminister Rouvier, welchen Jaurès in den Dokumenten als Kompromittiert hinstellt, erklärte einem Redakteur der „Petite République“, daß in den Dokumenten nichts enthalten sei, was ihn kompromittieren könne.

Italien.

Zollerabsetzung.

Rom, 17. März. Die Kammer hat in geheimer Abstimmung mit 214 gegen 21 Stimmen den Westensantrag betreffend die Herabsetzung des Petroleumzollens angenommen. Sodann vertagte sich die Kammer bis zum 23. April.

England.

Mittelasiatische Politik.

London, 14. März. (Fig. Ber.)

Nach einem zweimonatigen Aufenthalt in Indien kehrte Habibullah, der Emir von Afghanistan, nach seiner Heimat zurück. Anfangs zurückhaltend und misstrauisch seinen britisch-indischen Vorgesetzten gegenüber, wurde er nach und nach immer mehr für sie eingenommen. Seine mohammedanischen Glaubensgenossen in Indien, die zu den lokalen Untertanen der britisch-indischen Regierung gehören, haben manches zur Sinnesänderung Habibullahs beigetragen. Er inspizierte die indischen Truppen, besuchte die indischen Prinzen, die indischen Fabriken, besaunte die Hundert der abendländischen Wissenschaft, wie sie in modernen Kriegsschiffen und Geschützen verwirklicht sind, und der junge Emir wurde allmählich Holz auf die britische Freundschaft.

Seit 1840 lebte England teils im Kampfe, teils im Nicht-touen gegen Afghanistan, das den Schlüssel zum Reich der Herrschaft in Mittelasien bildet und auf die Sicherheit Indiens einen großen Einfluß ausübt. Durch Kriege und Subsidien gelang es den Briten endlich, die äußeren Beziehungen Afghanistans unter ihre Aufsicht zu bekommen: Der Emir darf nur durch die britische Regierung in Beziehungen zu fremden Staaten treten.

In den zwei Jahrzehnten bis 1901 veränderte Abdurrahman, der frühere Emir, das mittelalterlich-feudale Afghanistan in einen zentralisierten Militärstaat, um dessen Freundschaft sich die beiden europäisch-asiatischen Rivalen, England und Rußland, bewarben. Abdurrahman hielt zu England, aber als er am 1. Oktober 1901 starb und sein Sohn Habibullah auf den Thron stieg, da machte Rußland durch General Kurupatin, der damals den Oberbefehl in den transkaspischen Gebieten hatte, den Versuch, mit dem neuen Emir in Verbindung zu treten. England war damals im südafrikanischen Kriege engagiert, sein Ansehen hatte viel gelitten, und es mußte deshalb untätig zusehen, wie die russische Macht sich in Mittelasien ausdehnte und immer näher an Indien heranrückte. Diese russische Politik verfolgte den Zweck, in Mittelasien einen Hebel zu erhalten, mittels dessen im Notfall

ein Druck auf England ausgeübt werden konnte. Habibullah war nun aber in den ersten paar Jahren seiner Regierung wohl geneigt, sich Rußland zuzuwenden, jedoch der Burenkrieg ging bald zu Ende, und England hatte wiederum die Freiheit, sich in der Weltpolitik umzusehen. Es kam zuerst das Bündnis mit Japan zustande, dann die Entente mit Frankreich. Der japanisch-russische Krieg gab dann schließlich dem Kaiser die asiatische Geschichte eine andere Richtung. Beim Abschluß dieses Krieges erneuerte England das Bündnis mit Japan, und letzteres verpflichtete sich, für die Erhaltung Indiens unter britischer Herrschaft zu wirken. Das politische Ansehen Rußlands in Asien erlitt, der Herrscher von Afghanistan wurde nach und nach englandfreundlich, und jetzt, wo der Abschluß eines russisch-englischen Ausgleichs bevorsteht, beeilte sich Habibullah, nach Indien zu reisen und den Briten zu huldigen.

Norwegen.

Die Beschlagnahme russischer Schriften.

Im September vorigen Jahres wurde in Bardø bekanntlich eine Anzahl russischer Schriften, die in der Druckerei des sozialdemokratischen Organs „Sinnmarken“ hergestellt worden waren, beschlagnahmt. Der Besitzer der Druckerei, Storingamann Egede Rissen, legte sofort, nachdem er die amtliche Mitteilung von der Beschlagnahme erhalten hatte, Berufung dagegen ein. Aber jetzt erst, am 14. März, hat der Berufungsentscheid des höchsten Gerichts seine Entscheidung getroffen. Die Beschlagnahme der Beschlagnahme ist vollständig aufrecht erhalten worden soll. Dieser Beschlagnahme wurde mit zwei Stimmen gegen eine gestimmt. Die zwei Mitglieder, die dafür stimmten, äußerten Zweifel darüber, ob die Beschlagnahme gesetzlich berechtigt wäre, wollten aber dem Spruch der zuständigen Gerichte nicht vorgreifen. Das dritte Mitglied aber erklärte die Beschlagnahme für gesetzlich und verlangte Freigabe der Schriften.

Der norwegische Reichsadvokat hat nun Anklage gegen die am der Drucklegung beteiligten Russen, jedoch sonderbarerweise nicht gegen unseren norwegischen Genossen Egede Rissen erhoben! Strafe wird die Russen nicht treffen; es handelt sich für die Anklagebehörde nur darum, durch Gerichtsurteil festzustellen, daß die Schriften „verbrecherischen Inhalts“ sind. Rechtsin hat der Verteidiger der Angeklagten, Obergerechtsanwalt Buntervold, Beweise genug dafür in Händen, daß dieselben Schriften in anderen Ländern ungehindert gedruckt und von dort nach Rußland ausgeführt werden. Der Prozeß wird wohl noch mehr als die Beschlagnahme selbst zu einer Blamage für „das neue freie Norwegen“ führen.

Bulgarien.

Die „Agence Bulgare“ meldet: Kammerpräsident Gudev hat das neue Kabinett in folgender Zusammensetzung gebildet: Er selbst übernimmt das Portefeuille des Innern; Apostolow, bisher Generalsekretär des Ministerrats, wird Unterrichtsminister; Stanclow übernimmt neben dem Portefeuille des Innern probitorisch das der öffentlichen Arbeiten; im übrigen behalten die bisherigen Minister ihre Portefeuilles.

Perien.

Teheran, 17. März. (B. S.) Die Unruhen in Isfahan dauern fort. Man erwartet das Eintreffen des früheren Majorgenerals Kurin Pascha, der in Europa Aufenthalt genommen hat, nachdem er aus Perien verbannt wurde. Kurin Pascha gilt als einflußreicher Mann, dem es gelingen dürfte, den Aufruhr niederzuschlagen. Die Nationalbank hat sich bisher geweigert, die vom Sultan geforderten Vorschuße zu bewilligen.

Afrika.

Eine Rede Bothas.

Vor wenigen Tagen haben die Einwohner von Victoria ein Festessen zu Ehren des neuen Kabinetts. Der Premierminister, General Botha, hielt eine Rede, in der er sagte:

„Die britischen Interessen werden in den Händen des neuen Kabinetts absolut gesichert sein. Die Welt wird sich überzeugen können, daß das Transvaal-Ministerium ebenso eifrig für die britische Flagge eintritt, wie irgend ein anderes Ministerium. Es handelt sich um die Ehre und die Interessen der Vorkämpfer. Dies ist um so mehr der Fall, als wir Transvaal von tiefer Dankbarkeit erfüllt sind gegen den König, die Regierung und das Volk Englands, die uns durch die Gewährung einer freien Verfassung ein Maß von Vertrauen gezeigt haben, wie es in der Geschichte beispielsweise nicht ist es überhaupt den Vuren möglich, eine solche Großherzigkeit zu vergessen? Ich erkläre, daß dies unmöglich ist. Unser Ministerium wird sein Bestes dazu beitragen, eine einheitliche Nation zu schaffen, in der kein Teil auf den anderen mit Verachtung und Mißtrauen blickt wird. Sobald die neue Verfassung auch in Transvaal eingeführt ist, wird das Ministerium anfangen, für ein einheitliches Südafrika zu arbeiten. Wir haben nur noch einen Wunsch: daß den holländisch sprechenden Kindern gestattet wird, in den unteren Schulklassen den Unterricht in ihrer Muttersprache zu empfangen. Im übrigen wird die Politik des Ministeriums darauf gerichtet sein, aufzubauen, stetig fortzuschreiten und von Kritik und Obstruktion abzusehen.“

Die Rede fand ein lebhaftes Echo im ganzen britischen Reich. Wie wir bereits berichteten, beginnt in London am 15. April die koloniale Konferenz, an der sämtliche Premierminister des britischen Reiches teilnehmen werden. Die englische Regierung sandte auch an Botha eine Einladung, die dieser angenommen hat. Der Führer der Vuren wird also an Beratungen teilnehmen, die auf die Einheit und den Zusammenschluß des britischen Reiches abzielen. Wie die Zeiten sich ändern!

London, 16. März. (B. S.) Die städtischen Behörden beabsichtigen, General Botha bei seiner Anwesenheit in London den Titel eines Ehrenbürgers zu verleihen.

Amerika.

Verkehrswesen.

Präsident Roosevelt hat eine aus acht hervorragenden Männern bestehende Kommission ernannt, die sich mit der Frage einer rationelleren Ausnutzung der Stromläufe in den Vereinigten Staaten beschäftigen soll. In einem an die Kommission gerichteten Schreiben erklärt Roosevelt, daß, da die Eisenbahnen für den Transport des Getreides und der Industrieerzeugnisse nicht mehr ausreichen, die Ausbildung eines Wassertransportsystems neben den Eisenbahnen das einzige Mittel sei, um Abhilfe zu schaffen.

Gewerkschaftliches.

Der „Labour Leader“ über die englischen Streikbrecher.

London, 16. März. (Fig. Ber.) Der gestern erschienene „Labour Leader“ enthält einen Artikel unter der Signatur: „Die britische Streikbruch-Schande“, in dem gesagt wird: „... Die Ausfuhr britischer Streikbrecher nach Hamburg ist ein Ereignis, das unsere Nation und unseren Trade-Unionismus aufs tiefste schändet. Wir wissen noch nicht, was die Gewerkschaft der Doer in dieser Sache tun will, und wir haben auch nichts gehört, ob das Londoner Gewerkschaftsamt und das Parlamentarische Komitee des Trade-Unionkongresses Maßregeln zum Schutze des Trade-Unionprinzips getroffen haben. Die Arbeiterpartei hat in dieser Beziehung durch ihren Abgeordneten Chynes den Premierminister interpelliert. Das ist gut, aber es bedeutet sehr wenig.“

„Nichts kann für unser Volk schändlicher sein oder für die internationale Freundschaft der Arbeiterklasse schädlicher sein, als diese offenkundig organisierte Ausfuhr von Streikbrechern, um den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Unternehmer in den Rücken zu fallen.“

Wir hoffen, daß große Entzweiungsbündigungen gegen diese Infamie unverzüglich beanstandet werden. Jede gewerkschaftliche und sozialistische Organisation des Landes soll Protest erheben gegen diese freche Beleidigung der internationalen Arbeiterfrage. Die Arbeiterpartei soll nicht nur innerhalb des Parlaments ihre Stimme erheben, sondern soll sich bemühen, in wirkungsvoller Weise zu zeigen, wie tief die britische Arbeiter- und sozialistische Bewegung die kapitalistischen Pläne beurteilt." —

Berlin und Umgegend.

Zum Kampf im Tapezierergewerbe.

Am Montag wurden die Verhandlungen zwischen der Innung und dem Verband fortgesetzt, nachdem die Gehaltsberechnung am 15. März die gemachten Zugeständnisse als nicht ausreichend zum Abschluß eines Tarifvertrags bezeichnet hatte. Seitens der Arbeitgeber erklärte man, nicht vor der Innungsverammlung treten zu können, um einen Vertrag zu empfehlen, der auch die letzten gestellten Forderungen der Gehältsbewilligung. Die Vertreter der Gehältsbewilliger demgegenüber geltend, daß unter Kontrolle der Organisation außer den 500 Mitgliedern schon über 1000 Arbeiter zu den neuen Bedingungen arbeiten und man diesen nicht zumuten könne, für eine Verschlechterung ihrer jetzigen Löhne zu stimmen. Das äußerste Entgegenkommen für die Erfüllung der gesamten Forderungen ab 1. September erblidigt werden. Doch würden die Arbeitnehmer jeden Vertrag ablehnen, ob er auch die letzte Position rückhaltlos sofort bewillige, wenn der Ablauf derselben nicht auf den 1. März, entgegen dem vorgeschlagenen 15. Februar fielen. Die Arbeitgeber erklärten darauf nicht eingehen zu können, worauf die Verbandstreiter den Saal verließen.

Inzwischen haben die größten und maßgebendsten Geschäfte, welche bisher den Beschlüssen der Innung treu geblieben sind, Verhandlungen mit dem Verband nachgesucht, welche fast in allen Fällen zu befriedigendem Resultat geführt haben.

Der Streik der Ziehleute.

Welche Ausdehnung der Streik der Ziehleute plötzlich gewonnen hat, zeigte die Versammlung, die Montag mittig im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfand. Trotzdem etwa 200 Mann Streikposten standen, war die Versammlung von über 700 Streikern besucht. H. Werner vom Zentralverband berichtete, daß die Streikenden Ursache hätten, mit der gegenwärtigen Lage der Dinge zufrieden zu sein. Bei der Firma Knauer, wo am Sonnabend noch 80 Mann arbeiteten, haben am Montag nur 20 bis 30 die Arbeit aufgenommen. Durch die Lohnfiktur kann kein großer Schaden gesehen, solange die Streikposten ihre Pflicht tun. Knauer suchte am Sonntag an den Anschlagäulen „100 gute Arbeiter“, aber ohne den gewünschten Erfolg. Derselbe Knauer ist Vorsitzender des Vereins der Möbeltransporteure, der am Sonnabend beschlossen hat, an dem aufgestellten Tarif festzuhalten und sich auf keine Verhandlungen mit dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter einzulassen. Schon haben die Streiker mehrere Erfolge errungen. Die Firma Bach, die sich schon am Sonnabend zu Unterhandlungen bereit erklärt hatte, hat die Forderungen der Streiker anerkannt und die Arbeit ist dort wieder aufgenommen worden. Ebenso haben Brode, die Internationale Transport-Gesellschaft, Bergemann in Friedenau, Karl Fritsch und einige kleinere Firmen ihre Absicht erklärt, mit dem Zentralverband zu verhandeln und Frieden zu machen. W. G. Lehmann, ein Mitglied des Unternehmervereins, hat versucht, mit seinen Leuten Fühlung zu gewinnen und auch schon höhere Angebote gemacht, aber er will von dem Verband nichts wissen. Schäfer suchte am Montag 100 Arbeitswillige an den Anschlagäulen. Die Arbeiter seien gewohnt, sich durch Versprechungen irgend welcher Art verlocken zu lassen. Das Publikum sollte darauf bestehen, tüchtige, eingetübte Leute zu erhalten, da durch Arbeitswillige irgend welcher Art sehr viel bei den Umzügen ruiniert wird, wofür schwer Ersatz gefordert werden kann. Bei den Firmen, die bewilligt haben, muß darauf geachtet werden, daß keine Streikarbeit geleistet wird. Bei Schur, bei Hebel, bei Zimmermann ist der Streik allgemein und gut organisiert. Die Unternehmer erklären, daß sie es hier nur mit einer irregulären Masse zu tun haben, mit der man keine Abmachungen treffen könne, aber der Vorturf wird von den Streikern zurückgewiesen. Die Regierung ist im Handels- und Transportarbeiterverband organisiert oder aus anderen angesehenen Verbänden, die bestimmte Verträge auch durchzuführen und zu halten wissen. Das Verlangen, daß die Arbeiter, die zum Streik gedrängt wurden, erst die Kündigung einreichen sollten, ist unbedeutend. Wenn der Krieg einmal da ist, muß auch der günstigste Moment benutzt werden, und die Unternehmer wußten genau, daß der Streik ausbrechen mußte. Die Unternehmer selbst sind übrigens in solchen Dingen den Arbeitern gegenüber sehr skrupellos. — Die Arbeiter wissen dadurch um so schneller zum Ziele zu kommen, weil es sich gerade um die Saisonarbeit handelt.

Die Automobilsfahrer der Firma Bedag

haben in ihrem Kampfe mit den Unternehmern eine Niederlage erlitten, trotzdem sie sich bis zum letzten Tage, elf Wochen lang, tapfer gehalten haben. Von den 150 Ausgesperrten sind nur 11 abtrünnig geworden, 34 haben andere Arbeit angenommen. Der Betrieb hatte zuletzt 33 Wagen, für die sich Arbeitswillige gefunden hatten. Am Montag mittig fanden Verhandlungen vor dem Gewerbegericht statt, die resultatlos verliefen. Die Bedag-Firma war durch den Direktor Franke vertreten; die Bedag-Fahrer hatten drei Kollegen aus ihrer Mitte mit der Vertretung ihrer Sache beauftragt. Franke ließ durchblicken, daß er nur als „höflicher Mann“ gekommen wäre, im übrigen aber keinerlei Zugeständnisse machen werde. Vertreter der Organisation der Fahrer, die als Zuhörer Zugang zu den Verhandlungen wünschten, wurden zurückgewiesen, dagegen hatte das Gericht nichts einzusetzen gegen die Anwesenheit des Herrn Rieper von der Vereinigung der Unternehmern. Franke stellte sich auf einen durchaus ablehnenden Standpunkt; er will auch Mahregelungen sich vorbehalten und stellt den Vertrauensmann Chmilowski nicht wieder ein. Herr Rieper erklärte, daß er im Falle des Bedag-Betriebes neu ausgebildete Fahrer zusenden werde; auch die übrigen Geragen würden Bedag unterstützen. Die Fahrer kamen Montag Abend zu einer Versammlung, die von der Leitung einberufen worden war, zusammen und hörten den Bericht über die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht und über die gegenwärtige Situation. Nach Lage der Dinge wurde die Fortsetzung des Kampfes gegenwärtig nicht für ratsam gehalten. Auf Empfehlung von Bede nahm man eine Abstimmung vor, durch die mit 55 gegen 38 bei 5 ungültigen Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde.

Die Situation im Steinfegergewerbe.

Die im „Verband der Steinfeger, Plasterer und Berufs-genossen Deutschlands“ organisierten Steinfeger, Kammer, Steinschläger und Hülfsarbeiter Groß-Berlins, die einen generellen Tarifvertrag für dieses ganze Logiergebiet, welches 500 Werkstätten umfaßt, erstreben, waren am Sonntag in großer Zahl bei Wille, Brunnenstraße, versammelt, um gemeinsam zu dem Ergebnis der Verhandlungen in der Schlichtungskommission Stellung zu nehmen. Schmal als Kommissionsmitglied gab einen ausführlichen Bericht über diese Verhandlungen. Die Vertreter haben es andächtig abgelehnt, einen generellen Tarifvertrag für alle in Frage kommenden Arbeiterkategorien abzuschließen, ebenso lehnen sie einen gemeinsamen Vertrag für Steinfeger und Kammer ab, geben jedoch zu erkennen, daß ein solcher für diese beiden Klassen in absehbarer Zeit möglich sei. Auch die vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden lehnen sie ab. H. mit der merkwürdigen Motivierung, wegen der gegenwärtig guten Konjunktur könnten sie eine solche nicht zugestehen, bei einem klaren Geschäftsgang ließe sich aber darüber reden. Ebenso

über die ermäßigten Lohnsätze des Postdienstes erreicht worden, so daß also alle Beschäftigten dieser Expeditionen geblieben und nun auf unbestimmte Zeit verlagert sind. Komme bis zum 28. März kein Tarifvertrag zustande, so werde das Einigungsamt angerufen werden, erklärt Redner, welches dann nach den Bestimmungen des bestehenden Vertrags einen Schiedsspruch fällen werde, dem sich beide Parteien zu unterwerfen haben. Infolge der Ausführungen über das Verhalten der Unternehmer waren die Versammelten in starke Erregung gekommen und es gelangte unter lebhafter Zustimmung folgender Antrag der Vertrauensmänner-Versammlung zur einstimmigen Annahme: „Alle drei Präzedenz in Rücksicht auf die Gesamtsituation zusammen zu schließen, um so dem Unternehmertum ein geschlossenes Ganze entgegenzusetzen zu können.“ Sodann wird noch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung spricht der Schlichtungskommission ihr volles Vertrauen aus und erwartet, daß diese wie bisher die Interessen der Mitglieder rückhaltlos weiter vertreten werde. Ferner beschließt die Versammlung, daß, falls ein Vertrag bis zum 31. März d. J. nicht zustande kommt, während der vertragslosen Zeit die Bestimmungen des bisherigen Tarifs maßgebend sein sollen.“

Die Lohnbewegung der Wirter und Stricker nimmt den besten Verlauf. Gut besuchte Versammlungen haben überall stattgefunden und handelt es sich jetzt vorwiegend darum, die vielen in der Hausindustrie tätigen Strickerinnen für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Diesem Zwecke soll eine für Dienstag, den 19. März, abends 7 Uhr in die Androssstraße, Androssstr. 21, einberufene große Versammlung dienen, in der die gewählten Kommissionen über ihre Tätigkeit und über die Resultate der Erhebungen Bericht erlassen werden. Die Gewissens mögen Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen auf die Versammlung aufmerksam machen.

Deutsches Reich.

Einen Antrag auf Verschmelzung der Verbände der Bauinnenarbeiter (Töpfer, Raser und Stukkateure) haben die Töpfer in Leipzig zu ihrer am 12. Mai in Berlin stattfindenden Generalversammlung gestellt.

Lohnbewegung der Bäckereiarbeiter.

In Frankfurt a. M., Offenbach, Höchst und Hanau sind die Bäckereiarbeiter in die Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern u. a. gänzliche Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Arbeitgebers, Mindestlöhne, einen wöchentlichen Ruhetag als Ersatz für die Sonntagsarbeit und Festlegung dieser Bestimmungen in Tarifverträgen. Zug von Bäckergefellen nach den Städten des Rheingaus ist strengstens fernzuhalten. Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Forderungen gebeten.

Die Lage in Hamburg.

Die Gesamtzahl der durch die Jurisdiktionen auf ungefähr 1400 Mann verminderten englischen arbeitswilligen Schauerleute ist durch das Eintreffen von 210 neuen Arbeitern, die mit einem englischen Dampfer hier angekommen sind, wieder vergrößert. Als Logierschiffe dienen jetzt die Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Anchoria“, „Hungaria“, „Cobra“ und der Dampfer der Deutsch-Australischen Dampfschiff-Gesellschaft „Effen“. In der Zeit vom Sonnabendmittag bis Sonntagmittag sind 41 Dampfer, darunter die Postdampfer „Graf Waldersee“, „Feldmarschall“, „Patagonia“, „Phrygos“ und „Andalusia“ in See gegangen. Die Lage ist un- verändert ruhig.

Die Bewegung der Schneider.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren, daß der in München befindliche Zentralverband des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe vorgestern an alle an der Lohnbewegung beteiligten Ortsgruppen die Verfügung erlassen hat, die Geschäfte auszusperrten. Alle Versuche zu örtlichen Verhandlungen sollen abgelehnt und diese nur mit dem Zentralverband in München gepflogen werden. Von der Aussperrung sind folgende Städte betroffen worden: Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bonn, Braunschweig, Chemnitz, Darmstadt, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Gießen, Göttingen, Hagen i. W., Halberstadt, Hamburg, Mannheim, Mainz, München a. d. R., Neuwied, Nürnberg, Osnabrück, Pöthen, Rudolstadt, Saarburg, Schwerin, Uelzen, Ulm, Wiesbaden, Witten, Jittau. Hinzukommen wird wohl noch Krefeld, wo die heiligen Gewerkschaften Forderungen eingereicht haben. Nach den dem genannten Blatte zugegangenen Informationen ist bereits eine Einigung erzielt in Bielefeld, Braunschweig, Erfurt, Freiburg i. Br., Göttingen, Pöthen, Rudolstadt und Wiesbaden. München bleibt von dieser Lohnbewegung bezw. Aussperrung vorerst verschont. In Elberfeld haben die Damenschneider in verschiedenen Geschäften die Kündigung eingereicht.

Die Strohhutarbeiter im Allgäu wachen nun endlich auch auf und beginnen sich zu organisieren. Die Gefahr für ihren Nervenprofi erkennend, kommen die Fabrikanten mit angeworbenen Nudamachern in die Versammlungen und versuchen diese zu vereiteln. Wiederholt mühten die Unternehmerräuberlinge aus dem Saal hinausgeworfen werden.

In der Lokomobilabteilung der Maschinenfabrik von Lang in Mannheim ist ein Streik ausgebrochen. Ursache dazu sind Lohn-differenzen.

Ausland.

Die Wiener Bäckereigehilfen haben in sämtlichen Streikversammlungen den Vorschlag des Meisterausschusses auf Wiederherstellung des alten Standes abgelehnt. Als Fortsetzung der am vorigen Sonntag aufgelösten Versammlung hielten heute 3000 Handlungsgestellte eine neue Versammlung ab und faßten eine Resolution, welche gegen die neue Privatbeamtenversicherung, als praktisch undenkbar, Verwahrung einlegt und permanenten Widerstand ankündigt für den Fall, daß das Gesetz durchgeführt werden sollte.

Die Wiener Damenschneidergehilfen und -Gehilfinnen haben in drei Massenversammlungen einstimmig beschlossen, in den Aus- stand zu treten. Der Beschluß ist am gestrigen Montag ausgeführt worden.

Eine Arbeitermeuterei in Frankreich.

Paris, 17. März. (Wg. Ber.) Der einzige Posten, der im Schulbuch des Ministeriums Clémenceau noch fehlt, steht seit gestern darin: der Arbeitermord. In Nantes ist ein freikörper Arbeiter von einem Gendarmen erschossen worden.

Vor einigen Tagen waren die Kohlenarbeiter des Hafens in den Ausstand getreten. Die Dodarbeiter schlossen sich ihnen zunächst an Solidarität an, um dann selbst Forderungen zu stellen, deren wichtigste der Minimallohn von 6 Franc für den achtstündigen Arbeitstag ist.

Als die Streikenden gestern nach einer Versammlung in der Arbeiterbörse dem linken Loire-Ufer zustrebten, um zu kontrollieren, ob dort keine Streikbrecher eingestellt seien, wurden sie von Polizisten und berittenen Gendarmen auf die provokanteste Art belästigt. Zufällig kam den durch das gewalttätige Vorgehen der Ordnungshüter aufgeregten Arbeitern ein mit Steinen beladener Wagen in den Weg und lieferte das Material zu einem heftigen Bombardement. Die Gendarmen zogen blank und auf beiden Seiten gab es Verletzungen. Plötzlich ertönte ein Schuß und ein 45jähriger Kohlen-

arbeiter, namens Charles Victoriant, von einer Revolverkugel hinteren Ohr getroffen, sofort tot zusammen.

Die erste offiziöse Meldung sprach davon, daß man nicht wisse, woher der Schuß gekommen sei. Indes berichtet der „Temps“ heute Abend, daß bei der Durchsicherung der Gendarmenrevolver sich ergeben hat, daß aus einem ein Schuß abgegeben worden ist. Doch behauptet der Gendarm, in die Luft geschossen zu haben.

Der Kampf dauerte auch nach der Tötung Victoriant weiter. Es wurden 12 Verhaftungen vorgenommen, darunter die des Generalsekretärs der Arbeitshilfe Blandart, dem der Vorturf gemacht wurde, einen Polizisten geschlagen zu haben. Wie unglücklich die Auslage der belastenden Schulden ist, geht daraus hervor, daß Blandart wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Außer den Toten verzeichnet der Bericht des „Temps“ auf Seite der Arbeiter noch einen Schwerverwundeten, der ins Krankenhaus gebracht werden mußte, und zehn andere Verwundete, die sich verbinden lassen mußten. Auf Seite der Polizei und Gendarmerie sollen fünfzehn leichte Verletzungen vorgekommen sein.

In der gestrigen Abendversammlung in der Arbeiterbörse forderte der Sekretär der Dodarbeitergewerkschaft die Arbeiter auf, sich zum Schutze gegen die Polizei gleichfalls mit Waffen zu versehen. Die Bauarbeiter haben zur Bekundung ihrer Solidarität den allgemeinen Ausstand beschlossen.

Die Sozialisten werden nicht säumen, von der Regierung wegen des brutalen Vorgehens der Gendarmen gegen die Streikenden Rechenschaft zu fordern. Denn wenn auch der mörderische Schuß im besonderen auf die Unselbstständigkeit eines einzelnen zurückgeführt werden könnte, so ist er doch die nicht verwunderliche Folge des Clémenceauschen Regierungssystems, dessen Schwäche gegen die kapitalistische Scharfmacherei immer deutlicher hervortritt.

Die Kesselaussperrung in Lebz ist nach Wolffs Telegraphenbureau in 6 Fabriken beendet. Unter welchen Bedingungen die Arbeiter wieder in die Betriebe zurückkehren, wird nicht mitgeteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Rechenbuch für Metallarbeiterklassen an gewerblichen Fortbildung- und Fachschulen von H. Reuschler, B. Oudis und E. Jurke. Verlag von H. B. Kusterh. Frankfurt a. M. Preis I. Teil 75 Pf., II. Teil 75 Pf., III. Teil 60 Pf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Streik der Schauerleute.

Hamburg, 18. März. (Freitagsdepesche des „Vorwärts“.) Die Dampfer „Viola“ und „City of Leeds“ brachten gestern und heute zusammen 400 neue englische Streikbrecher. 167 Engländer haben die Arbeit verweigert wegen Ablehnung eines geforderten Tageslohnes von 7 R.; sie werden zurückbefördert. Im Hafen passieren den Arbeitswilligen infolge der ungewohnten Arbeit viele Unfälle. Heute wurden ein Engländer tödlich, mehrere schwer verletzt.

Die Gleichheit vor dem Gesetz.

Essen a. d. Ruhr, 18. März. (W. G.) Die Stadtverwaltung lehnte das Gesuch der hiesigen Sozialdemokraten um Ueberlassung eines städtischen Saales für den diesjährigen Parteitag ab, weil nach dem Gesetz eine solche nicht zulässig sei.

Textilarbeiter-Ausstand.

Reichenberg (Böhmen), 18. März. (W. G.) Heute haben in sechs Textilfabriken die Angestellten die Arbeit niedergelegt. Im ganzen liegen in Reichenberg und Umgebung 22 Tuchfabriken still. Die Ursache des Ausstandes sind Lohnstreitigkeiten.

Die Explosion in St. Johann.

St. Johann, 18. März. (W. G.) Der durch die Explosion in der hiesigen Gasanstalt angerichtete Schaden ist, wie der Direktor der Anstalt mitteilt, nicht bedeutend. Außer dem bereits als verletzt gemeldeten Arbeiter, der wahrscheinlich drei Finger verliert, sind Personen bei der Explosion nicht zu Schaden gekommen. Die Beleuchtung in der Stadt ist nicht unterbrochen, der Betrieb nicht gestört. Es wurden zwei kleinere Nebengebäude zerstört. Die Ursache des Unglücks konnte von den Sachverständigen noch nicht festgestellt werden.

Explosierter Lokomotivkessel.

Loewen, 18. März. (W. G.) Der Kessel der Lokomotive eines Güterzuges explodierte gerade, als der Zug in die Bahnhofshalle einfahren wollte. Ein Maschinist wurde getötet, ein Feiger und ein anderer Beamter tödlich verwundet. Auch viele Reisende sind verletzt worden.

Berthelot †.

Paris, 18. März. (W. G.) Der berühmte Chemiker Berthelot, lebenslänglicher Senator, ist heute nachmittags plötzlich gestorben, nachdem wenige Augenblicke vorher seine Frau gestorben war.

Berthelot wurde am 25. Oktober 1827 in Paris geboren. Vom Dezember 1886 bis Mai 1887 war er Unterrichtsminister, vom November 1895 bis zum März 1896 bekleidete er den Posten des Ministers des Auswärtigen.

Der Ausstand der Elektricitätsarbeiter vor der Kammer.

Paris, 18. März. (W. G.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderats stand der Bericht betreffend die künftige Elektricitäts-gesellschaft zur Verhandlung. Bei dem Leise des Berichtes, der von dem Personal handelt, kam auch der letzte Ausstand der Elektricitätsarbeiter zur Sprache. Der Berichterstatter empfahl dem Gemeinderat, über die Frage zu verhandeln, ohne auf die von außen kommenden Drohungen zu achten. In dem letzten Ausstande habe kein Grund vorgelegen, er sei in dem Augenblicke ausgebrochen, wo der Gemeinderat mit den Interessierten zu einer Verständigung gekommen war. Der Berichterstatter führte weiter aus, die Elektricitätsarbeiter hätten schon höheren Lohn und dürften nicht größere Vorteile haben, als die übrigen von der Stadt Beschäftigten Arbeiter. Das Gemeinderatsmitglied Rogier trat für die Interessen der Elektricitätsarbeiter ein und führte aus, diese seien in den Ausstand getreten, weil man sie bei den Verhandlungen über die künftige Elektricitäts-gesellschaft vollständig vergessen habe. Rogier verlas dann einen Brief des Syndikats der Elektricitätsarbeiter, in welchem in förmlicher Weise in Abrede gestellt wird, daß ein neuer Ausstand geplant sei.

Paris, 18. März. (W. G.) Der Gemeinderat hat allen Beschäftigten seiner Kommission in Bezug auf das Personal der städtischen Elektricitätswerke, durch die dessen Forderungen sämtlich Berücksichtigung erfahren, zugestimmt.

Bankrott der Müller verhaftet.

Paris, 18. März. Die Kriminalpolizei hat heute in der Nähe des Crabit Lyonnais den nach Verurteilung bedenkender Summen aus Speier geklühten Bankrottierer Wendelin Müller verhaftet. Bei seiner Verhaftung hatte er 400 Franc bei sich. Man glaubt, daß er beträchtliche Summen bei verschiedenen Kreditinstituten hinterlegt hat. Müller wurde bis zur Erledigung der Auslieferungsverhandlungen in Gewahrsam genommen.

Reichstag.

21. Sitzung vom Montag, den 18. März 1907, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Graf Posadowski, Freiherr v. Stengel, Dernburg, Kraetke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907.

Hierzu liegt ein Antrag de Witt (Z.) vor: Den in der zweiten Lesung des Entwurfs gestrichenen Zusatz, wonach auch die Frage nach der Religion in das Frageformular aufzunehmen ist, wieder herzustellen.

Abg. Dove (fr. Bg.) bittet das Haus, es bei der Streichung des Zusatzes bewenden zu lassen.

Abg. Schaf (Wirt. Ver.) tritt für Annahme des Antrages de Witt ein.

Präsident des Statistischen Amtes Dr. van der Borcht: Ich bitte namens der Regierung um Ablehnung des Antrages de Witt, da der Fragebogen ohnehin schon überlastet ist und es sich um eine Zählung handelt, die wirtschaftliche Ergebnisse haben soll.

Der Antrag de Witt wird gegen die Stimmen der Linken angenommen; mit dieser Änderung werden die einzelnen Paragraphen und dann das ganze Gesetz angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Staatsnotgesetzes. Debattellen werden bewilligt die Positionen betreffend die Etats des Reichsamts des Innern, des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und des Reichsfinanzamtes. Es folgt der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Koste (Soz.):

Es ist ein schleuniger Erweiterungsbau für das Postamt I in Chemnitz gefordert. Allerdings ist es dringend notwendig, dort Abhilfe zu schaffen. Bei der Gelegenheit halte ich es für notwendig, zu betonen, daß auch gegenwärtig schon eine Reihe von Verbesserungen für die Unterbeamten bei diesem Postamt durchgeführt werden können. Wenn hier von Verbesserungen für die Unterbeamten gesprochen wird, wird von der obersten Stelle aus immer ihr außerordentliches Wohlwollen versichert. Ich will am Vorhandensein dieses Wohlwollens nicht zweifeln, doch verflüchtigt es sich immer ganz außerordentlich, bis es bei den untersten Stellen anlangt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die oberen Stellen sind in der Zureichung von Arbeitskräften so sparsam als möglich, und infolgedessen geht das Maß von Arbeit, welches von den einzelnen unteren Beamten verlangt wird, über das Maß hinaus, was billigerweise beansprucht werden kann. In Chemnitz ist im vorigen Jahre durch eine neue Dienstordnung die wöchentliche Arbeitszeit auf 68 bis 64 Stunden herabgemindert, doch schon nach einigen Wochen trat die alte Dienstordnung wieder in Kraft, nach welcher die wöchentliche Arbeitszeit 68—70 Stunden beträgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowski sprach vor wenigen Tagen bei Verantwortung der Interpellation Trimbom davon, daß in Staatsbetrieben jetzt schon der neunstündige Arbeitstag eingeführt werde. Die Reichspostverwaltung hat diesen Ehrgeiz offenbar nicht, denn sonst wäre nicht an vielen Stellen ein zehnstündiger, elfstündiger und sogar zwölfstündiger Arbeitstag möglich. Die Chemnitzer Beamten glauben, die Verlängerung ihrer Arbeitszeit liege an der Bewilligung von Urlaub: sie müßten, was sie während des Urlaubs veräumen, durch vermehrte Arbeitszeit wieder herausholen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde diese Klagen nicht vorgebracht haben, wenn für die Beamten die Möglichkeit vorläge, auf dem Wege der Beschwerde für ihre Klagen Abhilfe zu schaffen. Diese Möglichkeit liegt jedoch nicht vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und deshalb bitte ich hier den Staatssekretär, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichspostamtes Kraetke bittet, die Position für die Erwerbung eines Grundstücks in der Französischenstraße in Berlin zur Zusammenlegung mehrerer Postämter, welche die Kommission gestrichen hat, wieder herzustellen.

Abg. Singer (Soz.):

Die Sparsamkeit, die im Reichstage empfohlen wird und die der Reichstag selbst üben will, wird durch die Ausführungen des Staatssekretärs, die wir soeben gehört haben, nicht gefördert werden. (Sehr wahr! links.) Die Grundstückspekulanten müssen durch eine solche Rede geradezu provoziert werden, möglichst hohe Forderungen zu stellen und die einmal gestellten Forderungen auf alle Fälle festzuhalten. Ich glaube daher, daß der Staatssekretär besser getan hätte, sich in seiner Rede gegen den einstimmig gefassten Beschluß der Kommission etwas mehr Reserve aufzuwerfen. Das Haus befindet sich ja in einer eigentümlichen Lage. Gegenüber dem Kommissionsbeschluß stellt sich der Staatssekretär mit seiner autoritativen Stellung hierher und erklärt den Preis des Grundstücks in der Französischen Straße zwar nicht wohlfeil, aber doch für so angemessen, daß das Reich ihn anlegen soll und muß. Da können sich die Verkäufer ja von jetzt an frei auf das jahresweise Urteil berufen, das von der höchsten Stelle der Reichspostverwaltung abgegeben worden ist, um den Ankauf für das Reich zu diesem Preise noch für vorteilhaft zu erklären. Demgegenüber sind wir der Meinung, daß der Beschluß der Kommission sachlich durchaus gerechtfertigt war. Wir erkennen die Notwendigkeit der Verlegung der in Frage kommenden Postämter zwar durchaus an und geben auch zu, daß der gewünschte Platz an sich geeignet wäre, aber der Preis von 1800 Mark pro Quadratmeter ist doch exorbitant hoch, und es steht auch keineswegs so, daß das Deutsche Reich einer großen Gefahr entgegengeführt würde, wenn es dieses Grundstück nicht erwürbe. (Weiterkeit.) Das Grundstück liegt in der Nähe der Grobkantien, die bei der Entwicklung des Geldverkehrs naturgemäß ihre Räume durch Ankauf der Rebenhäuser erweitern müssen. Unter diesen Umständen ist es ihnen natürlich ganz gleichgültig, ob das Rebenhauseigentum, das sie einmal für die Erweiterung ihres Hauptgeschäftes brauchen, etwas teurer ist oder nicht. Das Reich ist aber nicht in demselben Maße gerade an diese Ecke der Französischen Straße gebunden, es kann in einer Rebenhäuserstraße derselben Gegend viel billiger kaufen. Wahrscheinlich hätte auch die einfache Ablehnung der Forderungen der Verkäufer genügt, um für das vorgeschlagene Grundstück einen etwas billigeren Preis zu erzielen. Wir haben ja in dieser Beziehung eine Reihe von Erfahrungen. Wiederholt ist es uns gelungen, die Kaufpreise herabzusetzen und Grundstücke zu einem nicht unerheblichen, billigeren Preise zu erwerben. Diese Tatsache hätte schon den Staatssekretär bestimmen sollen, seine Gegenargumente gegen unseren Beschluß anzuführen. Ich bin fest überzeugt, daß Reich wäre dabei finanziell besser gefahren. (Wichtiges! Sehr richtig! links.) Gleichviel, was er aber auch gesagt hat, ich kann nur empfehlen, bei dem Beschluß der Kommission zu verharren; denn wenn die Forderung abgelehnt und dieser Ankauf jetzt nicht vollzogen wird, wird der Staatssekretär bis 1910 schon Gelegenheit finden, den Erwerb desselben oder eines anderen Grundstücks zu einem weniger übertriebenen Preise vorzuschlagen. Auf keinen Fall sind wir bereit, den Grundstücksverkäufern eine Prämie dafür zu zahlen, daß sie dem Fiskus überhöhte Preise abfordern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Ich verstehe den Herrn Vorträger gar nicht. (Weiterkeit.) Er selbst erklärt einen Neubau für dringend notwendig. Aber gleichwohl macht er mir einen Vorwurf daraus, daß ich auf die Wiederherstellung dieser Position dringe. Das ist aber geradezu meine Pflicht, denn jetzt sitzen wir in unwürdigen Räumen, die für die Beamten und das Publikum gleich schädlich sind. Herr Singer kann ich es ja nicht recht

machen: Was ich vor einigen Jahren von der Potsdamer- in die Körnerstraße ging, schalt mich Herr Singer, daß ich nicht in der Körnerstraße bliebe; jetzt bleibe ich in der Körnerstraße, und da meint er wieder, in einer Rebenhäuserstraße würde der Bau billiger sein. Wir sind aber nach jeder Richtung hin in einer Notlage. Selbst die elenden Räume, die wir jetzt haben, sind uns für 1910 gestündigt. Ich muß Sie also dringend um Wiederherstellung der gestrichenen Positionen bitten. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Der Preis des Grundstücks ist ja übermäßig hoch. Aber wir müssen ihn zahlen. Sonst geht es uns wie mit den städtischen Häusern, die immer teurer und immer teurer wurden. In unserer Verlegenheit müssen wir eben in den sauren Apfel beißen. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Das Maximum des Preises, den wir bisher pro Quadratmeter gezahlt haben, war 1200 M. In einer noch vorteilhafteren Geschäftslage, in der Körnerstraße, haben wir 1000 M. gezahlt. Demnach ist der Preis von 1800 M. wirklich ganz unerhört hoch. (Sehr wahr! links.) Leider ist nach diesen Reden, die wir eben gehört haben, ein Erfolg unserer Bemühung, das Grundstück billiger zu bekommen, nahezu ausgeschlossen. Danach sind wir entschlossen, lieber, als daß wir diesen Preis zahlen, auf den Ankauf des Grundstücks überhaupt zu verzichten. (Sehr gut! links.) Wenn wir nach dem Rate der beiden Vorträger verfahren wollten, so würde ich, daß wir ein für die Reichsfinanzen außerordentlich unvorteilhaftes Beispiel geben würden. (Wichtiges! Zustimmung links.) Ich kann mir noch einmal betonen, daß auch die Ausführungen des Staatssekretärs mich nicht bekehrt haben und daß wir an dem Beschluß der Kommission festhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

In der Abstimmung wird der Antrag Arendt (Rp.) auf Wiederherstellung der Forderung für den Bau eines Postamts in der Französischenstraße gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt, im übrigen der Etat der Postverwaltung und der der Reichspostämter genehmigt.

Zum Titel: „Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen an die am geringsten besoldeten Unterbeamten des Reichsdienstes“ beantragt die Kommission eine Resolution: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bis zur dritten Beratung des Etats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 100 M. und den Beamten mit einem Gehalt bis zu 4200 M. je 150 M. als einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werde.

Abg. Gröber und Gen. (Z.) sowie Berner und Gen. (Antif.) beantragen, dem König ein besonderes § 2a zuzufügen, wonach an die Unterbeamten je 100 M., an die mittleren Beamten mit einem Gehalt bis zu 3000 M. je 150 M. als außerordentliche einmalige Beihilfe gewährt werden.

Abg. Wiemer und Gen. (fr. Bp.) beantragen, der Resolution der Kommission hinzuzufügen:

„Soweit durch den Etat für 1907 einzelnen Beamten eine Gehaltsaufbesserung zuteil wird, kommt diese auf die einmalige außerordentliche Beihilfe in Anrechnung.“

Abg. Speck (Z.): Die Resolution der Kommission rückt das, was den unteren und mittleren Beamten gewährt werden soll, in nebelhafte Ferne. Das Bedürfnis einer Aufbesserung für diese Beamten ist aber sehr dringend; denn seit 1896/97, seitdem ihre letzte Aufbesserung erfolgte, sind die Kosten für die Lebenshaltung ganz außerordentlich gestiegen. Man hat eingewandt, eine Erhöhung der Gehälter der Beamten durch den Reichstag sei nicht zulässig. Ich will auf diese Frage jetzt nicht eingehen, ich mache nur darauf aufmerksam, daß es früher bereits mehrfach geschehen ist. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, Hr. v. Stengel: Der Antrag Gröber würde einen Mehraufwand von 20 Millionen Mark erfordern, nicht einen von 13—14 Millionen, wie der Vorträger meinte. Vollständige Übereinstimmung herrscht zwischen den verbündeten Regierungen und allen Parteien des Hauses darüber, daß in den Beamtenstellen infolge der Teuerungserhältnisse Notlage herrscht und daß Abhilfe hierfür nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch im Interesse des Reiches und Staates liegt. An Wohlwollen für die Beamten stehen die Regierungen den Parteien des Hauses nicht nach, Reinigungsverschiedenheiten bestehen nur über Umfang und Weg der Abhilfe. Was den Umfang betrifft, so wollten die verbündeten Regierungen gern weitergehen, und nur die unsichere Finanzlage hat sie davon abgehalten; denn vorläufig ist die Grundidee der neuen Steuern und der Höhe noch absolut unübersichtlich. Gröber sind die Reinigungsverschiedenheiten über den Weg der Hilfe. Ich will auf die Rechtsfrage jetzt nicht eingehen, um so weniger, als in den früheren, vom Vorträger erwähnten Fällen, die ganz andere lagen als der gegenwärtige, stets eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung gefunden wurde. Aber in welcher Lage kommt das Reichsfinanzamt, wenn nach dem Antrage Gröber vorgegangen wird. Wochen- und monatlang arbeiten wir auf das angestrengteste, um den Etat zu balancieren, und diese ganze Arbeit ist umsonst, wenn der Reichstag in dieser Weise ungezählte Millionen in den Etat hineinschiebt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Ungezählte“? Hört! hört!) Praktisch helfen können wir den Beamten nicht, wenn wir Konflikte herbeiführen, sondern nur auf dem Wege der Verständigung. Ein solcher wird durch die von der Kommission beschlossene Resolution angebahnt. Und der Reichsanwalt ergreift gern die durch diese Resolution gebotene Hand, wobei wir den Zusatzantrag Wiemer und Genossen als selbstverständlich betrachten. Im Namen und Auftrag des Reichsfinanzamtes erkläre ich: Der Reichsanwalt ist für seine Person bereit, formell und materiell auf den Boden dieser Resolution zu treten und wird auf das ernstlichste bemüht sein, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bei den verbündeten Regierungen auf eine alabaldige Vorlegung eines Ergänzungsetats hinzuwirken, durch welchen die Bewilligung der zur Durchführung dieser Resolution erforderlichen Mittel gefordert wird. (Bravo! rechts und bei den Liberalen.) Der Reichsanwalt ist ferner bereit, die Frage einer Gehaltsaufbesserung der Beamten im Zusammenhang mit der Frage der Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für das Jahr 1908 in Angriff zu nehmen, und wird den verbündeten Regierungen seiner Zeit die dazu erforderliche Vorlage zugehen lassen und sie mit allem Nachdruck vertreten. (Lebhaftes Bravo!) Andererseits aber gibt der Reichsanwalt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, in Hinsicht auf die sehr erheblichen finanziellen Aufwendungen, die dem Reich durch die Ausführung jener Maßnahmen erwachsen, im Jahre 1908 zu einer befriedigenden Lösung der Frage nach der Deckung dieser Aufwendungen zu kommen. (Wahl links und im Zentrum.) Hiermit bitte ich das Haus, den Antrag Gröber abzulehnen und der Resolution der Kommission zuzustimmen. (Beifall rechts und bei den Liberalen.)

Abg. Wed. Heideberg (natl.): Nach diesen hochherzlichen Erklärungen stehen wir vor einer ganz neuen Situation. Das Entgegenkommen der Regierung ist die beste Rechtfertigung unseres Antrag wieder als am besten zur Befriedigung der Beamtenwünsche fähig. Der Zentrumsantrag erweitert um die alten (schweren) Streit, ob der Reichstag die Regierungen zu neuen Ausgaben zwingen kann. Und aber handelt es sich nicht um die Auszahlung eines Streites theoretischer Natur, sondern um den praktischen Erfolg. Auch das Zentrum hat sich ja durch sein Verhalten in den früheren Jahren die Verpflichtung auferlegt, für Ausgaben, die es bewilligt, für Deckung zu sorgen. Und so hoffen wir, daß der von uns eingeschlagene Weg der Verständigung zum Ziel führen wird, unsere Beamten besserzustellen zum Segen des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. Freiherr v. Nitschoten (L.): Auch uns war die Erklärung der Regierung eine Freudenbotschaft. Alle Parteien haben auf ihrem Wege und nach ihrem Können an der besseren Versorgung unserer Beamten mitgearbeitet. Aber die Initiative in solcher Frage muß bei der Regierung liegen, und wir freuen uns, daß es uns gelungen ist, sie dazu zu drängen. Wir danken dem Staatssekretär für seine wertvolle Erklärung. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Wir sind auch nach den Erklärungen des Staatssekretärs der Meinung, daß es viel besser gewesen wäre, die für eine anständige Bezahlung der Beamten notwendigen Summen gleich in den Etat einzuführen. Die Regierung scheint sich ja jetzt plötzlich auf den grundsätzlichen Standpunkt stellen zu wollen, daß der Reichstag nicht das Recht habe, erhöhte Summen in den Etat einzuführen. Aber eine ganze Anzahl von Präzedenzfällen, in denen die Regierung die vom Reichstag beschlossenen Erhöhungen angenommen und ausgeführt hat, sprechen für das Gegenteil. Schon früher hat zwar einmal Graf Posadowski dem Reichstage das Recht bestritten, diese Erhöhungen vorzunehmen, aber die Praxis hat dieses Recht immer anerkannt und sich stets den Beschlüssen des Reichstages angeschlossen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Recht des Bundesrats seinerseits, nachher dem Etat zuzustimmen oder ihn abzulehnen, wird dadurch in keiner Weise tangiert. Wir sehen eben beide Faktoren der Reichsfinanzverwaltung als gleichberechtigt an und können daher auch dem Reichstage das fundamentale Recht, nicht nur Abstriche zu machen, sondern auch Erhöhungen vorzunehmen oder neue Positionen einzuführen, unter keinen Umständen nehmen lassen. Der Reichstag darf nicht als gesetzgebender Faktor zweiten Ranges behandelt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier nicht um doktrinaire Diskussionen und akademische Erörterungen, sondern um die außerordentlich praktische Frage, ob der Reichstag sein verfassungsmäßiges Recht wahrnehmen will, oder ob er sich von der Regierung einschüchtern läßt. Wir halten es daher für sehr nützlich, die Frage im Hause so lange zu diskutieren, bis auch der formale Widerstand der Regierung gebrochen ist. Gegen die Verklammerung der Rechte dieses Hauses energischer Verwahrung einzulegen, müßte Sache aller Parteien, ohne Unterschied der Überzeugung sein. Wir werden es uns jedenfalls nicht bieten lassen, daß man den Reichstag von vornherein als Ratswähler und als Körperschaft von Bundesratsräten ansieht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auch dagegen müssen wir Verwahrung einlegen, daß die verbündeten Regierungen das wiederholte Drängen des Reichstages auf

Erhöhung der Beamtengehälter

als eine Forderung der Beamtendisziplin ansehen. Die Disziplin der Beamten wird in Deutschland durch die Disziplinarvorschriften schon genügend gesichert. Der Reichstag braucht sich deshalb nicht seiner Aufgabe zu entziehen, für eine auskömmliche Gestaltung der Beamtengehälter einzutreten, wenn der Bundesrat seine Pflicht in dieser Beziehung nicht tut. Es handelt sich hier überhaupt um das Durcheinanderwerfen zweier ganz verschiedener Dinge. Die Aufrechterhaltung der Disziplin ist Sache der Exekutive, in die der Reichstag nur eingreift, wenn nachweisbare Übertretungen der Gesetze vorliegen. Die dringende notwendige Gehaltsaufbesserung aber ist Sache der Gesetzgebung, und die Befürwortung des Staatssekretärs, daß die Disziplin gelockert werden könnte, ist nicht geeignet, dem Strahlen des Reichstages nach einer Gehaltsaufbesserung Hiesigen anzulegen, einer Gehaltsaufbesserung, die nicht nur im Interesse einer ordentlichen Verwaltung, sondern auch den Beamten die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitskraft wiedergeben kann, die sie brauchen, um ihr Amt auszufüllen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Von mehreren Seiten ist ja auch die Deckungsfrage

erörtert worden. Wir werden jederzeit dazu bereit sein, mit unseren Stimmen dafür zu sorgen, daß für diese Ausgaben die Mittel bereit gestellt werden. Das Urteil über die Mittel müssen wir uns selbstverständlich frei halten. Auf die Steuern, die die Mehrheit hier gewöhnlich vorschlägt, können wir uns nach unseren Grundsätzen nicht einlassen. Aber einer Reichsreformkommission und Vermögenssteuer zwecks Erhöhung der Beamtengehälter werden wir unsere Zustimmung niemals verweigern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen mag sich die Regierung für ihre schwierige Situation bei ihren agrarischen Freunden bedanken. Nicht im Interesse des Reiches sind die hohen Zölle geschaffen, etwa um dem Reiche erhöhte Einnahmen zu verschaffen; denn diese Wirkung der hohen Zölle wird durch die Mehrbelastung des Reiches bei den Beamtengehältern wieder ausgeglichen. Hier kamen die Interessen der Agrarier in erster Linie in Frage, die nun auch das Reich zu neuen größeren Ausgaben nötigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sowohl in der Kommission als im Hause ist ein wahrer Wettlauf in der Versicherung des Wohlwollens für die Beamten zu bemerken gewesen. Ich habe schon in der Kommission gesagt: Wenn Wohlwollen ein Nahrungsmittel wäre, würden die Beamten ja viel zu essen haben, daß sie es gar nicht verdauen könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber leider ist es noch nicht gelungen, Wohlwollen in Rohungsmittel umzuformen. Wenn es auch ersehnt ist, daß das Wohlwollen in erhöhtem Maße gegen sich gekehrt ist, so muß doch auch ausgefüllt werden, daß dieses Wohlwollen bei der Gestaltung des Etats zum Ausdruck kommen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten haben bereits Anträge auf Gehaltsverbesserungen, namentlich der Unterbeamten, gestellt, als die anderen Parteien noch nicht daran dachten; denn unserer ganzen Stellung nach ist es selbstverständlich, daß wir auf die Aufbesserung der geringen Gehälter der unteren und mittleren Gehälter dringen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im gegenwärtigen Augenblick ist nun ein Antrag auf Einlegung der erforderlichen Mittel in den Etat eingebracht, während die Mehrheit der Kommission eine Resolution empfiehlt, welche den Reichsanwalt ersucht, bis zur dritten Lesung des Etats zu prüfen, ob er die vorgeschlagenen Gehaltsaufbesserungen bewilligen kann. Ein Erfolg des festen Wunsches der Kommission, die erforderlichen Summen in den Etat eingefleckt zu sehen, ist die Erklärung des Staatssekretärs, die wir heute erfreulicherweise gehört haben. (Lachen rechts.) Das werden Sie doch nicht bestreiten wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Staatssekretär diese Erklärung bereits in der Budgetkommission abgegeben hätte, so wäre der Streit, ob Einlegung in den Etat oder Resolution, wahrscheinlich gar nicht geführt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in der Budgetkommission hat der Staatssekretär, allerdings nicht so bestimmt wie heute — was ja erklärlich ist — die Notwendigkeit der Aufbesserung der Gehälter anerkannt. Die Erklärung aber, die heute abgegeben ist, sieht, wie ich meine, in der Resolution nicht nur die Richtung, in der vorgegangen werden soll, sondern stellt sich rund und nett auf den Boden der Resolution und deshalb glaube ich, daß nunmehr der Streit über den Weg der Aufbesserung der Gehälter als erledigt angesehen werden kann. Das, was der in der Kommission und hier gestellte Antrag will, ist durch die Erklärung des Herrn Staatssekretärs erfüllt. Der Herr Staatssekretär hat die Bereitwilligkeit der verbündeten Regierungen, diese Forderung anzuerkennen, ausgesprochen; die Folge ist, daß nunmehr die definitive Einlegung der Summe in den Etat nicht mehr notwendig ist. (Wahl!-Rufe rechts.) Daher werden wir jetzt für die Resolution der Kommission stimmen und freuen uns, daß die Minderheit durch ihr einschichtiges Vorgehen erreicht hat, was sie erreichen wollte. (Lachen rechts, Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Ich hatte den Eindruck aus der Rede des Herrn Singer, daß die Erklärung der Regierung ihm das Konzept gründlich verdorben hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nur der Umstand, daß die Mehrheit es verstanden hat, dem prinzipiell unannehmbaren Antrage des Zentrums ein Verbot zu bieten durch die Resolution, hat die Regierung zu ihrem Ent-

gegenkommen heranläßt. (Rufen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Wir hoffen, daß die Regierung so schwachlich sein wird, es zuzugeben, daß einseitig vom Parlament Aufgaben in den Etat eingesetzt werden. (Bravo! rechts.) Dabon, daß diese erhöhten Ausgaben, die Herr Singer meinte, eine Folge des Zolltarifs seien, ist keine Rede. Rein, umgekehrt: Durch den Zolltarif hat das Deutsche Reich die finanzielle Kraft erhalten, um die Beamten besser zu stellen. (Große Heiterkeit h. d. Soz.: Zurufe: Defizit!) Die Hauptpreissteigerung liegt vor bei den Erzeugnissen der Industrie, vor allem bei solchen, die zollfrei sind, bei der Kohle, bei Metallen, ferner bei allem, was zum Bau gehört, daher die Wohnungsteuerung; die Brotvermehrung aber ist ausgeblieben. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber sind die Arbeitslöhne gestiegen durch den Schatz der nationalen Arbeit; das haben die Wähler begriffen, und daher sind wir in verstärkter Zahl wiedergewonnen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Speck (Z.): Mit Rücksicht auf die im Vorigen von der Erklärung des Herrn Staatssekretärs in der Kommission (Saagen rechts) heute hier abgegebene Erklärung der Regierung, welche die Erfüllung des in unserem Antrage ausgesprochenen Wunsches bereits für 1907 in bestimmter Aussicht stellt, ziehen wir hiermit unseren Antrag zurück. (Wahl! rechts.)

Abg. Wiemer (fr. Vp.) erklärt daselbe für den freisinnigen Antrag. (Bravo! rechts.)

Abg. Vogt-Hall (Wirtsch. Vg.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Resolution der Kommission. Daß Herr Singer sich auch einmal auf einen Antrag der Rechten zurückgezogen hat, können wir nur begrüßen. (Heiterkeit rechts.) Wir haben durch unseren Antrag bewiesen, daß wir auch soziale Gesinnung besitzen.

Abg. Kopsch (fr. Vp.): Ich freue mich, daß auch die Herren vom Zentrum und der Sozialdemokratie durch die Zurückziehung des Antrages anerkannt haben, daß der von uns vorgeschlagene Weg der richtige war. (Widerspruch im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Herr Singer sprach von einem Wettlauf im Wohlwollen für die Beamten; diesen Ausdruck bedauere ich; unser Wohlwollen hat keine Nebenabsicht. Ich kann auch nicht zugeben, daß die Erklärungen des Staatssekretärs in der Kommission in dem Umfange verschieden waren von der heutigen Erklärung, wie Herr Singer es dargestellt hat.

Abg. Werner (Antif.): Ich freue mich der Einigkeit, die im Hause über die Frage der Verbesserungen der Gehälter der Beamten herrscht. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Die Diskussion ist erschöpft. Die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen. (Lebhaftes Bravo!) Debatte wird der Rest des Gesetzes angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Vizepräsident Baasche teilt mit, daß eine Interpellation der Abgeordneten Will und Wiesners (Z.) betr. das Grubenunglück im Saarrevier eingegangen ist.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Gesamtbesprechung über den Gesetzentwurf betreffend die Berufs- und Betriebsbeziehung, erste und eventuell zweite Beratung des Vertrages mit Luxemburg behufs Beitritt zur norddeutschen Brauereigenossenschaft, Fortsetzung der Diskussion über die Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend Eingriffe von Reichsbehörden bei den Wahlen, Interpellation der Polen betreffend Ausweisung polnischer Schüler von höheren und mittleren Schulen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung. Montag, den 18. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Studt.
Die allgemeine Besprechung des Kultuslats wird fortgesetzt.
Abg. Fehr v. Jedlitz (fr.) bleibt bei der großen Unruhe im Hause auf der Tribüne vollkommen unberührt. Redner scheint über die Wirkungen des Volksschulunterrichtsgesetzes zu sprechen.

Ministerialdirektor Schwarzhoff erwidert dem Vorredner, daß in Ausführung des Volksschulunterrichtsgesetzes bei Bildung der Gesamtschulverbände auf eine Anlehnung an die vorhandenen Verhältnisse und auf die kommunale Abgrenzung Bedacht genommen werden soll.

Abg. Wehenhain (L.) bekräftigt einer früheren Äußerung des Abgeordneten Dr. Friedberg gegenüber, daß die Konfessionen einseitig orthodox zusammengefaßt seien. (Weißall rechts.)

Abg. Cassel (fr. Vp.): Die neuliche Erklärung des Ministers, daß er überlastet sei, legt uns erneut die Frage vor, ob es nicht an der Zeit ist, das Medizinalwesen vom Unterrichtsministerium abzutrennen.

Redner beklagt sodann, daß jüdische Lehrer nicht in der nach dem Gesetz erforderlichen Zahl angestellt würden, bringt den bekannten Beschluß des Ministers an die Berliner Schulpfandation, nach dem die Vertretung durch Lehrer anderer Konfession, z. B. einer katholischen Lehrerin durch eine evangelische oder jüdische, nicht zulässig sei, zur Sprache und fährt fort: Im vergangenen Jahre hat der Minister auf unsere Frage über die Nichtbefähigung des Pädagogen Dr. Benzig in Charlottenburg als Mitglied der Schuldeputation erwidert, eine Beschwerde sei nicht eingegangen. Jetzt liegt eine solche Beschwerde vor. Wie will der Minister jetzt seine Haltung rechtfertigen? In der Antwort des Ministers auf die Beschwerde heißt es, der Grund sei der Umstand, daß Dr. Benzig die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule fordere. Das kann doch nicht entscheidend sein gegenüber einem Manne, der von der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung einstimmig gewählt ist. Der Fall zeigt wieder engherzigen Bürokratismus. Er lehrt, daß Rechtskontrollen geschaffen werden müssen gegenüber dem administrativen Willkür der Verwaltung. Was hier der Minister sagt, steht nicht im Einklang mit dem, was der Reichsfinanzminister über konfessionsliberale Paarung gesagt hat. Wir glauben nicht, daß wir von diesem Minister auch nur die bescheidenste Rücksicht auf liberale Ideen zu erwarten haben. (Sehr wahr! links.) Das will ich den Herren von der Rechten jedenfalls sagen: wir denken nicht daran, als Traß und Waggone der reaktionären Parteien zu dienen. (Weißall links.)

Minister Dr. v. Studt: Der Abgeordnete Cassel ist auf die Angriffe zurückgekommen, die der Abgeordnete Fehr v. Jedlitz gegen mich gerichtet hat. Diesen Angriffen glaube ich die richtige Behandlung dadurch haben zuteil werden lassen, daß ich sie ignorierte. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Ich gebe zu, daß die Frage der Abtrennung der Medizinalverwaltung durchaus erwägenswert ist. Es haben früher schon Verhandlungen darüber stattgefunden. Diese Frage soll sorgfältig geprüft werden.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzhoff: Den Anlaß zu der Bestimmung, daß Vertretungen von Lehrkräften nur durch Lehrer derselben Konfession erfolgen dürfen, hat ein Vorfall gegeben, bei dem sich ergab, daß eine jüdische Lehrerin evangelischen Religionsunterricht erteilte. (Hört! hört! rechts.) Ich habe mich aufrichtig gefreut, daß der Vorredner auch den Fall Benzig vorgebracht hat. Dr. Benzig beklagt den Religionsunterricht in der Volksschule, eine der wesentlichsten Grundlagen der Schule, in der säkularisierten Form. Er ist nicht bloß ein idealer Schwärmer, sondern ein Agitator. Er hat in seinem Buch „Der Kampf um die Schule“ auf ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie seine Hoffnung gesetzt und hofft, da die Sozialdemokratie von ihrer Macht gegenüber der Bürokratie Gebrauch machen werde: Wenn im Jahre 4000 bis 5000 Dispensionsgehälter kämen und 10 000 Projekte von Eltern, dann würde sich das jetzige System nicht aufrecht erhalten lassen. Wer so die Sozialdemokratie zum passiven Widerstand aufreißt, kann kein autoritatives Amt bekleiden. Abgeordneter Dr. Friedberg hat den Vorwurf des Bürokratismus außer aus dem Fall Benzig hergeleitet aus dem Nichtempfang eines rheinischen Lehrervereins. Dieser Lehrerverein forderte aber nicht mehr und nicht weniger als ein Grundgehalt von 1800 M. und eine Alterszulage von 250 M. Das bedeutete eine Mehrausgabe von über 100 Millionen Mark. Was sollte da ein Empfang? Abg. Dr. Heißig (Z.) fordert größere Berücksichtigung des kon-

struktiven Zeichens in den Lehrplänen und geht sodann auf den Hirschberger Giftmordprozess ein.

Präsident v. Kroscher: Die Verzele gehören zweifellos hierher, daß aber der Giftmordprozess hierher gehört, kann ich nicht anerkennen. (Heiterkeit.)

Abg. Heißig (Z.): Ich wollte nur sagen, daß man diesen Giftmordprozess sicher nicht zugunsten der Leichenverbrennung, die bei diesem Etat oft gefordert ist, ins Feld führen kann.

Abg. Ernst (fr. Vg.) verbreitet sich über die Ursachen des Lehrermangels.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Was den Fall Benzig betrifft, so gebe ich gern zu, daß der Vorfall und die Phrasologie des Benzigschen Buches mir nicht gerade sympathisch ist. Ob es aber berechtigt ist, eine Parallele mit den beim Schulstreit tätigen polnischen Geistlichen zu ziehen, erscheint mir selbst nach der vom Regierungskommissar verlesenen Stelle sehr zweifelhaft. Ich bin nicht überzeugt, daß die Nichtbefähigung etwas Gutes geschaffen hat. Was den rheinischen Lehrerverein betrifft, dessen Vorstand vom Minister nicht empfangen ist, so meine ich, es hätte fördernd gewirkt, wenn der Minister den Herren gesagt hätte, daß ihre Wünsche nicht erfüllbar seien. Auch hätte man eine andere Form wählen müssen für eine Abgabe.

Wie viele Professoren sind seit dem 1. April 1899 bis heute aus dem geistlichen Amt berufen? Bei den kritischen sind, dagegen bei den positiven eine ganze Anzahl! Wie ist es mit dem Professoren Austausch mit dem Auslande? Von der kritischen Richtung sind nicht weniger als 10 abgegeben, von der positiven Richtung nur 3! Von der kritischen Richtung ist aus außerpreussischen Staaten niemand berufen, aus der positiven 41! Herr Wehenhain hat gemeint, die kritischen Dozenten seien vom alten Glauben abgefallen. Wer gibt ihm das Recht zu solcher Spitzfindigkeit? Er hat ferner gesagt, die moderne Theologie sei nichts anderes, als der alte Rationalismus. Ist er sich denn ganz klar, was Rationalismus ist? (Heiterkeit.)

Minister Dr. v. Studt: Wenn der Vorredner es als ein liberales Vorrecht in Anspruch nimmt, für die kritischen Professoren einzutreten, so erwidere ich ihm, daß sich kirchlich-liberal und politisch-liberal nicht deckt. Im übrigen bedauere ich, daß Dr. Friedberg orthodox und positiv verquilt. Die Begriffe decken sich nicht. Es fällt mir gar nicht ein, irgendwie die Orthodoxie zu begünstigen. Scheinbar Eifer meint, die statistische Methode könne man hier nicht anwenden, da sie sich nur für Massenereignisse eignet.

Abg. v. Oldenburg (L.): Ich stehe auf dem Standpunkt, den Sie (nach links) vielleicht haarträubend finden. (Heiterkeit links.) Ich glaube nämlich, daß die Professoren nicht Selbstzweck sind, sondern einem Bedürfnis dienen sollen. Die Gemeinden wollen aber keine Geistlichen, die ihre Herzen mit Zweifeln erfüllen. Wir müssen deshalb verlangen, daß die positive Richtung die Oberhand hat; denn das ist die Richtung, die die überwiegende Anzahl des preussischen Volkes haben will. (Gelächter links.) Gerade die positiven Geistlichen sagen jetzt: Wir können unsere Söhne nicht Theologie studieren lassen, denn entweder hören sie etwas, was sie nicht glauben, oder sie lehren etwas, was sie nicht glauben. (Unruhe links.) Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß die positiven die Mehrheit haben. Ein Minister, der das nicht tut, taugt nichts, eine konservative Fraktion, die das nicht tut, wird auch nichts taugen. (Weißall rechts, Gelächter links.)

Das Haus vertagt sich.

Persönlich bemerkt
Abg. Dr. Friedberg (natl.): Der Kultusminister hat durch seine Rede gezeigt, daß er leider nicht die Fähigkeit besitzt, die erforderlich ist, um Vorwürfe zu erheben, wie er sie mir gemacht hat. Die Ausführungen des Abgeordneten v. Oldenburg waren mehr unhöflich, als wichtig.

Abg. v. Oldenburg (L.): Dr. Friedberg erwiderte ich: Freund, Du hast Unrecht; denn Du wirst grob.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Mit dem Abgeordneten v. Oldenburg an Grobheit zu vergleichen, ist unmöglich. (Heiterkeit.)

Abg. v. Oldenburg (L.): Ich freue mich, daß Dr. Friedberg endlich eingesehen hat, daß ihm in einer Sache ein Mensch noch über ist. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß: 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern (Montag) wieder einmal mit der Frage der Freifahrten für die Abgeordneten. Bekanntlich erhalten die Mitglieder des Abgeordnetenhauses jetzt nur zu Beginn und zu Ende jeder Session Freifahrt gemäß den Bestimmungen des Dienstreisentarifs für die höheren Staatsbeamten vergütet. Der Wunsch nach Gleichstellung mit den Reichstagsabgeordneten ist schon früher wiederholt in den Fraktionen und im Seniorenkonvent zum Ausdruck gebracht worden. Gestern konnte nun der Führer der konservativen Partei, Abg. v. Hehenbrand, mitteilen, daß er sich in Verfolg der Anregungen aus dem Hause mit dem Finanzminister in Verbindung gesetzt habe, und daß dieser — allerdings unverbindlich, aber doch mit der Erlaubnis, davon Gebrauch zu machen — gesagt habe, er glaube, daß die Regierung nur dann einer Bewilligung der Freifahrten für die ganze Dauer der Session und für ganz Preußen zustimmen werde, wenn auch das Diätengesetz konform dem des Reichstages gestaltet werde, das heißt, wenn die Diäten in Anwesenheit des Gelder umgewandelt würden. Namens seiner Fraktion sagte Herr v. Hehenbrand die Erklärung hinzu, daß sie lieber auf die freie Fahrt verzichten als sich der im Reichstag beliebigen Kontrolle unterwerfen wollten. Auch der Vertreter der freisinnigen Volkspartei, Abg. Sindler, erklärte das Reichstagsdiätengesetz für unannehmbar und eines freien Parlaments unwürdig! Die übrigen Fraktionen waren geteilter Meinung. Das Zentrum hielt die Bewilligung eines Pauschquantums für immerhin akzeptabel. Ein Beschluß wurde (wie stets im Seniorenkonvent) nicht gefaßt. Doch dürfte die Frage der Freifahrten damit für längere Zeit von der Tagesordnung verschwinden.

Die Osterferien sollen im Abgeordnetenhause am Donnerstags beginnen.

Bergwerkskatastrophen.

Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, aus Anlaß der neuesten Grubenkatastrophen eine Interpellation einzubringen: „den Reichsfiskus um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Resultate die Untersuchungen des Reichsversicherungsamtes zur Verhütung von Explosions- und Feuergefahren in Bergwerken ergeben haben (deren Einleitung der Reichstag am 25. Mai 1906 beschlossen hatte) und welche Vorschläge der Reichsfiskus zur Verhütung dieser Gefahren machen können.“

Wer trägt die Schuld?

Ueber die Ursachen der Katastrophen verläutet immer noch nichts Positives. Bezüglich der Explosion auf Klein-Rosfeld ist bisher nicht einmal ein Versuch gemacht worden, die Verwaltung zu entlasten. Nach dem Unglück auf der Zeche „Vorussia“ und auf „Neben“ ließ man fleißig berichten, die Einrichtungen seien musterhaft und die Aufsichtsorgane hätten alles in bester Ordnung befunden. Jetzt verlautet nichts dergleichen. Hoffentlich ist das kein Anzeichen dafür, daß in diesem Falle noch größere Verfehle konstatiert werden, als wie bei den anderen Massenvernichtungen von Menschenleben. Eine Meldung vom Sonnabend besagte, es sei noch nicht festgestellt, ob eine Explosion schlagender Wetter oder eine Kohlenstaubexplosion vorliege. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Kombination beider Explosionsarten.

Für den Seilbruch auf dem Rathildenschaft der „Gerhordgrube“ hat man auch noch keine Erklärung gefunden. Etwas stuhig machen uns zwei Meldungen, die auf eine gewisse Unstimmigkeit schließen lassen können. Einmal wird mitgeteilt, das gerissene Seil sei noch am 1. Februar zerreiht und wiegeproben mit befriedigendem Erfolge unterzogen worden, nach einer anderen Meldung sollte das Seil am Tage nach dem Unglück ausgewechselt werden. Wenn das Seil durch ein neues ersetzt werden sollte, dann muß es doch wohl als nicht mehr ganz betriebssicher befunden worden sein. Ist das bereits am 1. Februar geschehen und hat man ungeachtet dessen das Seil ruhig weiter benutzt? Ist die Absicht, es auszuwechseln, vielleicht gar erst nach — dem Unglück aufgefunden? Menschenleben sind vernichtet worden, da heißt es, unerbittlich etwaige Schäden aufzudecken, sonst liegt jede Garantie, daß nicht durch Nachlässigkeit stündlich Tausende Bergarbeiter in Lebensgefahr schweben. Der Seilbruch löst erneut auch die Frage nach den Vorratungen aus. Warum funktionierten diese nicht? Wie war es möglich, daß der Korb in den Sumpf hineinstieg? Die Reserve, die man sich allen diesen Fragen gegenüber auferlegt, ist wahrlich nicht geeignet, zu beruhigen, sie kann aber zu dem Verdacht führen, daß man Zeit gewinnen will, vielleicht auch einige Korrekturen vornehmen möchte.

Nach Meldungen aus dem Unglücksrevier ist der Statthalter der Reichslande am Sonntag früh 10 1/2 Uhr in Klein-Rosfeld eingetroffen und nachmittags 5 Uhr nach Berlin abgereist, um dem Kaiser Bericht zu erstatten. Ruß das, was der Statthalter erfahren hat, der Öffentlichkeit vorenthalten werden? Oder ist es so belanglos, daß die Mitteilung nicht lohnt?

Das Zentrum hat im Reichstoge auch eine die Unglücksfälle betreffende Interpellation eingebracht.

Die Explosion.

Nach Nachrichten aus Forbach meinte man am Ausgang des Schachtes zunächst nicht das geringste von dem Vorgang in der Tiefe. Erst als zum ersten Male die Förderseile mit einer Anzahl Gesteiner herauskam, wurde bekannt, was sich drunten ereignet hatte. Im ganzen waren 240—245 Mann eingekerkert und zwar im sogenannten Quillen-Schacht, der 417 Meter tief ist. Sofort eilte der Direktor Simon mit einer Anzahl seiner Beamten herbei und fuhr in den Schacht ein; auch die Rettungsmannschaften traten alsbald mit Draeger-Apparaten in Tätigkeit. Auf der Grubensohle stieg man zunächst auf den Körper des Wetterstrickers Hahou, der alsbald heraufgeschafft wurde. Dahou gab schon nach wenigen Minuten, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, den Geist auf; die giftigen Nachschwaben hatten ihn getötet. Die ganze Nacht wurde an der Bergung der Leichen fleißig gearbeitet. Von den preussischen Staatsgruben waren ebenfalls Rettungsmannschaften unter Führung mehrerer Bergbeamten herbeigezogen. Diese traten sofort ein, doch gab es nichts mehr zu retten. Von den toten Bergleuten waren über die Hälfte verheiratet. In Müldeisenchaft gezogen sind vornehmlich die umliegenden lothringischen Bergmannsdörfer, aber auch aus den benachbarten preussischen Gebieten stammte eine ganze Anzahl der Umgekommenen. Die Leiden liegen in den Nordwesten des Knappschafslazarets. Einige Tote, die von den Nachschwaben erstickt sind, sind völlig kenneilich und machen den Eindruck Schlafender. Viele dagegen, die von der Stichflamme getroffen worden waren, sind sehr entstellt. Als das Unglück eintrat, arbeitete eine Versammlungsnachschicht, die nur ein Drittel so stark war wie eine normale Frühförderseilseil. Aus diesem Grunde war die Zahl der Opfer verhältnismäßig niedrig. Da die Versarungsarbeiten leichter sind, sind die Opfer jugendliche und alte Arbeiter. Die Verunglückten fanden einen schnellen Tod, die meisten sind ohne Verblütung. Jede einzelne Leiche ist kenneilich, weil die Arbeiter und Schuße fast ganz unterseht geblieben sind. Die Schwerverletzten liegen an Brandwunden und besonders an den Folgen des Einatmens giftiger Gase danieder; es stellt sich fortwährend Erbrechen ein. In der Grube herrscht großer Jubrang aus der ganzen Umgegend. Die Grube ist gesperrt und wird am Eingang von Gendarmen bewacht.

Die Kranken, die durch Brandwunden entstellt sind, leiden große Qualen. Einige der Verunglückten haben schwere Augenverletzungen erlitten und liegen ganz apathisch da. Diejenigen, die sich infolge Einatmung der heißen Giftgase eine heftige Entzündung der Lungen zugezogen haben, zeigen starkes Fieber. Im Verlaufe des Vormittags starb noch einer der Schwerverletzten.

Die Verunglückten fanden einen schnellen Tod, die meisten sind ohne Verblütung. Die Schwerverletzten liegen an Brandwunden und besonders an den Folgen des Einatmens giftiger Gase danieder; es stellt sich fortwährend Erbrechen ein. Der Zustand ist bei allen hoffnungslos. Ein verletzter gereiteter Bergmann schildert der „Forbacher Zeitung“ die Katastrophe folgendermaßen: Ich arbeitete mit einem Kameraden auf der Sohle 382. Ich stand in einem Förderwagen, mein Kamerad neben dem Wagen, als plötzlich ein heftiger Knall erfolgte, der uns beiden die Besinnung raubte. Ich wurde samt dem Förderwagen überschlagen, während mein Kamerad in die Wassergarbe geschleudert wurde. Ich kam rasch wieder zur Besinnung. Ich sah, daß alle Lichter in der Grube ausgelöscht waren und rief: „Was ist denn los?“ Darauf sagte mein Kamerad: „Es hat eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden.“ Ich erhob mich, um mich aus dem finsternen Schacht zu retten, als mir plötzlich ein dicker heißer Sprühregen entgegen kam, wodurch mir der Atem und nahezu wieder die Besinnung genommen und die linke Hälfte meines Gesichts verbrannt wurde. Sofort hielt ich Mund und Nase zu. Ich ließ mich nieder zur Erde fallen und kroch auf den Händen und Füßen in der Dunkelheit weiter. Bald verspürte ich vom Schachte einen Hauch frischer Luft, der mich wieder aufmunterte. Mein erster Gedanke war, nun bist du gerettet. Mein Kamerad fand sich auch bald ein und noch weitere drei Mann. Dieselben bliesen in der wehenden frischen Luft ihre Lampen wieder an. Wir nahmen darauf in Notpferbestall Zuflucht und beratschlagten, was zu unserer Rettung zu tun sei. Auf einmal hörten wir Stimmen, die riefen: „An den Schacht, an den Schacht, hinten ist alles verloren!“ Wir liefen sofort zum Schacht, wo der Steiger Vingert aus einem anderen Gang ankam, sofort zu Tage fuhr und den Förderkorb zur Einfahrt zurecht machen ließ. Der Förderkorb kam mit dem Steiger Vingert zurück, der zunächst uns Verletzte zu Tage förderte. Wir waren froh, daß wir wieder festen Boden unter uns und ein sicheres Dach über uns hatten und dankten Gott für unsere Rettung.

Angehörige von Verunglückten sowie viele Bergleute erklärten übereinstimmend, daß man allgemein im Revier die de Weidelschen Gruben für die unsichersten gehalten habe. Seit Menschenleben sei kein großes Unglück vorgekommen. Die Schußborrichtung, die Wetterführung und die Wetterlären funktionierten tadellos. Die Umstände sind es zu verdanken, daß das Unheil auf seinen engeren Entstehungsort beschränkt geblieben ist. Mehrere weniger Schwerverletzte schilderten dem Statthalter die Katastrophe in kurzen Worten. Alle erklärten sie, sie seien von der gewaltigen Erschütterung der Explosion zu Boden geworfen worden und hätten längere Zeit bewußtlos gelegen. Nachdem sie wieder erwacht seien, hätten sie sich, so gut es bei ihren Verletzungen ging, kriechend aus dem dunklen Stollen zu retten versucht.

Nach Angabe des dirigierenden Arztes des Knappschaftslazarets Dr. Herges betrug die Zahl der Toten im Lazarett Sonntag um 9 Uhr morgens 7 Mann, die der Kranken 9; davon haben 4 günstige Aussichten auf Genesung, während bei den übrigen die Prognose sehr ungünstig ist. Diese haben starkes Fieber, sind aber bei klarem Bewußtsein. Die Zahl der geborgenen Toten ist jetzt auf 73 angewachsen. Vier Leichen befanden sich um 11 Uhr vormittags noch in dem Schacht, eine war in der Nacht geborgen worden. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt. Eine Leiche hatte man heute früh bereits mit dem Oberkörper bloßgelegt, als nachfolgende Gesteinsmassen sie wieder ganz bedeckten. In dem zum Teil mit Mattpflanzen ausgefüllten Korridor des Knappschaftslazarets sind lange Reihen von Särgen aufgestellt, die man bereits vormittags geschlossen hatte. Auf jedem Sarge befindet sich ein Zettel mit der Reihennummer und dem Namen des darin Liegenden Toten. Auf vier Särgen lautet der Vermerk aber noch immer „unbekannt“. Man hat die Kleider, Schuhe und den vorgefundenen Inhalt der Taschen dieser Verunglückten neben die Särge gelegt, um die Wiedererkennung zu erleichtern, doch stehen diese vier Verunglückten anscheinend allein, da sich bisher kein Angehöriger gemeldet hat, um ihre Persönlichkeit festzustellen.

Infolge der fortschreitenden Verwesung der noch in der Grube befindlichen Leichen sind die Bergungsarbeiten wesentlich erschwert. Es gelang gestern, noch einen Bergmann auszugraben. Von den 12 Schwerverletzten sind sieben gestorben, man fürchtet, daß auch die übrigen im Laufe des heutigen Tages ihren Verletzungen erliegen werden.

Der Seilbruch.

Der Förderkorb auf dem Rathildenschachte der Gerhardtgrube hat noch nicht in die Höhe gezogen werden können. Er ist in den sogenannten Bergsumpf gefallen und das Wasser mußte, wie die „Zürcher Zeitung“ erfährt, erst ausgepumpt werden, ehe man an die Bergung der Leichen herangehen konnte.

Von den 22 Verunglückten sind 5 aus Böllingen, 7 aus Derlen und 10 aus Vöns. 19 Leichen sind geborgen, 3, und zwar Bergleute aus Vöns, liegen noch im Sumpf. Schlosser sind bei der Arbeit, um die im Sumpfe stehende Förderchale zu zerlegen, erst dann wird man die letzten drei Leichen bergen können. Die Förderung des Rathildenschachtes ist eingestellt. Die Bergungsarbeiten erfolgen durch den Rudolphschacht. Im Jochenhause dieses Schachtes sind die Leichen aufgebahrt. Seitliche kamen bei dieser Grubenförderung selten vor, das letztemal auf der Grube von der Höhe vor vier Jahren, wobei vier Bergleute den Tod fanden.

Das Unglück hat sich beim Einhängen der vierten niedergehenden Schale ereignet. Die einzelnen Drähte des Seiles sind an der Bruchstelle zu Nadelspitzen fein ausgezogen.

Wieder ein deutsches Courrieres!

Aus dem Saarrevier schreibt man uns: Auf dem Rathildenschacht der Grube „Gerhardt“, die dem preussischen Bergbau gehört, ereignete sich am Freitag auf Sonnabend 22 brave Igl. preussische Schachtarbeiter den Tod durch Bruch des Förderseils; die Förderchale stürzte mit der Mannschaft in die Tiefe und die Knappen fanden in dem zwanzig Meter tiefen, voll Wasser stehenden Schachtstumpf den Erstickungstod, wenn sie nicht schon durch den Sturz getötet waren. Eine sofortige Bergung war nicht möglich, da der Schacht erst durch Handpumpen leer gepumpt werden muß. Der Seilbruch hat bereits schon eine amtliche „Aufklärung“ erhalten, aus der die Verantwortlichkeit ebenfalls klar wird wie aus der amtlichen Aufklärung der Ursachen der Redenatastrophe. Das Seil, ein flaches Sechseckdrahtseil, soll danach erst noch vor wenigen Wochen „geprüft“ und „geproben“ mit befriedigendem Erfolge unterzogen worden sein und trotz des „befriedigenden Erfolgs“ sind die einzelnen Drähte des Seiles an der Bruchstelle zu Nadelspitzen ausgezogen!!! Was aus einer solchen amtlichen „Aufklärung“ klar werden, wer kann und will, wir lernen uns da nicht aus. In sechs Wochen reist ein mit „befriedigendem Erfolge“ geprüfetes Sechseckdrahtseil nicht, wenn der Förderkorb mit 22 abgehängten Bergleuten beschwert ist. Und nachdem vor 14 Tagen erst auf Grube Dudweiler eine Förderchale mit 12 Mann in den Sumpf stürzte, wobei einige Bergleute ihr Leben lassen mußten, ist es sehr verwunderlich, daß auf dem Rathildenschacht ein 20 Meter tiefer Schachtstumpf offen steht, ohne daß Vorkehrungen getroffen wurden, den Sumpf zu leeren oder abzulassen. Da ist die amtliche „Aufklärung“ sehr dürftig. Nachschaff hat die föderale Bergverwaltung zu geben. Freilich, diese wird ihr leicht gemacht; ihre Richter sind ja die Gesetzgeber von Geldsackgnaden, gegen deren Willen Minister Delsbrück keinen Bergarbeiterklub einführen mag.

Die zweite noch furchbarere Grubenkatastrophe derselben Nacht spielte sich auf dem Willemschacht der Grube „Kosfeld“ ab, die knapp 1 1/2 Stunde von dem erst genannten Unglücksschacht entfernt liegt und dem lothringischen Kohlenkönig von Wendel gehört, denselben, der mit dem verbleibenden päpstlichen Segen den Wahlkreis Diedenhofen gegen das Zentrum eroberte. 26 Menschenleben verlor eine Schlagwetterexplosion. Von den Schwerverletzten dürfte kein einziger davonkommen; sie sind sämtlich verbrannt. Die Gesamtzahl der dahingerafften Menschenleben wird demnach ca. 85 betragen. Von den auf derselben Grube beschäftigten Knappen konnten sich nur ganz wenige retten. Die übrige Belegschaft, ca. 130 Mann, konnte sich in Sicherheit bringen.

Die Katastrophe ereignete sich am 10. März, also mitten in der Nacht, so daß man nicht, wie in „Reden“, die Schuld auf die toten Vorfahren abwälzen kann. Ueber die Ursache der Katastrophe, die um so wichtiger auf die Gemüter wirkt, als sie einen der mächtigsten Ringe in der saarabrisch-lothringischen Unglücksliste bildet, läßt sich noch kein klares Bild gewinnen, da aus den Bergleuten wenig herauszubringen ist. Das erklärt sich aus ihrem Abhängigkeit, „gefesselt“ und der Furcht vor Nachregelung, Weiterführung und Verurteilung „sollen“ in leidlich gutem Zustande gewesen sein; geschossen wird in der Nachtschicht auch nicht, so daß man zunächst fast ohne Schlüssel ist, um das furchtbare Rätsel zu entschlüsseln. Ein in der Abteilung beschäftigter Bergmann versicherte uns aber, daß eine Reihe Feiler unverkettelt offen stand, und daß sich da im „alten Mann“ die Wetter ungehindert ansammeln konnten! Nimmt man an, daß durch einen Bruch die Wetter aus dem „alten Mann“ in die Strecken und Querschläge getrieben wurden, so ist das weitere leicht erklärlich.

Die Grube „Kosfeld“ hat die mächtigsten Kohlenflöße im ganzen Saarrevier, die Produktion ist pro Kopf der Belegschaft höher als in irgend einem anderen Revier, und trotz dieser außerst günstigen Abbaubehältnisse wird fast nirgends bestiger geschuftet, wie hier. Alle Bergleute erzählen uns, daß vor 20 Jahren, als über 350 M. Lohn nicht ausbezahlt wurden, das Gedränge (Affordsch) pro Meter 25 M. betrug, während heute, wo der Minimallohn der hauer 550 M. beträgt, für dieselbe Arbeit nur 24 M. bezahlt werde. Der Bergmann hat nicht mehr die Zeit, über sein Leben und seine Gesundheit zu wachen. Einen Jola brachte Saarabien; der Stoff zu einem neuen „Germinat“ ist haushoch aufgeschichtet. Die „Möbiat“ steht auch schon ein; damit werden in Saarrevier die erhitzen Gemüter besänftigt. Der päpstlich gesegnete Kohlenbaron de Wendel, der übrigens Kirchenpatron halb Lothringens ist, spendete den Hinterbliebenen 100 000 M., das heißt, fast ebensoviel, als ihn sein neues Reichstagsmandat kostet. Der Koalitionsfreiheit haben die de Wendel Kreis geschworen, der Bergarbeiterklub ist in Lothringen noch längerlich besessen, als selbst auf den eigentlichen saarabrischen Kupferanstalten.

Die Leichen der beiden Katastrophen für die Bergarbeiter liegen auf der Hand. Das preussische Dreiklassenhaus und nicht minder

das reichsländische Honoratiorenparlament ist unfähig, einen wirklichen Bergarbeiterklub zuzubilden. Dafür ist der preussische Handelsminister ein klassischer Zeuge. Die Saredenarchie der saarabrisch-lothringischen Grubenkatastrophen bilden ein wichtiges Argument für die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Forderungen, die alle einsichtigen Bergleute sich zu eigen machen: Der mit einem Reichsberggesetz! Das ist die Forderung, die mit Nachdruck erhoben werden muß.

Letzte Nachrichten.

Klein-Kosfeld, 18. März. Bei der heutigen Trauerfeier waren die mit Kränzen und Bahrtüchern bedeckten Särge der Toten von Klein-Kosfeld auf einem großen Katastall vor dem Hauptaltar aufgestellt. Bischof Benzler wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die ganze Welt heute der hier so arg Geprüften gedenke. Das Unglück sei furchtbar, aber für Christen nicht ohne Trost. Auch der Familie de Wendel, die für das leibliche und geistliche Wohl der Arbeiter stets so treu besorgt gewesen sei, sprach der Bischof seine innigste Teilnahme aus. Den unglücklichen Opfern der Katastrophe widmete er warme Worte der Anerkennung für ihre Pflichttreue bis zum Tode.

Böllingen, 18. März. Die Leichenfeier für die im Rathildenschachte umgelommenen Bergleute fand heute vormittag 10 Uhr auf dem freien Plage vor dem Rudolphschachte statt. Nach dem von der Bergkapelle gespielten Choral „Jesus meine Zuversicht“ sprachen die katholischen und evangelischen Geistlichen von Böllingen und spendeten den Hinterbliebenen Trost. Geheimrat Krümmel gab Johann der tiefen Trauer der Belegschaft und der Bergbeamten Ausdruck. Er betonte, zum Schutze für die Sicherheit des Bergbaues sei bisher alles getan worden, was die Wissenschaft als zweckmäßig anerkennt. Auch in Zukunft werde mit allen Mitteln für die Verbesserung des Betriebes gesorgt werden; dennoch aber werde es der menschlichen Macht nie gelingen, Unfällen vorzubeugen, sei es im Bergbau, sei es in anderen gefährlichen Betrieben.

Böllingen, 18. März. Die Leichen der bei dem Unglück im Rathildenschachte der Gerhardtgrube Verunglückten sind, dem „Saarlouiser Journal“ zufolge, jetzt sämtlich geborgen.

Klein-Kosfeld, 18. März. Die Direktion des Steinkohlenbergwerks gibt folgenden amtlichen Bericht über das Unglück heraus: Die hier ausgebildeten Rettungsmannschaften waren sofort zur Stelle und befreiten in der Sonnabendnacht mit ihren Sauerstoffapparaten einige Betriebspunkte, die wegen der noch vorhandenen Stidgase ohne Lebensgefahr nicht betreten werden konnten. Um 1 1/2 Uhr morgens waren sämtliche Verletzten, dreizehn an der Zahl, geborgen und in das Krankenhaus gebracht worden. Alle in Frage kommenden Abteilungen sind dabei befreit worden und es wurde festgestellt, daß keine Lebenden mehr vorhanden sein können. Außerdem wurden 67 tote Zuzüge gefördert. Von den Verletzten sind inzwischen sechs gestorben. Vier Mann werden noch vermisst und liegen jedenfalls unter den niedergegangenen Gesteinsmassen. Man weiß bestimmt, daß es eine Schlagwetterexplosion war, ohne jede Beteiligung von Kohlenstaub, was auch die amtliche Befragung festgestellt hat. Ueber die Ursache der Explosion ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Ihr Herd ist nicht mit Bestimmtheit zu ermitteln. Große Verheerungen in der Grube sind nicht angerichtet, abgesehen von einigen Bruchstellen, die zum größten Teil wieder aufgebaut sind. Die Weiterführung hat keine wesentliche Aenderung erlitten.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Als Heft 12 der „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek“ ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben erschienen: „Vom medizinischen Aberglauben“, von Dr. Ernst Theising. Der Verfasser bespricht eingehend die auffällige Tatsache, daß auch bei Arbeitern, die mit politischen und religiösen Vorurteilen endgültig gebrochen haben, der medizinische Wunder- und Aberglaube, der Glaube an die weiße Frau und den Schäferarzt, an Homöopathie, Magnetismus und „Naturheilverfahren“ noch so überaus weit verbreitet ist.

In dem ersten Kapitel: „Zur Geschichte des medizinischen Aberglaubens“ wird seine Entstehung bei Völkern auf niedriger Kulturstufe, bei denen Medizinern und Priester meist ein und dieselbe Person sind, geschildert; die Beschwörungsjournale, der Tempelschlaf, der Traum und die Traumdeutung, das Orakel und das Opfer, das „Bernageln“ der Krankheit und das Besessenheit usw. Durch die Jahrhunderte hindurch geht der Kampf zwischen christlicher (göttlicher) und mechanischer Weltanschauung, ein Kampf, der erst im 18. und 19. Jahrhundert mit dem Fortschreiten der naturwissenschaftlichen Erkenntnis zum Siege der mechanischen Weltanschauung geführt hat. Aber auch heute noch gibt es Hunderte, Tausende, die auf den modernen „christlichen“ Schwindeln des Gesundbetens hineinfallen. Vom „Gesundbeten“ handelt das folgende Kapitel, ein ferres bespricht den „Reliquienwindel“, Sympathie und Magie“ und führt eine große Reihe von solchen Rezepten auf gegen das Reizen, Leib- und Augenschmerzen, Amulette gegen die Pest, Sprüche zur Blutstillung, Rufe bähnen usw. Das vorliegende Kapitel handelt von „modernen Formen medizinischen Aberglaubens“, dem Arznei-Aberglauben und der Wegnerichkeit gegen die Pockenimpfung. Im letzten Kapitel: „Aberglaube und Suggestion“ wird die Bedeutung der seelischen Beeinflussung für die Behandlung und Heilung mancher Krankheitszustände besprochen und damit eine Erklärung abgegeben für die Wunderheilungen und den Glauben an solche im medizinischen Aberglauben bis auf unsere Tage. Das Studium des Schriftchens kann jedem Arbeiter empfohlen werden.

Die soziale Stellung der sozialdemokratischen Wähler.

Unter dieser Stigmata brachte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in ihrer Nummer vom 2. März einen Artikel ihres rheinisch-westfälischen Mitarbeiters, der von verschiedenen Parteiblättern kritisch oder zustimmend abgedruckt wird. Der Artikelschreiber versucht darin den Nachweis zu erbringen, daß die weitverbreitete Anschauung, unser bester Boden sei dort, wo sich die größten Massen beschloßener Proletarier zusammenhalten, durchaus nicht als Evangelium hinzunehmen ist. Gerade in den Ruhrgebietsbezirken, wo sich die Arbeiterkraft eines gewissen Wohlstandes erfreut, zum Teil sogar in recht behäbigen Verhältnissen lebt, hat die sozialdemokratische Bewegung die tiefste Wurzel geschlagen. Hochbedeutend für den Fortgang unserer Bewegung ist es auch, daß die Bezirke mit der relativ und absolut stärksten alleinheimischen Bevölkerung sich zu unerwartetermaßen sozialistischen Hochburgen entwickelten.

Als Beweis führt der Artikel nun an, daß der südliche Teil des Industriegebietes mit seiner zahlreichen altansässigen Arbeiterbevölkerung, unter welcher sich absolut und relativ die meisten Haus- und Landbesitzer befinden, so viele sozialdemokratische Stimmen aufgebracht habe, daß unserer Partei gleich im ersten Wahlgange der Sieg zugefallen wäre, wenn der Norden mit seinen überwiegend zugewanderten, blutarmen Proletariern ebenso günstig für und gestimmt hätte.

Die Methode, durch die der rheinisch-westfälische Korrespondent der „Sächsische Arbeiterzeitung“ zu seinen Resultaten kommt, erscheint uns sehr ansehnlich. Daß der Besitz eines Grundbesitzes und einer kleinen Landparzelle (Brunnenlücke nennt der Volksmund in Westfalen die Besitzter solcher „Kotten“, weil sie nicht viel mehr als Brunnen, Pfannen ernten) kein ernstliches Hindernis für das Entschließen proletarischen Klassenbewußtseins bedeutet, steht fest. Daß er aber mehr zum Sozialismus prädestiniert, als völlige Besitzlosigkeit, ist unseres Erachtens durch die Verteilung der sozialdemokratischen Stimmen im Ruhrrevier nicht erwiesen. Um ein richtiges Bild zu gewinnen, ist es notwendig, daß man nicht einfach Nord und Süd des Reviers vergleicht, sondern Orte, die vorwiegend von Proletariern ohne Besitz bewohnt werden, mit solchen, die vornehmlich Proletarier mit Grundbesitz aufweisen.

Es müßte, wenn der rheinisch-westfälische Korrespondent der „Sächsische Arbeiterzeitung“ recht hätte, nachgewiesen werden, daß der beschloßene Proletarier zum Beispiel in den Städten Witten und Hattingen einen geringeren Prozentsatz auf sozialdemokratischen Wählerzahl stelle als seine Klassenangehörigen aus dem Lande, die einen Brunnentotten ihre eigenen nennen. Vergleicht man so, dann erweist man sofort, daß die Schlußfolgerungen des Artikelschreibers sehr ansehnlich sind. So ist zum Beispiel unsere Stimmengahl in der Stadt Hattingen von 529 auf 604 gestiegen, während sie im Amt Hattingen von 1217 auf 1077 gefallen ist. In den im südlichen Teil des Bezirks gelegenen Gemeinden Linden-Dahlhausen, Herbe und Berne ist unsere Stimmengahl absolut gleich geblieben, obgleich dort der Haus und Hof besitzende Bergmann überwiegt. Es fällt uns natürlich nicht ein, hieraus einen entgegengegesetzten Schluß zu ziehen und zu behaupten, das Bewußtsein, Eigentümer zu sein, halte den Bergmann ab, sozialdemokratisch zu wählen.

Nehmen wir die Wahlstatistik des Kreises Dortmund zur Hand, so finden wir, daß die Dinge hier gerade so liegen. Man kann auch hier die Beobachtung machen, daß in rein proletarischen Dörfern die auf unseren Kandidaten entfallene Stimmengahl oft sehr gering und umgekehrt in anderen Fällen sehr hoch ist. Ganz richtig hat der Artikelschreiber in der „Sächsische Arbeiterzeitung“ darauf hingewiesen, daß der Norden des Industriebezirks zum größten Teil katholisch ist. Die Tatsache aber, daß wir gegen den politischen Einfluß der katholischen Geistlichen und der Organisation der katholischen Kirche einen schwereren Stand haben, als wenn es sich um eine evangelische Bevölkerung handelte, ist kein keine ausreichende Erklärung für unsere geringe Stimmengahl in jenen Gegenden. Er übersteht dabei, daß es sich im Norden um Arbeitermassen handelt, die aus zurückgebliebenen ländlichen Gegenden des Ostens kommen, die in ihrer Lebenshaltung unproletarischer sind als die Eingeborenen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß darunter ein sehr großer Prozentsatz fremdsprachiger Elemente ist, die als Ausländer entweder kein Wahlrecht haben oder, soweit es sich um deutsche Reichsangehörige handelt, aus nationalen Gründen den Polen gewählt haben. Dieser letztere Umstand erklärt ausreichend, weshalb unsere Stimmengahl im nördlichen Teil des Ruhrreviers den Erwartungen nicht entspricht hat. In Orten, wo zahlreiche Polen wohnen, machen wir in Westfalen ebenso wenig Fortschritte wie in Oberschlesien. Wie stark das polnische Element in einzelnen Orten in Westfalen ist, dafür einen einzigen Beleg: Im Amt Wanne erzielten Stimmen: der Sozialdemokrat 1506, der Pole 1112, der Nationalliberal 1831, und Zentrum 1107. Wie das Votendum unserem Vordringen vorläufig noch hinderlich ist, beweist auch der Dortmund Kreis. Im Landkreis Dortmund erhielten wir von 33 186 abgegebenen Stimmen 13 848 und die Polen 3270. Im südlichen gelegenen Teil des Wahlkreises, im Landkreisörde, erhielten wir von 24 809 abgegebenen Stimmen 12 075 und die Polen 628 Stimmen. Würden also an Stelle der Polen deutsche Arbeiter eingewandert sein, so dürfte die Stimmengahl auch im nördlichen Teil des Kreises sich für unsere Partei ebenso günstig gestaltet haben wie im südlichen mit seiner ansässigen Bevölkerung.

Ein Jahr Parteiarbeit in Breslau. Geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß der Verlust unserer Reichstagsmandate nicht auf uns selbst zurückzuführen ist, bietet der soeben erscheinende Bericht des sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend für das Jahr 1906. War doch gerade dieses verfloßene Jahr in der Stadt der Massenjustiz und des Handabhadens ein Kampfsjahr, im besten Sinne des Wortes. Eine Aufregung jagte die andere; noch war der Jahresfeier der Arbeiterzeitung über das Naturteil vom 10. Januar nicht verfallen, da kam der rote Sonntag und die Aufbietung von 36 Geisigen, 4000 Soldaten und 600 mit Revolvern und scharfgeschliffenen Säbeln ausgerüsteten Schulknaben gegen das Breslauer Proletariat. Es folgte ein hauptsächlich gegen die Polizei geführter Wochenkampf während der Saalboylott, der vor allem die Macht der Polizei über die zoghasteten und abhängigen Wirte und Saalbesitzer brechen sollte. Der Erfolg war — unter Beihilfe der Gewerkschaften — ein glänzender. Ueber 50 Säle wurden erobert. Trotz Verhaftung von hunderten von Boykottisten, trotz Massenanklagen, trotz der kräftigsten Anstrengungen der Polizei und der Behörden. An den Megeleien der Polizei am verhängnisvollen 19. April war der Verein insofern beteiligt, als eine ganze Anzahl seiner Mitglieder durch Säbelhiebe der blindwütigen dreinschlagenden Polizisten verletzt und — obendrein angeklagt wurden. Die vom Verein dagegen geplanten Parteiveranstaltungen wurden aus Furcht vor der Kritik polizeilich verboten. Und noch hatte sich die Erregung über die Heldentaten der Polizei nicht gelegt, als am 1. Mai durch die Verhaftung zweier Redakteure der „Vollmacht“ und Konfiskation der Nummern neuer Händeloff in die Massen geschleudert wurde. Die schönste und imposanteste Plaisier, die Breslau je gehabt, war damit arg gestört worden. In dieser Weise rief man die Arbeiterzeitung fortwährend in den Kampf, hielt man sie unausgesetzt in Atem. Aber die Genossen waren auf dem Posten; jeden gegen sie gerichteten Schlag parierten sie mit dem Hieb, mit einer erneut einsetzenden Agitation für den Verein und ihr Organ. Mit dem Erfolge, daß sich die Zahl der politisch organisierten Genossen nahezu verdoppelte! In sechs Jahren ist die Mitgliederzahl des Vereins von 891 auf zirka 8000 gestiegen! Sie betrug: 1900 891, 1901 1310, 1902 1230, 1903 1840, 1904 2280, 1905 4273, 1906 7437 und sie beträgt jetzt rund 8000! In ebenso glänzender Weise wurden die Bemühungen der Genossen, ihr Blatt in die Höhe zu bringen, von Erfolg gekrönt. Von 22 000 Abonnenten am Anfang des ereignisreichen Jahres wuchs die „Vollmacht“ bis Schluß des Jahres um 10 000, auf rund 32 000 Abonnenten! Was dieser Erfolg bedeutet, lehren am besten folgende Zahlen: Noch vor ganz wenigen Jahren betrug die Abonnentenzahl nur fünftausend. Die „Vollmacht“ hat jetzt aber bereits die höchste Auflage aller politischen Blätter Schlesiens inkl. Breslaus! Sie hat durch ihren rapiden Aufschwung (so wurden an einem einzigen Tage, am 29. Januar, 1906, am 29. April sogar 1500 neue Abonnenten gewonnen) den bürgerlichen Mäthern denart die Verleger bezimert, daß die Redakteure (!) dieser Blätter persönlich von Haus zu Haus laufen, um der Massenlust ihrer Abonnenten Einhalt zu tun. Und dieser Aufschwung scheint für Breslau ein dauernder werden zu wollen: sind doch allein seit der Auflösung des Reichstages bis heute rund 4000 neue Abonnenten gewonnen worden! Rund 86 000 M. hat das Parteiorgan für 1906 M. 5 x einnahmen an Abonnementgeldern zu verzeichnen. Der Umsatz des Geschäfts stieg gegen das Vorjahr um 85 000 M., die Einnahme aus Inseraten um 13 000 M. In bürgerlichen Ehrenbezeugungen verzeichnet die „Vollmacht“ für 1906 zwanzig Monate Gefängnis (Tage 12, Nächte 3, Radlofs 3, Müller und Albert je 1) und 1800 M. Geldstrafe. Alles das und die Tatsache, daß unsere Partei bei den Stadterordnetenwahlen 2500 und bei den Reichstagswahlen trotz Verlust der beiden Mandate zirka 4000 Stimmen gewann, zeugt von einem gewaltigen Maß positiver Arbeit, die die Breslauer Arbeiter geleistet, und bietet eine sichere Gewähr dafür, daß die Gegner sich ihres Erfolges vom 25. Januar nicht allzulange erfreuen werden.

Demerkst ist, daß der Jahresbericht eine fleißige Arbeit des Parteisekretärs, eine Broschüre von 32 Seiten Umfang darstellt und u. a. interessante Angaben über die Gliederung des Vereins, über die Art der Agitation, eine eingehende Berufsstatistik und einen sehr beachtenswerten Ueberblick über die Bildungsbestrebungen des Vereins enthält.

Aus dem Parteileben in Nordbayern. Der Gauvorsitz der sozialdemokratischen Partei Nordbayerns hat, veranlaßt durch den Ausfall der Reichstagswahlen, eine Zusammenstellung gemacht, die den Zweck hat, das Verhältnis zwischen den am 25. Januar abgegebenen Stimmengahlen, den Mitgliederzahlen der politischen Organisationen und den Abonnentenzahlen der Parteipresse festzustellen, um dabei Anhaltspunkte für die innere Festigkeit der Partei zu gewinnen und zu sehen, wo der Hebel angelegt werden muß, um vorwärts zu kommen. Die Erhebung erstreckte sich auf 20 von den 22 nordbayrischen Wahlkreisen. In diesen wurden ins-

gesamt 108 763 Stimmen für unsere Partei abgegeben, die Zahl der Organisationsmitglieder beträgt 148 mit 28 288 Mitgliedern, die Zahl der Abonnenten der Parteipresse 35 950. Was die Presse anbelangt, so kommen vier Organe in Betracht: die „Frankische Tagespost“ mit ihren beiden Kopfbüchern „Färther Bürgerzeitung“ und „Frank. Volkstribüne“ und die „Oberfränkische Volkszeitung“. Die „Tagespost“ ist offizielles Organ für 10 Wahlkreise, in denen sie 19 863 Abonnenten hat, davon allein 18 000 im Wahlkreis Nürnberg. Die „Färther Bürgerzeitung“ ist nur für den Wahlkreis Färther-Erlangen offizielles Organ und hat 7674 Abonnenten, davon in der Stadt Färth allein 4715. Die „Volkstribüne“ ist in acht Wahlkreisen verbreitet und hat dort eine Abonnentenzahl von 4658. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ endlich, das offizielle Organ für den Wahlkreis Hof, hat nach der Zusammenstellung des Gauvorstandes 3890 Abonnenten.

Die in der Zusammenstellung angeführten Einzelzahlen gestatten interessante Vergleiche und zeigen, daß die Organisation und die Verbreitung der Parteipresse noch sehr zu wünschen übrig lassen. Es gibt sogar eine ziemlich große Anzahl von Orten, in denen ziemlich erhebliche Stimmzahlen auf uns gefallen sind, in denen aber weder eine politische Organisation vorhanden ist noch die Parteipresse Leser aufzuweisen hat. Der Gauvorstand kommt zu dem Schluß, daß neben der Befestigung der bestehenden Organisationen auch das Hauptaugenmerk auf die Gründung neuer Organisationen gelegt und der Parteipresse überall Eingang verschafft werden muß.

Gegen Ausschlußanträge wider Bernhard und Braun schreibt die Sächsische Arbeiterzeitung zu Dresden:

Wir wissen, daß das Verhalten Brauns und Bernhards von vielen Seiten in der Partei scharf verurteilt wird, auch wir sind weit davon entfernt, insbesondere das Verhalten des Genossen Bernhard zu verteidigen; man kann wohl der Ansicht sein, daß er eine Rüge verdient hätte. Nachdrücklich möchten wir aber davor warnen, vorzeitig mit Ausschlußanträgen vorzugehen. Es wird dadurch der Ansicht erweckt, als sollte in der Partei die Meinungsfreiheit unterdrückt werden. Diese Annahme ist aber völlig unberechtigt, weil die erdrückende Mehrheit der Genossen sicher von derartigen Ausschlußanträgen nichts wissen will. Die Dresdener Erfahrungen müssen überdies doppelt zur Vorsicht mahnen. Die damals von Niederbarnim kommenden Ausschlußanträge gegen eine Anzahl Genossen haben nur geschadet und weit über die Dresdener Tage hinaus Verbitterung in der Partei geschaffen.

Wie die erdrückende Mehrheit der Genossen über derartige Ausschlußanträge denkt, darüber liegen nähere Anhaltspunkte nicht vor. So weit aber nach den bisherigen Kundgebungen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches geurteilt werden darf, hat die „Sächs. Arbeiterzeitung“ mit ihrer Annahme unrecht. Eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Partei ist nicht zu befürchten — so weit kann sie aber in einer kämpfenden Partei nicht gehen, daß einem Parteigenossen erlaubt sein dürfte, einen der wesentlichsten Punkte der Parteigrundzüge, den Republikanismus preiszugeben.

Von den Organisationen.

Eine straffere Organisation geben sich die Parteigenossen in Erfurt. Eine am Donnerstagabend abgehaltene Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins beschloß, anstatt der bisherigen ausschließlich zentralen Vereinigung die Einteilung der Stadt in acht Bezirke, unter Angliederung des Vorortes Jüdersgraben, in dem bisher ein selbständiger Verein bestand. Das stetige Wachstum der Bevölkerung und die dadurch bedingte außerordentliche räumliche Ausdehnung der Stadt machte die Bewältigung der agitatorischen und organisatorischen Kleinarbeit von einer Zentralstelle aus zur Unmöglichkeit. Es soll durch die Reorganisation vor allem auch erreicht werden, daß die Versammlungen des Gesamtvereins mehr als bisher der prinzipiellen Schulung der Parteigenossen dienen, was durch die Belastung der Versammlungen mit rein geschäftlichen Angelegenheiten bislang stark beeinträchtigt wurde.

Ein kleiner Winkler in der Schweiz.

Basel, 16. März. (Eig. Ber.) Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Berner Tagwacht“ zwei Artikel gegen den hiesigen Genossen Regierungsrat Wullschläger, die letzter viel beachtetes und zutreffendes enthalten. Den Anlaß dazu gab die Entscheidung der Kongregation für die Rheinschiffahrt an ein großkapitalistisches Konsortium für die Dauer von 30 Jahren unter geradezu ideal günstigen Bedingungen für die Kapitalisten. Die Schifffahrt auf der Rheinschiffahrt Straßburg-Basel ist erst vor etwa 2 Jahren aufgenommen worden, hat aber so gute Resultate ergeben, daß man sie nun dauernd einrichten will. Der Kanton Baselstadt hat bisher die Summe von 777 000 Fr. aus seiner Staatskasse aufgewendet, um die Angelegenheit zu fördern und zwar 75 000 Fr. für die Probefahrten, 204 000 Fr. für die Rheinschiffahrt, 298 000 Fr. für Rheinschiffahrtsanlagen, 77 000 Fr. für Herstellung eines Weges, 120 000 Fr. für Herstellung eines Verbindungsgeländes und 5000 Fr. Beitrag an den Verein für die Schifffahrt auf dem Oberrhein. Nach diesen Vorarbeiten und großen Opfern, die das kleine Staatswesen gebracht, hätte es eigentlich selbstverständlich sein sollen, daß es nun auch den Betrieb der Landungs- und Umschlageneinrichtungen auf dem Schiffmühlareal selbst übernehmen bzw. fortführe, um so mehr, als der Minister, in dessen Interesse die Sache fällt, ein Sozialdemokrat ist. Das geschah jedoch nicht, der Betrieb wurde an ein Konsortium, an dessen Spitze der bekannte Oberbaurat und Millionär Sulzer-Biegler in Winterthur steht, der seine Hände überall im Spiele hat, wo fette Profite mühelos einzustreuen sind, verpackt und zwar so, daß für die ersten 10 Jahre gar kein Postzins und sodann 4 Proz. Zinsen für den Bodenwert zu entrichten sind, für die Geländeanlagen nach 5-jähriger unentgeltlicher Benutzung 5 Proz., der für 10 Jahre unentgeltlich überlassene Lagerplatz umfaßt 27 000 Quadratmeter.

Im großen Rat (dem kantonalen Parlament) verteilte unser Genosse Wullschläger die antizentralistische-privatkapitalistische Vorlage so gut, daß der Besinnungsgegenstand und Millionärkollege Sulzer-Biegler, Herr Dr. Speiser Worte der Anerkennung für den Staatsmann Wullschläger fand. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte dagegen den genossenschaftlichen Betrieb, wobei es sich offenbar um einen reinen Verlegenheitsantrag handelte. Hier konnte ein konsequenter Sozialdemokrat nur für den reinen Staatsbetrieb eintreten.

Die Baseler Arbeiterschaft ist mit dieser Sorte „sozialdemokratischer Parteipolitik“ sehr unzufrieden, denn als kürzlich bei einer Erziehung für die Regierung der tüchtige Genosse Gewerbespizitor Dr. Moser als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wurde, stritten die Parteigenossen, indem von circa 4000 sozialdemokratischen Wählern nur etwas über 2000 zur Urne gingen, so daß die Partei ein schweres Nisao erlebte. Sie fanden offenbar, es sei vorläufig an dem einen sozialdemokratischen Regierungsrat und seinen prinzipiellen Entgegnungen genug. Diese Vorgänge sind eine tiefere Mahnung an die hiesigen Genossen, die Dinge nicht so weiter gehen zu lassen, damit nicht die Partei auf lange Jahre hinaus schwer geschädigt wird.

Pölselliches, Gerächtliches usw.

Strafstoß der Presse.

Unter der Maske der größten Sachlichkeit, so sagte Staatsanwalt Schlüter in Halle in dem Prozeß gegen den Genossen Redakteur Fröhlich vom „Volkblatt“, über dessen Ausgang wir bereits telegraphisch berichteten, werden die niederträchtigsten Beleidigungen gegen den Unteroffizierstand ausgestoßen, um den und jeder andere Staat beneiden könne. Was war nun die Maske der größten Sachlichkeit, wegen der der Kriegsminister Strafantrag gestellt hatte? In einem unter der Spitzmarke „Befreiung geistig Minderwertiger vom Militärdienst“ veröffentlichten Artikel war lobend und dankend anerkannt worden, daß Galtshausen in Sachsen und Hamburg beantragt haben, geistig Minderwertige vom Militärdienst zu entbinden. Daron war dann die vom Staatsanwalt als „niederträchtig“ bezeichnete Be-

merkung gemäßigt, worin gesagt war, daß deswegen die Soldatenmishandlungen nicht aufhören würden. Der Staatsanwalt bezeichnete den Artikel als Meisterstück, beantragte aber wegen dieses „Meisterstücks“ gegen unseren Genossen nicht weniger als fünf Monate Gefängnis. Von den Soldatenmishandlungen, die dem Herrn Ankläger nicht so recht bekannt zu sein scheinen und um die uns nicht jeder andere Staat beneiden wird, sagte der Staatsanwalt nichts. Das Gericht erkannte an, daß der Artikel im ersten Teile eine ganz löbliche Tendenz enthalte, im zweiten Teile aber beleidigend sei und erkannte, wie schon mitgeteilt, auf 3 Monate Gefängnis.

Das Wörtchen „angeblich“ hatte es u. a. dem Staatsanwalt angetan in einem zweiten Prozeß, den er gegen den Genossen Redakteur Fröhlich vom „Volkblatt“ vor der Halle'schen Strafkammer anhängig gemacht hatte. Unser Genosse hatte unter der Spitzmarke: „Die heilige Feme der Militärjustiz“ nach der „Koblenzer Volkszeitung“ einen Kriegsgerichtsbericht veröffentlicht, durch den sich das Koblenzer Kriegsgericht beleidigt fühlte. Es hieß da unter anderem, ein Arbeitsfeldat zweiter Klasse sei wegen angeblicher Rajeitätsbeleidigung und angeblicher Achtungsverletzung mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Die Anklage sei hinter verschlossenen Türen verlesen worden und dem Verfahren hätten die Vorbereitungen einer geordneten Rechtspflege gefehlt. Die hiesige beschließende Strafkammer hatte das Verfahren abgelehnt und erst das Oberlandesgericht hatte die Wiederaufnahme auf Veranlassung des Staatsanwalts angeordnet. Der Staatsanwalt nahm Kergernis daran, daß gesagt worden ist, der Mann sei wegen angeblicher Vergehen bestraft und meinte allerdings, daß er sich bezüglich des Ausganges des Prozesses keiner Illusion hingabe. Der Ankläger vermutete also die Freisprechung, beantragte aber gegen unseren Genossen noch einen Monat Gefängnis. Das Gericht sprach Fröhlich aber frei, da es in dem Artikel nur eine erlaubte, wenn auch scharfe Kritik der Militärgerichte erblickte.

Genosse Max Müller von der Chemnitzer „Volkstimme“ wurde wegen angeblicher öffentlicher Beleidigung eines Kaufmannes zu 75 M. Geldstrafe verurteilt. Der Vorsitzende hielt es für angebracht, zu konstatieren, daß das Urteil nicht anders ausgefallen wäre, auch wenn die Beleidigung von der Chemnitzer „Allgemeinen Zeitung“ oder dem „Tageblatt“ erfolgt wäre. Ei, ei!

Genosse Hauth, der wegen angeblicher Fahnenflucht zu Rammheim verurteilt, ist in der Haft erkrankt und ins Festungslazarett zu Köln übergeführt worden.

Soziales.

Aus dem Treiben der bankrotten Milchzentrale.

Interessante Einblicke in das Treiben der Milchzentrale, jener konservativen Gründung, deren Treiben viele Kleinbauern schwer geschädigt hat und deren Geschäftsgedanken die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft erregt hat, bot ihre gestern in den „Germania-Hallen“ abgehaltene Generalversammlung.

Auf der Tagesordnung stand die Genehmigung der für die Geschäftsjahre von 1903 bis 1905 zum dritten, für das Geschäftsjahr 1902 zum vierten Male geänderten Jahresbilanzen. Der Vertreter der Reudorfer Milchverwertungsgenossenschaft, Franke, erhob Widerspruch gegen die vom Vorstand vorgekommenen „Verichtigungen“ der Bilanzen, da das Kammergericht in dem Prozeß mit der Tschowwer Untergenossenschaft diese Buchoperationen für gesetzwidrig erklärt habe. Nach diesem Urteil sei der Vorstand unbedingt verpflichtet, den Konkurs anzumelden. Die Genossenschaftler seien gekränkt und schwer geschädigt, da man ihnen die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 250 Mark im vorigen Jahre nur deshalb empfohlen habe, weil man so die ausgeschiedenen Genossen durch nachträgliche Änderung der früheren Bilanzen zur Zahlung hoher Zinsen heranziehen könne. Justizrat Kewald erklärte, daß das Kammergericht allerdings die Milchzentrale abgewiesen und die Verichtigung der früheren Bilanzen für unzulässig erklärt habe; damit sei aber noch nicht das letzte Wort gesprochen; man könne heute die Verichtigung der Bilanzen von neuem beschließen und abwarten, wie die Entscheidung des Reichsgerichts ausfallen werde! Bei Vorlegung der Bilanz für das letzte Geschäftsjahr 1906 legte der Vertreter Franke dar, daß diese Bilanz ebenfalls dem Gesetz und dem Kammergerichtsurteil widersprechend aufgestellt sei. Wenn die angeblichen Ansprüche gegen die ausgeschiedenen Genossen wegfallen, ergebe sich eine Unterbilanz in solcher Höhe, daß der gesetzliche Konkursfall, nämlich die Ueberbürdung über den vierten Teil der Passivsummen hinaus, vorliege.

Schon zu Beginn der Generalversammlung wurden eine große Anzahl schriftlicher Proteste am Vorstandstisch abgegeben. Die protestierenden Genossen beteiligten sich nicht weiter an der Abstimmung, so daß die Anträge des Vorstandes auf Genehmigung der Bilanzen nahezu einstimmig angenommen wurden.

Bei dem Antrage, den Mitgliedern des Vorstandes und Aufsichtsrates Entlassung zu erteilen, brachte der Vertreter Franke vor, daß doch mindestens der Ausgang der gerichtlichen Untersuchung gegen die Leiter der Milchzentrale abgewartet werden müsse; es sei nämlich unklar, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren bereits eingestellt habe. Es hätten vielmehr noch in der vorigen Woche Zeugenvernehmungen stattgefunden. Die Verweigerung der Entlassung sei um so mehr geboten, als die Genossenschaftler zweifellos durch die Vorlegung falscher Bilanzen geschädigt seien, auch die wiederholte Erhöhung der Geschäftsanteile sei nur durch die Erklärung des Vorstandes erlangt worden, daß diese Anteile niemals eingezahlt zu werden brauchten und daß es lediglich darauf ankomme, die ausgeschiedenen Genossen für ihre Intrenze zu strafen. Die Milchzentrale in der Milchzentrale sei geradezu erschrecklich gewesen. Der Geschäftsführer habe sich enorme Diäten bewilligt. Die nicht verkaufte Milch habe man in die Kanäle fließen lassen. (Anruhe!) Obwohl die Milchzentrale selbst 105 Pferde und zahlreiche Wagen habe, habe man an einen Fuhrunternehmer in Berlin in den ersten Geschäftsjahren 158 000 Mark und im letzten Jahre noch 122 000 Mark Fuhrlohn gezahlt. Da sei es kein Wunder, daß das Unternehmen die schwersten Opfer für die märtyrischen Landwirte zur Folge gehabt habe.

Am Schluß der Versammlung wurden weitere schriftliche Proteste abgegeben. Hauptmann Gradstein erklärte noch, daß er die Hoffnung hege, es würden durch die Großversammlungen 500 000 Mark bis zum 25. März zusammenkommen. Dann wolle man, um nicht unter das Genossenschaftsgesetz zu fallen, eine neue Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen, der die teuren gebliebenen Genossen auf 10 Jahre beitreten sollten. Diese Gesellschaft solle die Milchkannen und Maschinen zum Inventarpreise von 320 000 Mark übernehmen. Was an 500 000 Mark fehle, würde von kapitalkräftigen Freunden der Zentrale aufgebracht werden.

Man darf auf das Ergebnis des Strafverfahrens gespannt sein. Wäre die Milchzentrale eine von Sozialdemokraten geleitete Genossenschaft, so würde nicht mit Unrecht von der konservativen Presse behauptet werden, daß alle objektiven Tatbestandsmerkmale strafbaren Bankrotts vorlägen. Abergen ist bereits vor einiger Zeit über das Vermögen der Untergenossenschaften der Milchzentrale zu Groß-Bollersdorf und Carnosee und in den letzten Tagen durch das Amtsgericht Spandau auch über das Vermögen der Korbacher Milchverwertungsgenossenschaft der Konkurs eröffnet.

Wilt die Konkurrenzklause gegen einen Werkmeister auch dann, wenn vertragswidriges Verhalten des Chefs ihn zum Austritt veranlaßt?

Auf Grund eines schriftlichen Vertrages vom 24. Dezember 1900 trat der Beklagte als Fabrikarbeiter in der Dachstein- und Inzeratenteil veranlagt. Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zementfabrik des Klägers in Stellung. In dem Vertrage hatte er sich verpflichtet, innerhalb dreier Jahre nach seinem Austritt weder in einem Geschäfte des Wettbewerbers eine Stellung anzunehmen, noch sich selbst mit der Herstellung von Zementwaren, Dachsteinen, Platten und dergleichen für eigene oder fremde Rechnung zu befassen. Für den Fall der Zuwiderhandlung hatte er sich verpflichtet, an den Kläger eine Vertragsstrafe und Schadensersatz zu zahlen. Nachdem der Beklagte dann die Stellung bei dem Kläger aufgegeben hatte, hat er nach der Behauptung des Klägers im Jahre 1903 in Oberschlesien mit der fabrikmäßigen Herstellung von Steinen und Platten, wie er sie in der Fabrik des Klägers kennen gelernt hatte, begonnen. Kläger hatte ihn aufgefordert, diesen Betrieb einzustellen und dann die jeweilige Klage erhoben, indem er beansprucht 1. die Unterlassung der Fabrikation, 2. die ausgemachte Zahlung von 200 M. Vertragsstrafe und 15 M. pro Tag Schadensersatz bis zur Einstellung des Betriebes wegen Verzugs nach dem Vertrage und der Aufforderung.

Der Beklagte wandte zunächst ein, daß das Verbot sein Fortkommen unmöglich mache. Sodann berief er sich darauf, daß der Kläger seinen Austritt selbst verschuldet habe, denn er habe ihm fortgesetzt unredliche Lohnsätze gemacht, ihn fast täglich mit den größten Schimpfwörtern belegt und ihn vielfach mit Fußtritten und einmal mit den Worten: „Dich hab' ich erstochen!“ bedroht.

Das Landgericht Oppeln verurteilte den Beklagten nach dem Klagenantrage mit der Einschönkung, daß es die Vertragsstrafe pro Tag auf 5 M. herabsetzte. — Die Berufung des Beklagten wurde vom Oberlandesgericht Breslau zurückgewiesen. Beide Gerichte hielten die Einwände des Beklagten nicht für erachtlich.

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil legte der Beklagte mit Erfolg Revision beim Reichsgericht ein. Der III. Zivilsenat erkannte auf Aufhebung des Vorurteils und Zurückverweisung der Sache an die Bezirksinstanz. Aus den interessanten Entscheidungsgründen sei folgendes angeführt: „Das Berufungsgericht hat in Uebereinstimmung mit dem Landgericht den auf das vertragsmäßige Wettbewerbsverbot gestützten Anspruch des Klägers gegen den Beklagten auf Unterlassung der Herstellung von Dachsteinen und anderen Zementwaren, sowie auf Zahlung einer Vertragsstrafe von 200 M. und für jeden Tag des weiteren Fortbetriebes einer solchen von 15 M., abgesehen von der Höhe der zweiten Strafe, für begründet erachtet, indem es angenommen hat, daß die Voraussetzungen für die Wirksamkeit jenes Verbots und für den Verfall der Vertragsstrafe eingetreten seien. Den Einwand des Beklagten, daß das Wettbewerbsverbot für ihn unverbindlich sei, weil es kein Fortkommen in unbilliger Weise erschwere, hat es aus tatsächlichen Gründen, den ferneren Einwand aber, daß der Kläger ihn durch sein Verhalten genötigt habe, das Dienstverhältnis aufzulösen, deshalb verworfen, weil eine dem § 75 H. G. B. entsprechende Bestimmung in der Gewerbeordnung nicht aufgenommen, ja ihre Aufnahme sogar ausdrücklich abgelehnt sei.“

Im Urteil wird des Näheren auseinandergesetzt, daß die Zurückweisung des ersten Einwandes in wesentlichen aus tatsächlichen, ohne Rechtsirrtum getroffener Würdigung des Falles erfolgt sei, so daß der Revision in diesem Punkte nicht beizutreten sei. Dann heißt es über den zweiten Einwand: „Dagegen beruht die Verwerfung des Einwandes, daß der Kläger selbst durch vertragswidriges Verhalten des Beklagten den Grund zur Aufhebung des Dienstverhältnisses gegeben habe, auf Rechtsirrtum. Allerdings war bei der Beratung des Entwurfs eines Einführungs-gesetzes zum neuen Handelsgesetzbuch in der Kommission des Reichstages ein Antrag gestellt, einen § 133g in die Gewerbeordnung aufzunehmen, der die Vorschriften des § 75 des Handelsgesetzbuchs auf das Dienstverhältnis der in § 133a der Gewerbeordnung bezeichneten Personen zu dem Gewerbeunternehmer übertragen sollte. Der Antrag wurde, nachdem die Vertreter der verbündeten Regierung der Ausdehnung im Grundriss zugestimmt, aber die Sammlung ausreichenden Materials erst noch für notwendig erklärt hatten, von dem Antragsteller zurückgezogen, also nicht abgelehnt in einer Abstimmung, wie das Berufungsgericht anzunehmen scheint. Das Gesetz hat demnach zu der vorliegenden Frage überhaupt keine Stellung genommen. Die Reichstages in bezug auf das Verhältnis zwischen den Betriebsbeamten, Werkmeistern und Technizern einerseits und den Gewerbeunternehmern andererseits entspricht daher noch jetzt derjenigen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuchs in bezug auf das Dienstverhältnis zwischen dem Handlungsgehilfen und dem Prinzipal bestand. Denn auch das frühere Handelsgesetzbuch hatte die aus dem vertragsmäßigen Verbote des Wettbewerbes für die Zeit nach dem Austritt des Handlungsgehilfen sich ergebenden Rechtsverhältnisse keiner Regelung unterworfen. Gleichwohl hatte schon damals das Reichsgericht in kühniger Rechtsprechung aus der rechtlichen Natur solcher Wettbewerbsverbote für ihre Auslegung den Grundsatze aufgestellt, daß sie in der Regel und im Zweifel nur auf den Fall zu bestehen seien, daß der Handlungsgehilfen die Stellung freiwillig, ohne daß ihm der Prinzipal dazu gerechten Anlaß geboten, aufgab, also wenn er ohne Kündigung weggehe, oder seinerseits kündige, oder wenn er durch sein Verhalten dem Dienstherren gerechten Anlaß zur Kündigung gegeben habe. Dagegen sollte nach dieser Rechtsprechung das Verbot in der Regel und im Zweifel nicht als auch den Fall mitumfassend angesehen werden, daß der Dienstherr ohne einen vom Handlungsgehilfen gegebenen gerechtfertigten Anlaß das Dienstverhältnis einseitig aufhebe oder kündige, oder daß er dem Handlungsgehilfen zu seinem Austritt gerechten Anlaß gab.

Diese Sätze müssen aber, da sie aus der rechtlichen Natur der Wettbewerbsverbote überhaupt abgeleitet und somit allgemein rechtlich erwägen entspringen sind, namentlich auf der Berücksichtigung von Treu und Glauben beruhen, noch jetzt auf das Dienstverhältnis zwischen den in § 133a der Gewerbeordnung bezeichneten Personen und dem Gewerbeunternehmer Anwendung finden.

Im vorliegenden Falle war das Wettbewerbsverbot nach dem festgestellten Sachverhalte lediglich für den Fall des „Dienstverhältnisses“ des Beklagten ausgesprochen, eine unabweisbar vertragsmäßige Bestimmung also, daß es auch außerhalb der vorher bezeichneten regelmäßigen Grenzen gelten sollte, nicht getroffen. Es braucht deshalb nicht erörtert zu werden, da, selbst wenn dies geschehen wäre, doch in einem Falle, wie er hier behauptet ist, daß der Dienstherr durch die rechtsverbrüder Art seines Verhaltens den Betriebsbeamten veranlaßt habe, seinerseits das Dienstverhältnis zu kündigen, der Geltendmachung der Rechte aus dem Wettbewerbsverbot die Einrede der Arglist unter allen Umständen entgegenstehen würde.

Daß aber ein Verhalten des Dienstherren, wie es hier der Beklagte vom Kläger behauptet hat, dem Betriebsbeamten einen gerechten Anlaß bot, seinerseits das Dienstverhältnis aufzulösen, bedarf keiner Ausführung. Das angefochtene Urteil ist deshalb, da es auf dem dargelegten Rechtsirrtum beruht, aufzuheben.“ Da der Kläger die zur Begründung des Einwandes geltend gemachten Tatsachen bestritten hatte, mußte die Sache zur Untersuchung hierüber noch einmal an das Oberlandesgericht zurückverwiesen werden. (M. J. III. 422/04.)

Die vorstehend wiedergegebene Entscheidung des Reichsgerichts entspricht dem Rechtsbewußtsein, dem Gesetz und der von uns nicht auf Grund allgemeiner Rechtsgrundsätze und des § 228 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vertretenen Ansicht. Es wäre zu wünschen, daß die Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte, die gerade in puncto Konkurrenzklause ausfallend nachteilig dem Gehilfen gegenüber geurteilt haben, nicht hinter der Auffassung des Reichsgerichts zurückbleibe.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jülich-Bonn-Schiebus-Kroffen-Commerfeld (Ortsverein Berlin) Dienstag den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Pott, Dragonerstr. 15: Wahlversammlung.

Die russische Revolution.

Der Dedenssturz.

Petersburg, 15. März. (Fig. Ber.)

Gegen die erste Stunde durchlief die Stadt das Geräusch, die Duma sei in die Luft gesprengt! Die Aufregung war unbeschreiblich. Bald eilten Equipagen, Droschken und Fußgänger in Scharen nach dem Taurischen Palais, das aber von allen Seiten im weiten Umkreis von Polizei umstellt war. Man erfuhr folgendes: Kurz vor sechs Uhr hörten die Wachen im Palais starke dumpfe Geräusche. Sie benachrichtigten die Polizei, die sich bald einfand und alle Ausgänge besetzte. Man glaubte, es wäre eine Explosion. In den Saal hinein zu gehen getraute sich niemand. Er war wie mit Rauch gefüllt. Bald jedoch überzeugte man sich, daß es Stufentürme seien, und nun drangen einige Polizisten in die Innerräume vor. Wie sich erwies, war ein Teil der Decke des Sitzungssaals eingestürzt, und zwar gerade der Teil über dem Kadettenzentrum und über den Sitzen der äußersten Linken. Unbeschädigt waren die Logen der Minister, der Journalisten, der Reichstagsmitglieder und die Sitze der Abgeordneten auf der rechten Seite.

Kurz nach sechs Uhr trafen die höchsten Polizeibeamten ein mit dem Chef der Palastwache. Aus den nächsten Polizeistationen erschienen starke Polizeitruppen. Es wurden nicht weniger als 1000 Polizisten zusammengezogen, die der Gradonatschallnik Dratschowski selber leitete. Auch die umliegenden Häuser wurden von der Polizei besetzt und im Sitzungssaal Infanterie mit aufgestellten Seitengewehren aufgestellt. Um 11 Uhr erschienen die Gerichtsbehörden und das technische Komitee des Ministeriums des Postes. Der Dachboden wurde von der politischen Polizei isoliert, nach Nordost-Esele ebenfalls gleich berichtet worden sein. Stolypin hatte sich um 10 Uhr eingefunden. Allmählich trafen auch die letzten Abgeordneten ein. Die Bedienten des Palais trugen in der Vorhalle Bänke und Stühle zusammen.

Um 12 Uhr 40 Minuten ward die Sitzung eröffnet, die aber mehr einem Reeking glich. Die Kadettenfraktion schlug vor, eine Kommission zu wählen, die das ganze Dumagebäude näher in Augenschein nehmen und beim Ministerium um einen anderen Sitzungssaal einkommen solle. Bei der allgemeinen Aufregung dachte natürlich niemand daran, eine reguläre Sitzung abzuhalten. Als erster erschien auf der für die Redner bestimmten Bank der Abgeordnete Doltschikow. Er sagte unter anderem: „Schon im vorigen Jahre wurde eine Kommission zur Entgegennahme des Dumagebäudes gewählt, und schon damals hat unsere Kommission die Vaulichtung darauf aufmerksam gemacht, daß die Decke nicht stark genug zu sein scheint. Auch die Decke im zweiten Stockwerk droht einzustürzen. Die Baukommission hat also gewußt, daß Gefahr droht. Für die Umbauten wurden 900 000 Rubel ausgegeben, und nun sehen wir die schönen Resultate! Das Dumagebäude muß in unsere eigene Verwaltung übergehen.“ Der nach ihm Sprechende Ostobrist plädierte ebenfalls für Abbruch der Sitzung, was mit Beifall aufgenommen wurde. Als der Deputy der Arbeiterkurie von Petersburg, Alexinski, erschien, ging eine starke Bewegung durch die Reihen. Alexinski sagte: „Bürger! Deputierte! Als ich heute in die Duma kam und erfuhr, daß die Decke eingestürzt ist, wunderte ich mich gar nicht, daß sie gerade über die Sitze der Volksvertreter gestürzt ist. Die feste Decke hat wohl das Polizeidepartement.“ Diese heftige Bemerkung wurde von der Rechten mit furchtbarem Tumult quittiert. Die Reaktionslose schrien: „Nieder mit ihm!“ Der Tumult dauerte einige Minuten. Der Vorsitzende erklärte, es sei zu wünschen, daß die Debatten nicht allzu scharf würden. Alexinski fuhr fort: „Bürger! Deputierte! Ich werde davon sprechen, was wir heute tun müssen. Um uns möglichst vor solchen „Unglücksfällen“ zu schützen, schlage ich vor, eine Kommission zu bilden, die in Petersburg ein wirklich lebensfähiges Gebäude ausfindig macht. Wir müssen an die Arbeit gehen. Das Volk wartet. Wenn es dann erfährt, daß über seine Vertreter die Decke einstürzt, dann wird es wissen, welche Schlüsse es daraus zu ziehen hat.“ Der Schluß dieser Rede fand starken Beifall.

Krupenski von der Rechten bezeichnete die Bemerkungen Alexinskis als „schmutzige Insinuationen“. Er wurde ausgehört. Während der Rede eines zweiten Abgeordneten der Rechten erschien Stolypin und das ganze Kabinett. Es wurde beantragt, die Debatten abzubrechen. Die Anträge der Kadettenfraktion wurden angenommen, und um 12 Uhr 15 Minuten war die Sitzung zu Ende.

So verlief der heutige „große Tag“. Auf der Tagesordnung stand bekanntlich als zweiter Punkt nach den Berichten der Mandatprüfungskommissionen die Regierungserklärung. Man war allseitig auf den Ausgang der heutigen Sitzung gespannt und die vermehrten Gerüchte liefen um. Kommt es zu einer Generaldebatte über die Regierungserklärung oder wird sie mit demonstrativem Schweigen begleitet? Noch während der Pause sollte ja unter der Opposition eine Einigung in dieser tatsächlichen Frage versucht werden. Und nun plötzlich dieses Ereignis! Gewiß, auch das war vielleicht ein „Regierungsprogramm“. Und dann das Sprechende.

Wie der Vorfall zu erklären ist, darüber werden vorderhand nur Vermutungen laut.

Die „Voss. Zig.“ erhielt folgendes Privattelegramm:

Petersburg, 18. März. Der Dedenssturz im Taurischen Palais hat schlimme Zustände aufgedeckt. Als die Presse sich seinerzeit wunderte, daß die Pulve und Sitze für die Abgeordneten auf 190 Rubel das Stück zu stehen kamen, wurde halbamtlich mitgeteilt, die Ursache des hohen Anschaffungspreises liege darin, daß sie aus massiver Eiche hergestellt seien. An den zertrümmerten Möbelstücken sieht man aber jetzt, daß sie nur mit Eiche furniert sind! Es erweist sich, daß Baumeister Bruni einen großen Teil der Arbeiter, die im Taurischen Palais beschäftigt waren, zur Renovierung seiner Wohnung verwendet! — Andere Dienstwohnungen wurden garnicht renoviert, obgleich bedeutende Beträge dafür ausgeworfen waren. — Heute untersuchte die Dumakommission die Decke im Katharinenaal. Als man von der Dachkammer aus mit einem Dreieisen auf die Decke schlug, fiel das Dreieisen in den Saal durch. Wenn man das sieht, glaubt man kaum, daß für die Renovierung des Taurischen Palais eine Million Rubel ausgegeben worden ist. — Die nächste Sitzung der Duma findet morgen, 11 Uhr, im Saale der Adelsversammlung statt, wo bis jetzt der Reichsrat seine Sitzungen abhielt. Stolypin wird endlich seine Erklärung verlesen können.

Petersburg, 16. März. (Wiedlung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Die Untersuchung des Sitzungssaales der Reichsduma hat ergeben, daß die Deckplatten wohl erhalten und gut verankert sind und daß die Ventilationseinrichtungen über dem Saale nicht die Ursache des Einsturzes sein können! Die Kommission der Duma ist geneigt, dem Gutachten der Sachverständigen der Regierungskommission beizutreten, daß der Temperaturunterschied den Einsturz der Deckenbellebung herbeiführt hat. Die Kommission der Duma ist überhaupt der Meinung, daß die Räume des Taurischen Palais für die Sitzungen der Duma nicht gefährlich sind, und daß auch die Decke des als Wandelgang dienenden Katharinenales nicht sicher erscheint. Die Kommission verlangt, daß ihr sämtliche Rechnungen für den Umbau des Taurischen Palais seit 1905 vorgelegt werden. Bei der Wahl eines anderen Sitzungssaales entschied sich die Kommission nach Beschaffung mehrerer kaiserlicher Theater für das Volkshaus Nikolau II. und trat mit dem Finanzministerium

wegen Ueberlassung des dortigen Saales in Verbindung, um für den 20. März eine Sitzung anberaumen zu können.

Petersburg, 17. März. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Der Einsturz der Decke im Dumasaale wird von der Opposition in starkem Maße für ihre Zwecke ausgenutzt. Besonders wird es dem Kaiser verdacht, daß er der Duma aus Anlaß dieses Ereignisses, bei dem nur der Zufall größeres Unheil verhütet hat, sein Zeichen der Teilnahme hat zugehen lassen. Sogar in die Provinz werden Abordnungen zu agitatorischen Zwecken entsandt; sie haben offenbar die Aufgabe, einer günstigen Aufnahme der Regierungserklärung entgegenzuwirken.

Petersburg, 17. März. (W. L. B.) Die die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt, wird der Sitzungssaal der Reichsduma im Taurischen Palais Donnerstag abend wiederhergestellt sein. 600 Arbeiter arbeiten Tag und Nacht, um alle Ausbesserungen auszuführen, die nötig sind, um die Festigkeit der Decke über den Sälen und Wandelgängen zu sichern.

Petersburg, 18. März. Die nächste Sitzung der Reichsduma wird morgen vormittag 11 Uhr im Saale der Adelsversammlung abgehalten, in dem gewöhnlich der Reichsrat tagt.

Petersburg, 18. März. (W. L. B.) Die Zeitung „Russ“ meldet: Die Parteien der Rechten bereiten Vorlagen vor, um die Linke zu provozieren und die Entfernung der Revolutionäre aus der Duma oder die Auflösung der Duma herbeizuführen!

Die Volkssozialisten beschloßen infolge des Dedenssturzes im Sitzungssaale der Duma, unmittelbar nach der Regierungserklärung der Regierung ihre Mißtrauen auszusprechen, da im Grunde nur Nachlässigkeit des Regimes solche Katastrophen herbeiführen konnte. Die Partei umfaßt etwa 90 Sitze und stimmte bisher mit dem von den Kadetten gefassten Beschluß überein, nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung für einfachen, nicht motivierten Uebergang zur Tagesordnung zu stimmen.

Die Folterungen.

Der „Russ. Kur.“ teilt mit:

Nach einer Verständigung im russischen Ministerrat wurden seitens des russischen Ministeriums des Innern die nötigen Vorbereitungen getroffen, um die Reichsdumainterpellation betreffend die Folterungen in Alga entsprechend zu beantworten. Indessen wird den in Betracht kommenden Beamten ein Schriftstück mit der Aufzählung der ihnen zur Last gelegten „Amtsüberschreitungen“ unterbreitet und es herrscht in den beteiligten Kreisen die Meinung, daß diese peinliche Angelegenheit auf administrativem Wege aus der Welt geschafft werden könnte.

Mit anderen Worten: Man will vertuschen. Öffentlich durchkreuzt die Duma diese eble Absicht.

Die Studenten.

Moskau, 17. März. (W. G.) Der geplante Auszug der Moskauer Studenten nach Petersburg mußte unterbleiben, da der Unterrichtsminister den Rektor der Petersburger Universität telegraphisch informierte, daß die Stadtbehörden den Einzug der Studenten nicht gestatten und sie zwangsweise wieder entfernen würden.

Eine Ausstellung für soziale Fürsorge und Gesundheitspflege.

berankaltet von den Vereinen „Waisenhort“, Berlin, und „Waisenfremd“, Charlottenburg, wurde am Sonnabend in den Räumen des Neuen königlichen Opernhauses (Stadtkassement Kroll) eröffnet. Sie wird bis nächsten Freitag (gegen 80 Pf. Eintrittsgeld von früh 10 bis abends 8 Uhr geöffnet) bleiben und gewiß zahlreiche Besucher aus bürgerlichen Kreisen mit großer Begeisterung erfüllen, wie eifrig die Wohltätigkeit am Werke ist — während sie in Wirklichkeit beim besten Willen nur einen sehr kleinen Teil des Elends zu beseitigen vermag, zu dem die heutige Wirtschaftsweise Millionen verurteilt. Bestensfalls vermag die private Fürsorge die öffentliche Aufmerksamkeit namentlich der herrschenden Klasse auf die allerschlimmsten Mißstände aufmerksam zu machen. Und ihre Aufgabe ist erfüllt, wenn sie darauf hinweist, wie die privaten Bestrebungen versagen müssen und nur Staat und Gemeinde einigermassen die notwendigen Folgen der heutigen Wirtschaftsordnung zu mildern vermögen. Ob den Veranstaltern der Ausstellung diese Absicht eigen war oder nicht — auf jeden Fall wird der denkende Beobachter nur den Eindruck bekommen, daß alle Liebeshand der vielen Vereine und Vereingänge herzlich wenig Nütze zu verschaffen vermag und nur gar zu oft das Geleiseite in keinem Verhältnis zu der angewandten Zeit, Mühe und den Kosten steht. Selbst von einer planmäßigen Organisation ist die private soziale Fürsorge noch weit entfernt; es fehlt vollständig an einem Hand-in-Handarbeiten und mancher Verein scheint nur der Befriedigung unklarer Mitgefühl, wenn nicht gar der Eitelkeit zu dienen. Mindestens ist es eine arge Geschwätzlosigkeit, wenn ein Wohltätigkeitsverein seinen Rechenschaftsbericht mit Ablichtaufnahmen seiner Vorstands- und Komiteesitzungen ausstellt!

Die Ausstellung vereinigt 60 der bedeutendsten Wohlfahrts-Vereinigungen und Fürsorge-Einrichtungen, die zum Teil mit Proben der Leistungen ihrer Pflegerbeobachteten oder anschaulichen Modellen der Einrichtungen, zum größeren Teil mit statistischen Nachweisen und Rechenschaftsberichten vertreten sind. An Ausstellern verzeichnet der Katalog 350, von denen freilich ein sehr großer — viel zu großer Teil Geschäfte sind, die Seife und Parfüm, Nähmaschinen und Pflanzenbutter, Fleischextrakt und Kaffeebohnen, Waschmaschinen und noch so vieles andere feilbieten, was gar nicht hingehört, aber sehr gern vom Komitee aufgenommen wurde, weil sonst, wie das Vorwort des Kataloges wehmützig gesteht, „ohne die finanzielle Hilfe der Aussteller der ideale Zweck der Ausstellung nicht erreichbar gewesen wäre“. Nur ist durch die übergroße Fülle dieses Jahrmärktes der ohnehin so enge, für den eigentlichen Zweck verfügbare Raum noch mehr geschmälert!

Die erste Gruppe umfaßt die Ausstellung von Behörden, Instituten, Vereinen, Genossenschaften und Innungen. Darunter befindet sich auch eine sehr beachtenswerte und lehrreiche Ausstellung, die Prof. Th. Sommerfeld-Berlin über gewerbliche Gesundheitspflege verankaltet hat. In großen Glasbehältern sind die wichtigsten Staubarten, die in gewerblichen Betrieben vorkommen, in Gläsern aufgestellt, Photographien mikroskopischer Vergrößerungen zeigen die Gestalt der Staubteilchen und menschliche Lungen von Opfern der Staubvergiftung ganz und in mikroskopischen Präparaten führen vor Augen, wie dieser Staub vernichtend auf die Arbeiter wirkt. Da ist eine ziegelfarbene Lunge, die mit Eisenoxyd gefüllt ist, die schwarze Kohlenlunge eines Bergarbeiters, die grauschwarze Lunge eines Steinbauers und noch mehrere andere. Diese Sammlung von Prof. Sommerfeld ist sonst in der Charlottenburger Ausstellung für Arbeiterwohlstand zu sehen. Neu ist eine zweite Sammlung Sommerfelds, die die wichtigsten gewerblichen Gifte enthält; auf Tabellen sind angegeben die Industriezweige, die sie erzeugen oder verwenden, welche Körperteile der mit ihnen Beschäftigten bedroht sind, ferner die von den Giften herbeigeführten Krankheitserscheinungen sowie die erforderlichen — zum großen Teil aber noch nicht gesetzlich vorgeschriebenen! — Schutzmaßnahmen. Außerdem sind von Prof. Sommerfeld ausgestellt gewerbliche Erkrankungen der Haut, Salzleiden und Knochen, Weisau der Arbeiter, Anfallschlag der Unfallarbeiter, und Phosphor-Mischerbrand. Solche Ausstellung kann ja freilich den Arbeiter nicht davor schützen, daß er den ungenügenden Betriebseinrichtungen zum Opfer fällt, aber sie ist

eine dankenswerte Anregung an alle, die es angeht, an die Arbeiter wie an die Gesetzgebung, daß sie diesem Elend ein Ende machen durch ausreichenden gesetzlichen Schutz der Arbeiter.

Sehr anschaulich ist die große Ausstellung des Direktors des Erziehungsbeirats am Urban in Zehlendorf, Pastor Pfah. Er will ein Bild von den in der Anstalt angewandten Grundrissen der „Erziehung zur Arbeitsfreudigkeit und Arbeitstüchtigkeit“ geben, mit denen er hofft, die ihm zur Fürsorge-Erziehung Ueberwiesenen zu der „sozialen Brauchbarkeit“ zurückzugewinnen. Die von Pfah selbst angelegten Sammlungen für Materialien- und Werkzeugkunde sind vortrefflich zusammengestellt, der Anschauungsunterricht wie die Erziehung zum Verständnis der Arbeit lassen nichts zu wünschen übrig — als daß nicht nur seinen Zöglingen, sondern allen Kindern der Volksschule ähnlich vortreffliche Sammlungen zur Verfügung ständen und auch der entsprechende praktische Unterricht. Aber all diese Bemühungen, obwohl sie doch in überreichem Maße in Bibelsprüche eingewickelt sind, können nicht hindern, daß die bestausgebildeten Zöglinge zugrunde gehen, wenn und weil sie der wirtschaftlichen Not nach ihrer Entlassung früher oder später wieder preisgegeben sind.

An die politische Rot unserer Zeit mahnt die Ausstellung des jüdischen Volksvereins, der es sich zur Aufgabe macht, den flüchtigen russischen Juden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, indem er auf den Bahnhöfen sich ihnen zur Verfügung stellt. Nach dem Bericht haben sich im letzten Jahr nicht weniger als 21 000 jüdische Auswanderer an den Verein gewendet, denen er über die Arbeitsbedingungen in den Ländern ihres Reiseziels Auskunft erteilte, Unterkunft und auch Arbeit verschaffte, indem er dem ungeliebten Arbeiter die Möglichkeit gab, schnell eine Berufsarbeit zu erlernen, juristischen und ärztlichen Rat erteilte usw.

Eine große Ausstellung ist vom Standesverein Berliner Zahnärzte und dem Verein Berliner Krankenkassen-Pfahärzte arrangiert; sie bringt statistisches Material, Literatur und anschauliche Darstellungen der Zahnkrankheiten wie des Zahnerlasses, letzteres zeigt noch besonders reichhaltig, die Kollisionsausstellung der Berliner Zahnärzte-Verein.

Daß diejenigen Vereine, die auch die Seelen ihrer Schützlinge retten wollen, in reicher Fülle vertreten sind, ist bei einer so kirchensgesunden Stadt wie Berlin kein Wunder, ebenso wenig daß sich der Hurratriotismus breit macht, wie z. B. bei der Deutschen Krieger-Festanstalt, die als § 11 ihrer Statuten stolz verkündet: „Anhänger der Sozialdemokratie dürfen unseren Festschulen nicht angehören.“

Und doch werden es diese bösen Sozi sein müssen, die dafür sorgen, daß das bishere Wohlfahrt, das jetzt durch Zufall, Willkür oder gar um den Preis der Vermögenspreisgabe einigen Armen und Armen zuteil wird, zu einer wirklich ihre Aufgabe erfüllenden sozialen und öffentlichen Fürsorge verwandelt wird! Die Ausstellung der privaten Vereine — Staat und Gemeinde haben sich nicht beteiligt — zeigt nur, wie viel uns Sozialdemokraten noch zu tun übrig bleibt!

Gerichts-Zeitung.

„Erdbeden und feuerpeinende Berge“ — anmeldespflichtig.

Dem Kammergericht ist es vorbehalten, die Unhaltbarkeit der Bevormundungsbestimmungen des Vereinsgesetzes durch immer weitere Ausdehnung des Begriffs „Erörterung öffentlicher Angelegenheiten“ auch weiteren Kreisen klar zu machen. Aus dieser kammergerichtlichen Tätigkeit sei eine Entscheidung vom 14. d. M. über einen Vortrag, der sich über „Erdbeden und feuerpeinende Berge“ ausließ, hervorgehoben.

In einer Versammlung des Renscheider Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins, die am 6. Mai 1906 stattfand und von der Vorsitzenden, Frau Streminski, geleitet wurde, referierte Markus über „Erdbeden und feuerpeinende Berge“. Nach dem Bericht des Ueberwachenden verwies er auch darauf, daß in der Volksschule zu wenig Naturwissenschaft gelehrt werde, und daß die Schule vernachlässigt werden müßte, und er schloß mit den Worten: „Fort mit der Geistesflaverei, wir tragen hier Bausteine einer besseren Zukunft zusammen“. Frau Streminski wurde wegen dieser, von ihr nicht bei der Polizei angemeldeten Versammlung auf Grund der §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt. Die Anklage ging davon aus, daß die Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei und nach § 1 des Gesetzes hätte angemeldet werden müssen.

Das Landgericht Eberfeld als Berufungsinstanz sprach jedoch Frau St. von dieser Anklage frei, indem es im wesentlichen dazu ausfuhrte: Die Angeklagte habe den Redner beauftragt gehabt, einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten. Sie habe deshalb der Meinung sein können, daß er sich auf einen solchen beschränken und nicht etwa für die Beweltlichung der Schule, zweifellos eine öffentliche Angelegenheit, agitieren würde. Es sei auch nicht erwiesen, daß Angeklagte im Laufe des Vortrages die wahre Tendenz des Redners erkannt habe. Es sei ihr deshalb auch kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie ihn nicht an den Ausführungen hinderte, welche öffentliche Angelegenheiten betrafen. Sie müsse freigesprochen werden.

Das Kammergericht hob dies Urteil am 14. d. M. auf die Revision der Staatsanwaltschaft auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Eberfeld zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das Landgericht gehe davon aus, daß der Redner auch öffentliche Angelegenheiten erörtert habe. Dies vorausgesetzt, seien aber die weiteren Folgerungen des Landgerichts noch nicht geeignet, die Freisprechung zu tragen. Nach dem § 1 des Vereinsgesetzes seien anmeldespflichtig solche Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten.

Es komme also auf das Programm an. Dieses könne sich aber im Laufe der Zeit und noch in der Versammlung selbst ändern. Insbesondere dadurch, daß bei dem Programm entsprechenden Verhandlung über nichtöffentliche Angelegenheiten irgend ein Versammlungsteilnehmer (vielleicht der Referent schon) eine öffentliche Angelegenheit als Redner erörtert. Dann sei nach dem Willen dieses Teilnehmers die Versammlung eine solche, in welcher öffentliche Angelegenheiten „erörtert werden sollen“. Von nun an sei sie anmeldespflichtig; jeder, der in ihr als Leiter oder Redner auftritt, sei nach § 12 Absatz 2 des Vereinsgesetzes (in Verbindung mit § 1) strafbar, vorausgesetzt, daß ihm ein Verschulden zur Last falle, d. h. wenn er von dem neuen Programm wisse, oder davon nur infolge Fahrlässigkeit nicht wisse, und wenn er nun trotzdem weiter leide oder rede. — Also genüge es nicht zur Freisprechung, daß das Landgericht feststelle, es sei nicht erwiesen, daß die Angeklagte die Tendenz des Redners im Laufe des Vortrages erkannt habe. Es müsse vielmehr festgestellt werden, weswegen Angeklagte nicht den Charakter dessen erkannt habe, was der Redner mit so großem Pathos sagte. Bei fahrlässigem Richtererkennen komme ein strafbares Verschulden ihrerseits in Betracht. Wegen der erforderlichen Nachprüfungen müsse die Sache das Landgericht nochmal beschaffigen.

Des langen Erkenntnisses kurzer Sinn ist: über erste Angelegenheiten, insbesondere über so wichtige Dinge, wie über Unterricht, Erziehung, naturwissenschaftliche oder geschichtliche Demata darf öffentlich ohne polizeiliche Anmeldung in Preußen nicht gesprochen werden. Da derlei Erkenntnisse bislang noch nicht gegen

Der Staatsanwaltschaft und den Richtern sozial nahestehende Leute ergangen sind, gehen wir wohl in der Annahme nicht fehl, daß diese Kreise sich über ernste Sachen nicht zu unterhalten pflegen. Sollte sie daran die Beförderung politischer Uebertretung hindern?

Der Gut der Frau Meister.

Eine Kritik am neuen Gut der Chefin hat der Fiskalleiterin Anna S. ihre Stellung beim Bädermeister Franz Kaczinski gelistet. Die zweite Kammer des Kaufmannsgerichts sollte gestern darüber entscheiden, ob der Chef berechtigt ist, eine derartige Kritik eines Ereignisses der Buchmacherkunst mit sofortiger Entlassung zu ahnden. Die Behauptungen über den Inhalt der Kritik gehen zwischen der Klägerin und dem beklagten Bädermeister etwas auseinander. Nach dem Beklagten soll die Klägerin gesagt haben: „In dem Gut sieht Frau K. aus wie ein Berliner Frauenzimmer“. Das 14jährige Schmäddchen soll diese Aeußerung gehört haben, und der Beklagte legt auch dem Gericht einen Zettel vor, in welchem das Mädchen die Worte der Klägerin befragt. Wie aber die jugendliche Zeugin gestern bekundet, habe sie nach Diktat der Meisterin geschrieben, ohne sich über den Inhalt Klar zu sein: sie habe nur aus Angst geschrieben. Sie habe in Wirklichkeit von der Aeußerung der Klägerin nichts gehört. Die Klägerin selbst erklärt, die Chefin sei an dem fraglichen Tage in die Kasse mit einem Lugetium von Gut gekommen, der auf der Straße bei den Vorübergehenden Aufsehen und Nachlust erregte. Ueber einer Fülle von allerhand Blumen und Früchten schautelten zwei riesige Federn. Beim Anblick dieses Konstrums von Gut habe sie sich nicht enthalten können, zum Bädergesellen leise zu sagen: „Der Gut sieht aus wie von der Friedrichstraße“. Ueber Frau K. selbst habe sie nichts gesagt. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Restgebalts von 72 M. Die Kritik der Gut könne doch nicht als eine erhebliche Ehrverletzung angesehen werden, da sie sich nicht auf den Charakter der Frau K. bezog. Die Entlassung war demnach als ungerechtfertigt anzusehen. Wird Frau Meister in Zukunft die Freiheit der Angestellten, selbst über einen Meisterhut sich zu äußern, anerkennen oder wird der Gut als Zeichen des schrecklichen Terrorismus der Arbeiter von der Innung ausgestellt werden?

Ein Juhl vor Gericht.

Eine etwas fürnische Aeltersebene fand gestern ihr Nachspiel vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. Aus der Untersuchungshaft wurde der Modellstecher Ernst Kupfer der Strafkammer vorgeführt, um sich wegen Hausfriedensbruchs, Erpressung und Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte, der die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzt, ist ein hochgewachsener alter Mann von Hofischer Schönheit. Sein von schneeweißem Haar und langen, schneeweißen, wohlgepflegtem Schnbart umrahmter Kopf ist wie geschaffen zum Vorbild für künstlerische Zwecke und der Angeklagte konnte mit Stolz sagen, daß er seit

vielen Jahren bei den verschiedenen Künstlern hier und außerhalb Modell steht. Im Dezember wurde er von dem Kunstmaler Jordan, der ein Schüleratelier hat, als Modell angenommen und sollte abends von 7 Uhr an 3 Stunden „posen“. Er stand vor einer Anzahl Schülerinnen des Ateliers in unbelleideter in Putzmode Modell. Als nach Beendigung der üblichen viertelstündigen Pause der Angeklagte aufgefordert wurde, seinen Platz wieder einzunehmen und bei den weiteren Arbeiten als Modell zu dienen, weigerte er sich dessen und erklärte, daß er nur pose, wenn alle Schülerinnen wieder im Atelier wären. Es kam darüber zu lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Obmann des Herrn Jordan, dem Maler Siebert, der nach Befragung der Schülerinnen dem Modell erklärte, daß auf seine fernere Tätigkeit verzichtet werde. Der Lärm ludie denn auch Herrn Jordan herbei, der die Anordnung des Obmanns bestätigte und den Angeklagten aufforderte, sich zu entfernen. Bezüglich der Abrechnung kam es nochmals zu Differenzen. Der Angeklagte wollte mit Recht es sich nicht gefallen lassen, daß ihm Geld dafür abgezogen werden sollte, weil er an einem der vorhergehenden Tage 25 Minuten zu spät gekommen war. Er wurde darüber sehr erregt und soll nach der Aussage der Zeugen den Besitzer des Ateliers am Sinn gepackt, ihm eine Beleidigung entgegengeschleudert und ihm gedroht haben, alles kurz und klein zu schlagen, wenn ihm auch nur ein Pfennig abgezogen werden würde. Unter der Wucht dieser Drohung hat Herr Jordan dann dem Angeklagten das Geld ohne Abzug ausgezahlt. Letzterer bestreitet, sich nach irgend einer Richtung hin schuldig gemacht zu haben, insbesondere aber auch den Hausfriedensbruch, indem er darauf verwies, daß er ja nach dem Gesetz sei und nichts dafür könne, wenn sein Ankleiden etwas längere Zeit in Anspruch nahm. — Der Gerichtshof hielt durch die Beweisaufnahme dennoch Nötigung, Hausfriedensbruch und Beleidigung für dargetan und verurteilte das Modell zu 2 Wochen Gefängnis. Selbst wenn die Kriterien strafbarer Handlungen vorgelegen haben sollten — die Konstitution einer Nötigung und eines Hausfriedensbruchs erscheint recht bedenklich —, zeugt das Anrufen des Stadi durch den Maler nicht gerade von einer Stärke der Selbstachtung, wie sie Künstler für sich in Anspruch zu nehmen pflegen.

Immer wieder die rote Seife!

Harmlose Proletariatsbegrüßungen, um die außer den direkt Beteiligten kaum jemand zur Seite sieht, werden in den Augen unserer heutigen Ordnungshüter plötzlich zu fogen. „außergewöhnlichen“ Leichenzügen, sobald sich unter den Leidentragenden jemand befindet, der einen Kranz mit roter Seife trägt. Diesem Schicksal verfiel auch ein Leichenbegängnis in dem Bergmannsdorfer Buschhaujen, wo eine Anzahl Begleiter ihrem verstorbenen Kollegen Linden Schmidt den letzten Freundschaftsdienst erwiesen. Zwar war für Leute mit gewöhnlichem Intellektverständnis irgend etwas „außer-

gewöhnliches“ an dem Leichenzuge nicht bemerkbar, aber dennoch hatte dieser Leichenzug den preussischen Staat ins Wackeln gebracht, daß neben den weißen auch einige rote Kranzschleifen bemerkbar wurden. General Wilhelm, dem das „Staatsverbrechen“ durch einen Hintermann überbracht war, konnte dann zwar an dem inzwischen Geschehenen nichts mehr ändern, er erlie aber dafür um so beständiger an die offene Straft, um wenigstens die „politische Rede“ noch zu verhindern. Doch auch das war ihm nicht gelungen. Der General Wilhelm befandete vor Gericht, er wisse „ganz bestimmt“, daß eine politische Rede gehalten ist, aber was eigentlich gesagt ist, darauf konnte er sich nicht mehr befinden. Nur das weiß er, daß etwas vom „Alten Verband“ gesagt sei!

Die 4 Kranzträger wurden von dem Schöffengericht in D. Ruhrort zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilten legten Berufung ein. Die Strafkammer in Duisburg erkannte auf kostenlose Freisprechung, ausföhrnd, daß von einem „außergewöhnlichen“ Begräbnis keine Rede sein könne, daß vielmehr das Leichenbegängnis ein „gewöhnliches“ Begräbe gehabt habe. Hoffentlich werden die Herren Gendarmen am Niederrhein sich das Urteil für die Zukunft merken.

Witterungsübersicht vom 18. März 1907, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C. and F., and a final column with values like 4bedekt, 4bedekt, 5 Dunst, 1 halb bd, 5, 3bedekt, 8.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. März 1907. Zeitweise auflarend, jedoch vorwiegend trübes Wetter bei frischen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Zwei Streitende 100. 1. Rein. 2. und 3. Ja. — St. 449. Meist Ihnen an einer Verantwortung, so müssen Sie die juristische Sprechstunde aufsuchen. 1. Die Steuern sind zu zahlen. 2. Ja. 3. Rein. — W. G. Beide Fragen würden vorwiegend vom Richter bejaht werden, weil ein Recht nicht lediglich zur Erlangung mißbraucht werden darf. — Augenwimper. 1. Rein. 2. Ja. — S. 10. Die Forderung wäre eine nicht bevorrechtete Konkursforderung. Keineswegs steht dem Betroffenen das Eigentum an den Baren zu. — N. T. 1000. Ja.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 19. März, Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Salome. (Anf. 8 Uhr.) Kgl. Schauspielhaus. Das ihr moht. Deutsches. Der Gott der Rache. Neues Schauspielhaus. Der Barber von Sevilla. Sefing. Die Stützen der Gesellschaft. Sonntag. Das Glöckchen des Eremiten. Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Kollner-Theater.) Minna von Barnhelm. Schiller-Theater Charlottenburg. Hebe. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Säbliches Th.) Das letzte Mittel. Zentral. Der blaue Klub. Westen. Die künftige Witwe. Berliner. Der Hund von Baskerville. Komische Oper. Todca. Kleines. Allerseelen. Neues. Meißner Porzellan. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen? Lustspielhaus. Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Sufarenfieber. Residenz-Theater. Direction Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen? Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Weber. Robert de Trivelin: Mich. Alexander. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde. 8 Uhr Dr. Thesing: Schutzfärbung, Mimikry u. geschlechtliche Selektion.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Meißner Porzellan. Mittwoch: Meißner Porzellan. Donnerstag: Meißner Porzellan. Freitag: Meißner Porzellan.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Allerseelen. Mittwoch und Donnerstag: Ein idealer Gatte. Freitag: Eine triviale Komödie für lesbische Leute. (Sunbury.) Hierauf: Hille Bobbe.

Lortzing-Theater.

Bellesalliancestr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten. Abonnement gültig! Mittwoch: Zar und Zimmermann.

Lustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr: Sufarenfieber.

Residenz-Theater.

Direction Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen? Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Weber. Robert de Trivelin: Mich. Alexander. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34. Wohltätigkeitsvorstellung. Einmaliges Gastspiel Herr Max Grube: Der Biberpelz. Eine Liebeskomödie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann. Anfang 8 Uhr. Morgen und Donnerstag: Der Gärtenerbesitzer. Freitag Benefiz für Herrn Bach u. Rühle Willebach: Wolfswurm.

Passage-Theater.

2. Monat. Täglich ausverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“. Die Theims-Troupe und die 10 glänzendsten März-Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Kollner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Minna von Barnhelm. Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing. Mittwoch, abends 8 Uhr: Im bunten Rock. Donnerstag, abends 8 Uhr: Im bunten Rock. Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua. Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller. Mittwoch, abends 8 Uhr: Narrenglanz. Donnerstag abends 8 Uhr: Narrenglanz.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelm-Säbliches Theater. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Das letzte Mittel.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 19. März: Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um den Goldenen Kranz von Berlin u. 10 000 Mark in 36 erstklassige Ringer, davon 15 wegen erlittener dritter Niederlage ausgeschieden. Es ringen heute: Bernhard Borrath, Berlin, geg. Paul Bahn, Bremen. Pietro le Salsque, Spanien, gegen Fritz Müller, Bayern. Clement le Bouvier, Frankreich, gegen Apollon, Frankreich. Jakob Koch, Deutschland, gegen Jantomsta, Polen. Vorher: Gala-Programm und um 9 1/2 Uhr:

St. Hubertus.

Gedächtnis und Lebenswörterlesch. Pracht-Ranzenerschaustück.

Walhalla-Variete-Theater.

Seidenbergweg 19/20, Kolonnenstr. Heute abends 8 Uhr: 15 hervorrag. Spezialitäten Die goldene Eva. 5 Geschwister Pérez. Gymnastiker auf 3 freilieg. Leitern. Frosno, der Geheimnisvolle. 3 Souffletten. — 2 Komiker usw.

Walhalla-Variete-Theater.

Seidenbergweg 19/20, Kolonnenstr. Heute abends 8 Uhr: 15 hervorrag. Spezialitäten Die goldene Eva. 5 Geschwister Pérez. Gymnastiker auf 3 freilieg. Leitern. Frosno, der Geheimnisvolle. 3 Souffletten. — 2 Komiker usw.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Der Beilchenfresser. Lustspiel in 4 Akten von G. v. Nofer. Morgen: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Hansary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi. Haschen überall gestattet. Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

WINTERGARTEN.

Charlotte Wiehe und das neue Programm. Großer Erfolg! Intimes Theater. Dresdenstraße 97. Gastspiel des Budapester Burlesken-Ensembles Linde Wolf. „Eine vom Ballett.“ „Japfenreich.“ „Gunter Teil.“

Sanssouci.

Kottbusserstr. 4a. Direction Wilhelm Reimer. Heute Dienstag: Zum erstenmal: Ein Tüdes Gefängnis. Lustspiel in 4 Akten v. Bendig. Neben Sonntag, Montag u. Donnerstag: Nord-Sänger. Sonnt. Beg. 5, Soabend. 8 Uhr.

Polologlow - Zigaretten sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige. Ueberall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden.

Zentral-Theater.

(Operette) 8 Uhr: Der blaue Klub. Mittwoch: Der Rastelbinder.

W. Noacks Theater.

Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Zum letzten Male: Carmen. Schauspiel in d. bekannt. Opernvorlagen. Musik: Frau Gordon-Greke a. W. Don José: Herr Feltz v. Glutz a. W. Mittwoch: Vor dem Staatsanwalt.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Hansary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.

Haschen überall gestattet. Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

WINTERGARTEN.

Charlotte Wiehe und das neue Programm. Großer Erfolg! Intimes Theater. Dresdenstraße 97. Gastspiel des Budapester Burlesken-Ensembles Linde Wolf. „Eine vom Ballett.“ „Japfenreich.“ „Gunter Teil.“

Sanssouci.

Kottbusserstr. 4a. Direction Wilhelm Reimer. Heute Dienstag: Zum erstenmal: Ein Tüdes Gefängnis. Lustspiel in 4 Akten v. Bendig. Neben Sonntag, Montag u. Donnerstag: Nord-Sänger. Sonnt. Beg. 5, Soabend. 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater.

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten - Vorstellung. Ganz Berlin staunt über die stets wechselnden Künstler!!! Neu! „Die wilde Ton!“ Neu! Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. Nach d. Vorst. um 10 Uhr: Gr. Tanz.

Fröbels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148. Gastspiel Bernh. Rofe - Theater. Die beiden Galerensklaven. Volkstück mit Gesang in 3 Akten. Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Biletvorverkauf: Rofe, Handwerker, Schönhauser Allee 153. Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1.

Ausstellung für soziale Fürsorge.

Berlin 16. bis 22. März 1907 in den Gemäldesaal des Neuen König. Opern-Theaters (Kroll). Geöffnet von 11 - 8 Uhr abends. Eintritt 50 Pf.

Zu Gunsten der öffentlichen Krankenpflege - Groß Berlin. ALLGEMEINE GARTENBAU AUSSTELLUNG. Ausstellungshalle Zoologischer Garten 14. 20. März 1907. MILITÄR-KONZERT 4 bis 8 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide 52/53.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Versammlung vom 5. März.
1. Bericht der Kommissionen und Diskussion. 2. Neuwahl des Gesamtverbandes und der Kommissionsmitglieder. 3. Anträge. 233/17
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Sozialdemokr. Verein
im
5. Berliner Wahlkreis.
Dienstag, 19. März, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im
„Alten Schützenhause“, Einicusstraße 5.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht der Kommissionen.
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und zum Zentralvorstande Groß-Berlins.
3. Wahl des gesamten Kreisvorstandes und der Redatoren.
4. Anträge des Vorstandes und der Mitglieder.
5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.
Einige Anträge sind sofort an den Unterzeichneten zu richten.
Der Vorstand.
Leo Zucht, Reibellstr. 42.
245/12*

Genossen u. Genossinnen
des **Gesundbrunnens!**
Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidt's Festsälen,
Pringensallee Nr. 33:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die letzten Reichstagswahlen und die Waffen des Proletariats. Referent: Genosse H. Störmer. 106/10
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Clubreferent.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.
Mittwoch, 20. März, abds. 7 1/2 Uhr, in Wittrobs Festsälen, Müllerstr. 7:
Allgem. Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten **Kernmacher**
und **Kernmacherinnen.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Link über: „Arbeiterrecht“. 2. Diskussion.
3. Berufsangelegenheiten. — Wir erwarten zahlreichen u. pünktlichen Besuch.
Mittwoch, den 20. März, abends 5 1/2 Uhr, im Lokale „Hasselwerder“:
Bezirks-Versammlung
für **Oberschöneweide.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Berufsangelegenheiten. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Metallarbeiter von Tempelhof und Mariendorf!
Mittwoch, den 20. März, abends 6 Uhr, in Tempelhof im Lokale
„Wilhelmgarten“ (Zuh. Motallé), Berlinerstr. 9:
Oeffentl. Metallarbeiter-Versammlung
für **Tempelhof und Mariendorf.**
Tages-Ordnung:
1. Was haben wir vom neugewählten Reichstag zu erwarten? Refer.: Kollege A. Wuschek. 2. Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch ersucht
115/9 **Die Ortsverwaltung.**

Junungs-Krankenkasse
der **Zischler-Junung.**
Dienstag, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
der
Vertreter der Kassenmitglieder und der Junungsmitglieder.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1906 und Bericht der Revisoren. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes von Seiten der Arbeiter. 4. Erhöhung der Kassenbeiträge. 5. Wahl der Angestellten. 6. So sind zu wählen: der Rentner und dessen Stellvertreter, 4 Kassierer und 11 Hilfsarbeiter. 6. Verschiedenes.
— Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.
282/6 **Der Vorstand.**

Tüchtiger erfahrener Geschäftsführer
für eine größere Parteidruckerei und Zeitungsunternehmen in Süddeutschland zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Anstellungsbedingungen des Vereines Arbeiterzeitung.
Offerten mit Gehaltsansprüchen werden erbeten: Parteisekretariat
Karlstraße, Schloßplatz 15. 42022*

Dr. Simmel junger
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Diskussion. 2. Bericht der Kommissionen und Diskussion.
3. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 5. Anträge. 241/2*
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, in
Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Koppensstraße 29:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Beratung und Beschlußfassung eventueller Anträge. 3. Bericht der Kommissionsmitglieder und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. 243/5*
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Achtung, 4. Kreis!
Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Markgrafen Sälen, Markgrafendamm:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Redakteurs Genossen **Block** über: „Welche
Machtmittel besitzt das Proletariat im Klassenkampf?“ 243/6
2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus,
Wiesestraße 24:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Heinrich Ströbel** über: „Die Reichstagswahlen
und die Taktik unserer Partei“. 2. Diskussion. 243/5*
Männer und Frauen sind auch als Gäste willkommen.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Dienstag, den 19. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Zwei Mitglieder-Versammlungen
in **Thiels Festsälen, Bergstr. 152.** in **Hoppes Festsälen, Hermannstr.**
Thema: **Der neue Reichstag.**
Referenten: Die Reichstagsabgeordneten **Eichhorn** und **Brey** (Hannover).
Gäste haben Zutritt. 232/8 **Rege Beteiligung erwartet** **Der Vorstand.**

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Mittwoch, den 20. März 1907, abends 8 Uhr, bei **Keller, Koppensstr. 29:**
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern
und unsere weiteren Maßnahmen.
Mitgliedsbuch oder Streifkarte legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
177/14 **Die Ortsverwaltung.**

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
Mehlfischstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787
Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei **Duggenhagen, Moritzplatz:**
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Neuwahl eines Kassierers. 3. Vereinsangelegenheiten u.
124/15 **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Simmel junger
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Orts-Krankenkasse
der **Schuhmacher.**
General-Versammlung
der **Vertreter**
am **Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr,** im **Lokal Weberstraße 17:**
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1906. 2. Stellungnahme zu dem Antrag auf Anschlag an die bestehende Tagelohn-Gemeinschaft. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Vertreterliste legitimiert.
A. Hendig, Vorsitzender,
Richtersstraße 17.
Die Vertreterlisten pro 1907/1908 können im Kassenlokal oder auch am Eingang des Saales in Empfang genommen werden. [22205



Spezial-Möbel-Halle
Happy Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 15.
Belle für nur 1 Mark ab Platz von 10 Str. an! [41572*
Prima in Halbheine (bekannte Marken). pr. Str. 82 Pf.
in Diamant (110 bis 120 Stk.) . . . 97 Pf.
in Nisse u. Nisse . . . 1.00 Pf.
in Anthrazit Gabb. 2.20 Pf.
Kohle, Steinkohle usw. zu den billigsten Tagespreisen. Kullerung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefern elegante fertige [41021*
Herren-Garderoben
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.
Eingang Straußberger Platz.

Hygienische
Bettwaren, Kissen, Matratzen, etc.
Empfehlenswert. Prof. Dr. med. H. Engel, Gesundheitsrat Berlin NW-Friedrichstr. 91/92.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquette-Püsch-Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 159.

Partei-Angelegenheiten.

Die Stadtverordneten-Erswahl im 30. Kommunalwahlbezirk. An Stelle des nach auswärts verzogenen Genossen Grindel...

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in Dräfers Festhale, Neue Friedrichstraße 35, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Achtung! Fünfter Wahlkreis. Heute, Dienstagabend, 8 1/2 Uhr, findet im „Alten Schützenhause“, Vinckenstr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Wilmersdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Luisenpark“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reichenow. Heute abend 8 1/2 Uhr finden zwei Mitgliederversammlungen des Wahlvereins in Reichenow-Festhale, Bergstr. 152...

Reichenow. Heute abend 8 Uhr Wahlvereinsversammlung bei B. Nidlich, Potsdamerstraße 25. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Ullm „Das Erfurter Programm“.

Reichenow-Baumhauentweg. Heute, Dienstag, den 19. März, 8 1/2 Uhr, findet in Sperris Festhale die Versammlung des Wahlvereins statt.

Mariensfelde. Am heutigen Dienstag findet bei Berger, Dorfstraße, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Mariensfelde und Umgegend statt.

Tempelhof. Heute, Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Müller die Wahlvereinsversammlung statt.

Röpenitz. Heute, Dienstag, findet im Lokale des Genossen Seidel die Versammlung des Wahlvereins statt.

Grünau. Heute, Dienstag, den 19. März, findet bei Franz „Grüne Ede“, Röhndorfstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Johannisthal. Mittwoch, den 20. März, findet bei Wendt, Friedriehstraße 1, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Rönnigs-Wusterhausen. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Wahlvereinsversammlung morgen, Mittwoch, den 20. März, pünktlich 8 Uhr abends im Wöhrhörnischen Lokale stattfindet.

Berliner Nachrichten.

Die Konkurrenz unter den westlichen Vororten Berlins.

Die westlichen Vorstädte von Berlin: Charlottenburg, Schöneberg und die junge Stadt Wilmersdorf haben infolge ihres rapiden, sprunghaften Anwachsens ein ebenso schnell anwachsendes Bedürfnis nach neuen Gemeindevorrichtungen.

von 235 Proz. — und dahin streben, ihre kommunalen Bedürfnisse größtenteils aus den laufenden Einnahmen zu decken.

Aus dem umgekehrten Grunde werden Anträge von der Majorität abgelehnt, die den weniger Bemittelten und Unbemittelten Erleichterungen und Hilfe schaffen sollen.

So ist die Furcht der Vertreter der bürgerlichen Parteien, daß reiche Leute aus ihrem Orte wegziehen und unbemittelte in größerer Zahl zuziehen könnten, ein großes Hindernis für eine gesunde Kommunalverwaltung.

So zeigt sich auch auf dem kommunalen Gebiete, daß die auf Grund eines elenden Dreiklassenwahlsystems gewählte Kommunalvertretung sich von den kleinlichsten, engherzigsten Gesichtspunkten leiten läßt.

Ehrung der Märzgefallenen.

Wie alljährlich am Gedenktage der Märzkämpfe, so war auch gestern wieder der stille Ruhetag der Freiheitskämpfer im Friedrichshain das Ziel, dem viele Tausende von Proletariern und Proletarierinnen zustrebten.

Mit dem anbrechenden Morgen kamen die ersten Besucher des Friedhofes, darunter zahlreiche Deputationen, welche im Auftrage von Organisationen und Arbeitergruppen Kränze niederlegten.

Die organisierten Parteigenossen Berlins, vertreten durch den Vorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin, widmeten den Märzkämpfern einen schönen Kranz, dessen Schleife die Inschrift trug:

„Und sinken die alten Fechter Müde vom schweren Strauß, Es kommen neue Geschlechter Und kämpfen es ehrlich aus.“

Der Kranz, den die Sozialdemokratinnen Berlins niedergelegt hatten, zeigte die Widmung:

„Die Freiheit sprach: mich schickt ihr in den Tod, Und meine Keden sind des Volkes Rechte, So schlaf ich, doch dem menschlichen Geschlechte Weibst meine Mutter, die euch schwer bedroht: die Not.“

Auch die Parteigenossinnen des Wahlkreises Teltow-Geeslow sowie die des Wahlkreises Niederbarnim waren durch Kranzspenden vertreten.

An einem Kranze, den die Parteschule gesandt hatte, waren die Worte zu lesen:

„Der Sommer reißt des Frühlings Saaten, Es folgt der Juni auf den März“ . . .

Die Fortsetzung: „D Juni komm und bring uns Taten, Noch frischen Taten lechzt das Herz“ war der Polizeischere zum Opfer gefallen, die diesmal zahlreiche Versämnisungen sowie vollständige Konfiskationen von Widmungsworten vorgenommen hatte.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte namens der Gewerkschaften Berlins einen großen Kranz niederlegen lassen mit der Widmung:

„Morgenrot, du heilig Feuer Das uns stets den Tag gebracht, Weich, ein stolzer Lichterweiser, Durch die große Völkermacht. Des Gedanklennterres Fluten Sehr entseig ein Himmelsbrand, Wirf den Schein von deinen Gluten Weit hin in das finstre Land.“

Der von der Redaktion des „Vorwärts“ gestiftete Kranz enthielt die Aufschrift:

„Wir legen frischen roten Aushm Im Kranz auf euer Bette. Wo fänden wir ein Heiligum Wie diese Schädelstätte.“

In großer Zahl waren Kränze von Arbeitern und Arbeiterinnen verschiedener Fabriken und Werkstätten gesandt. Auch die ausgesperrten Möbelpoliermeister, die streikenden Tapezierer einer Firma und ausgesperrte Holzarbeiter mehrerer Werkstätten hatten die Märzkränze durch Kranzspenden gelehrt.

Hier und da sah man schwarze Kranzschleifen, die von anarcho-syndikalistischen Vereinigungen herrührten. Zahlreicher wie sonst machten sich dreifarbige Kranzschleifen: schwarz-rot-gelb, bemerkbar.

Wie schon gesagt, sind viele Kranzinschriften der Schere des gensterenden Polizeieinsatzes zum Opfer gefallen. Nur in einzelnen Fällen lassen die nach der Scherenarbeit übrig gebliebenen Reste der Widmung erkennen, welche großer Gefahr die staatliche Rube und Sicherheit, dank der polizeilichen Fürsorge und ihrer scharfen Schere, entgangen ist.

Eine Grenze hat Tyrannenmacht. Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last, greift er getrossen Mutet in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte, die drohen hangen unübersehlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.

Dies hört nach polizeilichem Ermessen die Gemütsfreiheit auf und das Unheil bräut in den mit scharfem Schnitt entfernten Worten: „Wenn kein anderes mehr versaugen will, ist ihm das Schwert gegeben.“

Eine Schleife ist konfiszziert worden, auf der nichts stand als die Worte: „Den Opfern der Soldateska von 1848.“

In den meisten Fällen ist nicht mehr zu erkennen, wie die beanspruchten Inschriften lauteten, denn sie sind vom ersten bis zum letzten Worte abgeschnitten und statt der goldenen Buchstaben stattdessen ein kurzer Faden roten Bandes im Winde, dem Besucher Zeugnis gebend von der wirklich unergreiflichen Fürsorge der Polizei.

„Sagt nicht, daß wir frei sind. Als Frevler noch Gilt jedes Wort den blinden, feigen Scharen, Das kein zu sprengen sucht das Eisenloch, Das auf uns liegt seit so viel trübten Jahren.“

Die städtische Fortbildungsschule für Schwachveranlagte veranstaltet am Mittwoch, den 20. März, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, im Schulhaus Brunnentstraße 186 (u. Post), eine Ausstellung der von den Schülern und Schülerinnen hergestellten Heftelbände, Papp-, Strich- und Nadelarbeiten.

Auf einem Proletariatsfest.

Nach einem Lokale in der Burgstraße strebten am Sonnabend abend Tausende von Proletariern und Proletarierinnen. Von der äußersten Peripherie der Stadt, aus den Mietskasernen des Weddinges, des Gesundbrunnens, der Schönhauser Vorstadt und Moabit war sie hierher gekommen, um nach beendeten, schwerem Wahlkampf auch einmal gefellig untereinander zu sein.

Gerade den Feenpalast muhten die „vaterlandslosen Gesellen“ wählen und gerade dort ihre roten Banner aufhängen, wo sich die

Wetters so sehr beruhen. Dort wo gewöhnlich die Luft, nur durch die Erde getrennt — in der Schicht der Luft über dem Schloß — eine triumphierende Rede über die Niedergerittenen gehalten worden war. Auf den Gesichtern der Teilnehmer des Festes war aber von einer depressierenden Wirkung dieser Wahlrede nichts zu bemerken, spürlos schien sie an den hier versammelten „Niedergerittenen“ vorbeigegangen zu sein. Nicht Verzweiflung oder Niedergerissenheit, sondern Kampfesmut und Siegesglaubensspruch sprach aus den Gesichtern der Anwesenden und laute Zustimmung fand Genosse Ledebour, als er in markigen Worten die gegenwärtige Situation kennzeichnete und aufforderte, nun erst recht mit aller Energie den Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung fortzuführen und zu diesem Zwecke die Organisation zu erweitern und unsere Grundzüge zu vertiefen. Einen wahren Sturm der Begeisterung hatten Ledebours Worte entfesselt und seine Aufforderung, zum Zeichen des Gelöbnisses, für unsere Sache mit unermüdlicher Hingebung weiter zu wirken, mit ihm in unseren alten Kampfesruf: „Noch die internationale völkervereinende Sozialdemokratie“ einzustimmen, fand ein tausendstimmiges Echo.

Das Programm selbst war ein äußerst abwechslungsreiches. Konzert wechselte ab mit einer Reihe von Spezialitäten und auch der Humor fand durch die Aufführung eines einaktigen Schwanen: „Von Witten-Poll“ vollkommen zu seinem Recht. Den Höhepunkt des Abends bildeten außer der schon erwähnten Festrede Ledebours die Gesangsvorträge. Man kann Wilmanns „Festgesang“ oder „Dem König entgegen“ oder auch die Arbeiter-Marschlieder noch so oft hören; von einem gut geschulten Sängerkorps vorgelesen, versehen die Freiheitlieder ihre enthusiastisierende Wirkung nie. Wer im Freiheitskampf steht, seine ganze Person für diesen Kampf einsetzt, wird von der mächtvollen Wirkung dieser Gesänge stets ergriffen werden. Die Leistungen der Sänger fanden auch bei den Genossen volle Anerkennung, auf Weisfall ließen sie es nicht fehlen. Sollen wir noch sagen, wie das Fest zu Ende ging? Wir wissen nicht! Als wir um 12 Uhr gingen, trat der König in seine Rechte, auf den die junge Generation schon lange gewartet hatte.

Die Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern haben vor einiger Zeit an den Magistrat eine Reihe Forderungen um Verbesserung ihrer Stellung gestellt. Da es in unserer Verwaltung immer geraume Zeit dauert, ehe erst an den Magistrat gerichtete Gesuche ein Bescheid erfolgt, so wurden die Assistenzärzte ungeduldig und waren unter sich einig, den Forderungen insofern mehr Nachdruck zu verschaffen, indem sie ihre Stellen kündigen wollten. Soweit konnte es der Magistrat doch nicht kommen lassen, denn ein Streik der Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern wäre doch etwas gewesen, das die Stadt Berlin in eine bedenkliche Lage gebracht hätte. So hat denn der Magistrat dem Ersuchen der Ärzte im wesentlichen entsprochen und der Stadtvorordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet. Hierher erhalten die Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern 1020 M., steigend nach 1 1/2 Jahren auf 1200 M., daneben wird freie Beköstigung, Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung, freie Bekleidung, Dienstkleidung (Herstärcke und Schützen) nebst freier Reinigung derselben und freie ärztliche Behandlung und Arznei gewährt. Nach der Magistratsvorlage sollen in Zukunft die Assistenzärzte mit 1200 M. anfangen, der Urlaub wird von 8 auf 4 Wochen bemessen, auch einige andere Wünsche der Beamten werden erfüllt. Die am Kaiser und Kaiserin Friedrichkrankenhaus vorhandenen drei Assistenzärzstellen mit 500 M. werden in Zukunft mit 750 M. dotiert. Ob die Assistenzärzte sich mit dieser Abschlagszahlung zufrieden geben werden, wissen wir nicht, erreicht haben sie aber auch das nur durch ihre Organisation.

Eine Bergweilungstafel.

Ein furchtbares Drama, das drei Menschenleben gefordert, hat sich in der vergangenen Nacht im Süden der Stadt abgespielt. In der Camphausenstraße 4 tötete die Ehefrau Elise des Bisleurs Bergweber erst ihre beiden vier und fünf Jahre alten Söhne Walter und Fritz und dann sich selbst. Die Unglückliche vergiftete ihre beiden Kinder, während sie sich durch Erhängen das Leben nahm. Das Motiv zu der traurigen Tat dürfte auf geschäftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sein.

Die Familie Bergweber hatte bisher ihren Wohnsitz in Stettin. Dort hatte sich B. etabliert. Er eröffnete ein Silbergeschäft und hatte auch anfangs pekuniäre Erfolge. Doch in der letzten Zeit wollte das Geschäft nicht mehr so recht florieren. Es ging zurück und B. war schließlich gezwungen, die Unterhaltung seiner in Berlin in der Rositzstraße 60 wohnhaften Schwiegereltern in Anspruch zu nehmen. B. sah nun vor einiger Zeit den Entschluß, mit seiner Familie nach Berlin zu bringen. Am 3. d. R. traf er hier ein und mietete in der Camphausenstraße 4 im Hinterhause eine bescheidene Wohnung. B. fuhr dann wieder nach Stettin zurück. Den Anwohnern des erwähnten Hauses war es aufgefallen, daß die junge Frau B. ein äußerst schwermütiges Wesen zur Schau trug. Sie sprach mit keinem Menschen und ging viel mit ihren beiden Kindern spazieren. Niemand ahnte jedoch, was im Innern der bedauernswerten Frau vorging. Vor wenigen Tagen erhielt sie aus Stettin von ihrem Manne Nachrichten, die anscheinend recht unangenehm waren, denn von diesem Augenblick an ließ sich Frau B. fast gar nicht mehr sehen. Am Sonntag war sie mit den Kindern und den Eltern zu einer Geburtsstagsfeier eingeladen worden. Die Eltern erschienen auch, doch warnten sie dergestalt auf das Eintreffen der Tochter und Enkel. Man schöpfte schließlich Verdacht und der alte B. eilte dann, von innerer Anruhe getrieben, nach der Camphausenstraße. Einen Schlüssel zur Wohnung besaß er zufällig noch. Als er die Wohnung betrat, lag sich ihm ein furchtbarer Anblick. Tochter und Enkel waren tot. Die Leichen wurden in der Nacht nach dem Schauhaufe gebracht.

In der letzten Versammlung des Tierchutzvereins wurde mitgeteilt, daß der Verein seit Juli vorigen Jahres außer seinen männlichen Straßeninspektoren auch einen weiblichen Inspektor angestellt habe. Dadurch werde besonders den Pferden auf den Straßen Hilfe teil. Der weibliche Inspektor führt eine Verbandskarte mit sich, die mit allen möglichen Medikamenten und Verbandsmitteln ausgestattet ist. Im letzten Winter sind 350 verwundete Pferde, zehn Hunde und zwei Katzen auf den Straßen durch den weiblichen Inspektor verbunden worden. Außerdem wurde eine große Anzahl kranker Pferde von der Straße geschafft. Aus dem Moorefischen Legat sind an Schulente 800 M. zur Verteilung gelangt. Außerdem hat der Verein in Rot geratene Pferdebesitzer Helfer in größeren Mengen berabfolgt. Ehren diplome wurden an Richter wegen guter Behandlung der Tiere verliehen. Der Deutsche Tierchutzverein ist aufgefordert worden, seinen Einfluß auf die Reichstagsabgeordneten dahin geltend zu machen, daß die dem Reichstag vorliegende Kolle zum Schutz der Vogelwelt im Sinne der Tierchutzbestimmungen erleichtert wird. Das ist geschehen. Der Berliner Magistrat hatte seinerzeit beschlossen, die Tränkefische an den öffentlichen Straßenbrunnen zu beseitigen. Das ist jedoch auf Antrag des Deutschen Tierchutzvereins an die Städtische Fischdeputation unterblieben. Die Klagen über die Fischbecken haben nachgelassen, und zwar, wie im Geschäftsbericht hervorgehoben wird, weil jetzt Krümmen an solche Fischbecken gejagt werden, die am wenigsten Anlaß zu Beschwerden geben haben. Da das Depot in keiner Weise dem immer mehr sich steigenden Verkehr genügt, so ist ein Erweiterungsbau für dieses Jahr in Aussicht genommen. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat auf Veranlassung durch die Protokolle des Vereins, die Frau Kronprinzessin, sich bereit erklärt, dem Tierchutzverein den Stadtbahnbogen 81 zu überlassen.

Zußerdem wird das Fischbeckenbatterium 300 Quadratmeter Flächen für diesen Zweck dem Verein pachtweise zur Verfügung stellen. Die Kosten für den Erweiterungsbau sind auf 60 000 Mark berechnet.

Ein Bauungsfall hat sich gestern mittag kurz nach 1 Uhr in der Friedrichstr. 5getragen. Dort wird von der Firma Feld u. Franke ein Bau aufgeführt. Um die oben angegebene Zeit brach im zweiten Stockwerk die Rüstung durch und zwei auf derselben arbeitende Bildhauer stürzten ab, zunächst auf das Schuttbach und dann auf einen innerhalb des Bauunges stehenden Handwagen fallend. Die beiden wurden nach der Unfallstation gebracht, von wo aus sie nach Hause gehen konnten. Ihre Verletzungen sind glücklicherweise keine schweren, wenn sich nicht noch nachträglich herausstellen sollte, daß sie sich innerlich Schaden getan haben.

Wie wir erfahren, soll die Rüstung nicht dorschriftsmäßig gewesen sein. Als Ausleger sind starke Bretter benutzt worden, kein Niegel war vorhanden. Das Unglück hätte schlimmer ausfallen können, wären die Arbeiter an der Stelle abgestürzt, an der das Schuttbach noch fehlte. Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen war, kam die Polizei und dachte ihn zu, wollten sagen, bekümmerte sich um die unvorschriftsmäßige Rüstung.

Ein blutiger Mordfall ist in der vergangenen Nacht im Humboldthain verübt worden. Der Arbeiter Robert Sch., Neue Gohrstr. 28 wohnhaft, war mit seiner Braut auf dem Heimwege begriffen und, um abzukürzen, schritten die beiden durch den Humboldthain. Plötzlich wurden sie von zwei unbekannteren Männern angegriffen und als sich Sch. dies verbat, fielen die Mörder über ihn her und schlugen mit dem Messer auf ihn ein. Auf die Hülfserufe der Braut eilten der Zeidner Walter Etkholz und dessen Bruder hinzu. Sie wollten die Täter von ihrem Opfer wegreißen, wurden aber gleichfalls durch Messerschläge verletzt. Walter E. hatte einen tiefen Stich bis auf den Knochen in den Kopf erhalten. Die Verletzten mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Messerschläger wurden noch in der Nacht in einem Hause in der Bismarckstraße verhaftet.

Durch Kurzsicht geriet gestern in der lebten Abendstunde ein Wagen der Siemenschen Straßenbahn in der Markgrafenstraße in Brand; er wurde bald gelöscht. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Nabrennen zu Treptow. Sonntag, den 17. März. Bei ihrem ersten diesjährigen Rennen hatte die Treptower Bahn einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Die Hauptnummer des Tages, ein Dauerrennen mit Motorfahrzeug über eine Stunde mit Preisen von 600, 400, 300 und 250 M. wurde von den bekannten Treptower Fahrern H. Prährembel, A. Stellbrink, A. Schulze (Rehndorf) und C. Rosenlöcher (Dresden) bestritten. Es gestaltete sich durch den beständigen Kampf zwischen Prährembel und Stellbrink zu einem fesselnden Schauspiel, dessen Verlauf die Zuschauer mit Spannung verfolgten. Prährembel hatte zuerst die Spitze; beim 14. Kilometer rückte ihm Stellbrink bedenklich nahe und übernahm nun seinerseits das Kommando, das ihm jedoch von seinem Gegner beim 24. Kilometer wieder entzogen wurde; aber Stellbrink, der nahezu eine Runde eingeholt hatte, holte von neuem auf und behauptete vom 40. Kilometer ab wieder die Führung, einen abermaligen Angriff seines Gegners erfolgreich zurückweisend. Schulze und Rosenlöcher konnten den Berlinern nicht folgen; sie blieben nach und nach um 9 Runden zurück. Beim 50. Kilometer wurde das Rennen des einsehenden Regens wegen abgebrochen. Sieger war Stellbrink in 43 Min. 2 1/2 Sek., zweiter Prährembel, 120 Meter; dritter Rosenlöcher, 2220 Meter, vierter Schulze, 2920 Meter zurück.

Von dem Saison-Eröffnungsspreis über 1200 Meter (Barpreise 40, 25, 15 M.) wurden nur die Vorläufe angefahren; die ersten derselben (Stabe, Stibela, Ledner, Wegener, P. Hansen) und die zweiten (Pawle, Kuk, Haberer, Commans, Lehmann) bestritten am nächsten Sonntag die Zwischenläufe und deren Sieger den Entscheidungslauf.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Herr Jürgens in der St. Marienkirche ein Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Else Dankewitz (Sopran), Fräulein Frieda Beckershaus (Alt), Herrn Alfred von Hoffard (Tenor), Herrn Robert Witzland (Bass) und Herrn Heinrich Scholz und B. Jürgens (Orgel). Es kommt u. a. die Kantate „O ewigkeit, du Donnerwort“ zur Aufführung. Der Eintritt ist frei!

Der Besucher des Berliner Aquarium gewahrt bei Betrachtung und Durchmusterung der fogen. Stilllebenbecken, besonders des Seepferdchenbassins, eigentümlich langgestreckte, walzen-, wurf- oder gürtenförmige Gebilde, die entweder auf dem Sandgrunde ruhen oder im Saß eines Pfanzentodes hängen und die bei näherer Betrachtung durch Frier- oder Fühlerbewegungen hindergehen, daß sie tierischen Ursprungs sind. Ihrer Gestalt entsprechend wurde ihnen der Name Seequalen oder Seegurken beigelegt. Aber dem Laien wird nicht ohne weiteres einleuchtend, daß sie nahe Verwandte der im gleichen Bassin untergebracht sind, mit beweglichen Stacheln besetzten Seeigel seien; indes brandt man sich bloß einen Seeigel parallel mit der vom Mund zum Afterpol gehenden Achse ausgereißt, d. h. in die Länge gezogen zu denken, so hat man einen walzenförmigen Körper mit dem Rande am einen und der zweiten Öffnung am anderen Ende. Die Seequalen zählen also gleich den Seeigeln zu dem auch die Seeurhe und Seeillien einschließenden Kreise der Stachelhäuter oder Schinobermen, deren Mitglieder ein aus kohlenstoffreichem Kalk gebildetes inneres Skelett besitzen und sich vermöge zahlreicher hohler Saugfüßen fortbewegen. Das Aquarium kann drei verschiedene Gattungen Seequalen vorführen, unter ihnen die nächsten Verwandten der von den Chinesen zu ihrer Deklatsche „Lrepang“ verarbeiteten Spezies.

Der Zoologische Garten hat neuerdings ein Paar Schneehühner erworben, Vögel, die — so bekannt sie auch in Deutschland im toten Zustande als Bildgefäße sein mögen — doch nur sehr selten lebend gezeigt werden können, da sie als Kropfen- und Weerenfresser schwer auf die Dauer zu halten sind. Die hübschen Tiere tragen zurzeit noch ihr reinweißes Winterkleid, das bekanntlich bald dem braunen Fühlingsgewande Platz macht, und leuchten dadurch geradezu aus ihrem schneefreien Gehege in der Fasanerie hervor. Die Vögel stammen aus Nordeuropa und sind demnach Floor-Schneehühner; eine Neimere, sehr ähnliche Form lebt in den Alpen.

Vorort-Nachrichten.

Die Säuglingssterblichkeit in Groß-Berlin.

Wie groß die Sterblichkeit der Säuglinge in Proletarierfamilien ist, ist allgemein bekannt. Mehr als einmal ist darauf hingewiesen, daß die Säuglingssterblichkeit gerade unter dem Proletariat besonders stark ist, daß infolge der mangelhaften Ernährung der Mutter, infolge ihrer Berufstätigkeit, infolge der Arbeiterwohnungen, denen es an Licht und Luft fehlt, kurz und gut infolge der ganzen Lebenshaltung des Proletariats erschreckend viel Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres dahingerafft werden.

Daß es sich hierbei nicht um bloße Behauptungen, sondern leider um Tatsachen handelt, das erhellt mit Deutlichkeit aus einer Arbeit des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg. Das Statistische Amt hat sich der Mühe unterzogen, die im Berlin herum liegenden Gemeinden nach der Himmelsrichtung, in der sie vom Zentrum Berlins liegen, in acht Gruppen zu teilen und für jede dieser acht Gruppen die durchschnittliche Höhe der Geburtenhäufigkeit und der Kindersterblichkeit zu berechnen. Die nötigen Daten sind aus den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes bezw. aus dem - diesen Veröffentlichungen zugrunde liegenden Material

entnommen. Es zeigt sich nun, daß in den im allgemeinen von einer wohlhabenderen Bevölkerung betroffenen westlichen Gemeinden die Säuglingssterblichkeit weit geringer ist als in den eine starke Arbeiterbevölkerung aufweisenden nördlichen Gemeinden. Das ist an und für sich nichts Auffallendes, diese Tatsache ist den Sozialpolitikern, den Ärzten und Hygienikern bekannt. Ueberraschend aber ist der gewaltige Unterschied, dem wir begegnen. So beträgt z. B. in den Sommermonaten die Säuglingssterblichkeit im Westen 23,94, im Nordosten dagegen 66,17 Prozent, das heißt von je 100 Lebendgeborenen starben in den Sommermonaten in Charlottenburg 23,94 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres, in Weihensee jedoch 66,17, also fast dreimal so viel. In den übrigen Monaten ist der Unterschied weit geringer, doch zeigt der Jahresdurchschnitt, wonach im Westen 18,69, im Nordosten 31,42 auf je 100 Kinder starben, immer noch eine für das Proletariat recht bedenkliche Differenz.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1905 starben von je 100 Kindern vor Vollendung des ersten Lebensjahres in Berlin 20,69, im Westen (Charlottenburg) 15,09, im Südwesten (Wilmerdorf, Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Lichterfelde) 14,40, im Süden (Tempelhof, Niddorf) 21,98, im Südosten (Trepow, Stralau, Rummelsburg) 26,00, im Osten (Nichtenberg, Friedrichsfelde) 26,20, im Nordosten (Hohen-Schönhausen, Weihensee) 81,42, im Norden (Pankow-Nieder-Schönhausen) 19,74, im Nordwesten (Neu-Weidenhof, Bismarck, Zehlendorf) 18,83.

Man wende nicht ein, daß der Nordosten, Osten, Südosten und Süden ja auch eine größere Geburtenzahl hat und daß infolgedessen die Sterblichkeitsziffer größer sein muß. An und für sich ist das richtig, aber der Einwand ist um deswillen hinfällig, weil die Sterblichkeitsziffer ja nicht absolut, sondern relativ von uns angegeben ist. Die gewaltigen Unterschiede lehren uns, daß die Kindersterblichkeit des Proletariats nicht auf unabwendbaren natürlichen Gesetzen beruht, sondern daß sehr wohl erfolgreich dagegen angekämpft werden kann. Wenn die Gemeinden sich endlich dazu aufraffen würden, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, wenn sie überall Säuglingsfürsorgestellen, Wöchnerinnenheime und dergleichen errichten und Stillprämien gewähren würden, so wäre schon viel getan. Aber leider sträuben sich die von kapitalistischen Interessen beherrschten sozialpolitisch rückständigen Gemeindevertretungen gegen diese von der Sozialdemokratie seit langen Jahren erhobenen Forderungen, um dann hinterher der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie keine praktische Arbeit leiste. Natürlich wäre damit die übergroße Säuglingssterblichkeit noch nicht so verringert, wie es erwünscht wäre und wie es in der Macht der Menschen steht. Um dies Ziel zu erreichen, muß nicht nur von den Gemeinden eine soziale Kommunalpolitik betrieben, sondern es muß vor allem im Reich die Sozialpolitik endlich so ausgebaut werden, wie es die Arbeiterklasse, wie es die Gesamtheit ein Recht hat zu verlangen.

Niddorf.

Stadtvorordneterversammlung. (Fortsetzung.) Im Kapitel „Schulverwaltung“ hatte der Magistrat für Erteilung katholischen Religionsunterrichts durch die Pfarrer 550 M. eingeklagt, welche der Stat. aussch. aber frid. — Stadtrat Dr. Weirich beantragt die Wiedereinführung und fügt hinzu, daß die von einigen Stadtvorordneten geäußerte Vermutung, die Pfarrer erzielten den Religionsunterricht auch in polnischer Sprache und unterführten dadurch die nationalpolnischen Bestrebungen, durch das der Unterlagen entsehe. Der neugewählte Stadtrat, Serno, ein Katholik, benutzte diese Gelegenheit, um eine wüste Rede gegen die Sozialdemokratie loszulassen. Die krausen Ausführungen desselben gipfeln darin, daß die letztere mit ihrer Propaganda der freien Liebe schuld sei, wenn Moral und Religion heute so erschreckend abnehmen. — Stadtv. Groger (Soz.) legt in klarer, knapper Weise dar, daß die Sozialdemokratie prinzipiell die Trennung von Kirche und Schule verlange. Wenn aber — so führt er weiter aus — der Vorredner andere für den angeführten Mangel an Moral verantwortlich machen wolle, so linge das sonderbar gegenüber der Tatsache, daß gerade Vertreter der katholischen Religion häufig genug mit der Moral in Konflikt geraten. — Stadtvorredner Völk will dem Volke die Religion erhalten, die Streichung der Summe für den katholischen Unterricht soll aber aufrecht erhalten bleiben. — Stadtv. Dr. Raab: Ich bin für Wiedereinführung des Postens; wir können die Sache nicht zur Nachfrage gestalten. — Stadtv. W u h l y (Soz.) fertigt unter stürmischer Heiterkeit der Linken und der überfüllten Tribüne den Stadtv. Serno ab. Ein Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft — so fährt er aus — sollte nicht von der freien Liebe sprechen angesichts der in dieser herrschenden Prostitution. Wenn man über die Inanspruchnahme der letzteren durch die verheirateten Gesellschaftsklassen eine Statistik aufnehme, sie (zur Rechten) würden bald schweigend werden. Uebrigens bedarf es zu einer guten Erziehung keineswegs der Religion, es müßten denn dem Erzieher die notwendigen ethischen Qualitäten mangeln. — Mit 27 gegen 21 Stimmen wird die Position wieder in den Stat. eingest. —

Der Antrag Rosenow auf Verpflichtung der Lehrer zur Abhaltung der Jugendspiele und feste Honorierung dafür, wird dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Stadtv. Groger (Soz.) beantragt die Verdoppelung der für unentgeltliche Lernmittellieferung angeworbenen Mittel, um die allgemeine Durchföhrung allmählich zu erreichen. Obwohl es in dieser Veranlassung an der Beifügigkeit und Einsicht in sozialen Dingen ermangelte (stürmische Unterbrechung rechts), stellen meine Freunde die Forderung immer wieder. — Stadtv. Hildebrandt bezichtigt die Ausführungen des Vorredners als Unverschämtheit und verlangt nunmehr eine weitere Herabminderung des Statpostens. — Stadtv. Groger (Soz.): Wenn man meinem Antrage nichts anderes entgegenzusetzen weiß, als unparlamentarische Schimpfereien, so zeigt das nur, auf welch niedrigem geistigen Niveau die Herren stehen. (Ordnungsruf.) Wenn Herr Stadtrat Weirich sagte, die Unentgeltlichkeit der Lernmittel demoralisiere, so sei festzustellen, daß dies bei den höheren Schülern durch Annahme des jährlichen städtischen Geschenkes von 130 M. wohl nicht eingetroffen sei. — Der Antrag Groger wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist der Veranlassung der Antrag unterbreitet worden, zum Zwecke der Anstellung von Schulärzten eine gemischte Deputation einzusetzen und 10 000 M. in den Stat. einzustellen. Der Rechnungsaussch. beantragt dagegen Ueberweisung an die Schuldeputation. — Stadtv. Dr. Silberstein führt zur Begründung aus: In der Generaldebatte wurde bezweifelt, daß 10 000 M. ausreichen könnten. Ich kann für das letztere den zahlenmäßigen Nachweis bringen. 16 Ärzte mit je 600 M. würden zunächst genügen. Abgesehen aber davon, müssen wie Schulärzte endlich anstellen. Sie sind nicht nur zur Aufnahme Untersuchung, sondern auch zur dauernden Ueberwachung des Gesundheitszustandes unserer Schul- kinder nötig. Die Hülfsschulen für Schwachbegabte sind ohne Schularzt fast illusorisch. Vorbeugung der Uebertragung von Tuberkulose und anderen Infektionskrankheiten in der Schule ist Pflicht der Städte. Niddorf ist der einzige Ort Groß-Berlins, der keine Schulärzte hat; ja, wir sind gegen fast alle Groß- und Mittelsstädte Deutschlands darin zurückgeblieben. Unsere hohe Klassenfrequenz und großen Krankheitsziffern müßten uns unerbötlich darin vorwärts treiben. — Stadtrat Dr. Weirich spricht der Schulärzfrage seine persönliche Sympathie aus, macht aber eine große, durchaus zweifelhafte Kostenrechnung auf, um vor der Einführung graulich zu machen. Eine Neuzugung des Schulrates Dr. Hartmann-Berlin muß schließlich noch herhalten, um die Unwirtschaftlichkeit der Schulärzte zu zeigen. — Stadtv. Seltsmanu sieht in völliger Unkenntnis der Aufgaben eines Schularztes die Niddorfer Wohltätigkeitsvereine, welche er mit

Einem Schmal von Worten fesselt, auf allen Gebieten als ausbreitend an. — Dr. Silberstein nimmt zu dem mit den vom äußeren Schein der „Symphonie“ umkleideten, aber im Grunde gegnerischen Ausführungen des Stadtrats Stellung. Währenddem verlassen fast die ganzen bürgerlichen Stadtverordneten den Saal, um die Abstimmung zu verhindern; ein parlamentarischer Unikum insofern, als zur Diskussion doch sonst nur Minderheiten greifen. Die Sitzung mußte abgebrochen und vertagt werden.

Am Freitagnachmittag bei Fortsetzung der Schulratsdebatte erfuhr Stadtv. B. e. l. h., unter allen Umständen den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen. Die Herabsetzung der Gewerbesteuer ist nötiger als solche Ausgaben. — Nach einem Schlußwort des Antragstellers wird abgestimmt. Für Einstellung der 10 000 M. stimmen nur die Sozialdemokraten, für eine besondere gemischte Deputation ergeben sich 19 Stimmen. Der Antrag des Ausschusses auf Ueberweisung an die Schuldeputation wird angenommen.

Beim Kapitel „Armenverwaltung“ beleuchtet Stadtv. B. u. l. h. (Soz.) die Mängel der Armenverwaltung, welche das Eindringen des weiblichen Elements in diese soziale Tätigkeit verhindern. Es sei unbestreitbar und allgemein anerkannt, daß bei Unterstützung heischender Frauen und Kindern eine Frau viel besser als Beraterin am Plage ist. Die Berichte der Waisenpflegerin Frau Neumann zu verbrieflichen und den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen, ist sehr wünschenswert. — Stadtrat Dr. Seydel stimmt den Ausführungen des Vortrags zu.

Gegen die für die Bodelshausen'sche Anstalt beabsichtigte Unterstüzung von 500 M. spricht Stadtv. F. i. l. g. r. a. f. (Soz.). Er führt aus, daß mit solchen Schenkungsstücken Not und Elend nicht vermindert werden. Wenn man den „Lohn“ von 20—25 Pf. pro Tag, welcher den in diesen Anstalten Arbeitenden gezahlt wird, in Betracht zieht, scheint das Heranziehen billiger Arbeitskräfte dort das Zeitmotiv zu sein. — Die Stadtv. K. o. y. e. und B. e. l. h. befürworten die Unterstüzung. Der letztere meint, daß die Linke nur dagegen sei, weil in „Hoffnungstäl“ die Jüglinge wieder auf rechtliche Pfade gewiesen werden. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. (Sehr richtig! und Wir arbeiten ja! links.) — Stadtrat Dr. Seydel erhebt ein Anwesen. Es handelt sich um Hilfe für die Unglücklichsten. 90 Proz. Alkoholiker sind unter den Jünglingen „Hoffnungstäl“. — Die Unterstüzung wird von der Mehrheit gutgeheißen.

Beim Hauptextraordinarium teilt der Oberbürgermeister mit, daß der weitere Ausbau des Schiffbaukanals leider um ein Jahr sich hinausziehen wird, da sich neue Schwierigkeiten entgegenstellen. — Ferner wird beschlossen, den Magistrat um Einreichung eines Antrages beim Eisenbahnminister zu ersuchen, worin die Notwendigkeit eines dritten Ringbahnhofs zwischen Vergstraße und Kreptow begründet wird.

Es folgt die Beratung der Spezialrats.

Behlendorf.

Zwecks Gründung eines Arbeiter-Turnvereins findet morgen abends 8 Uhr im Lokal von Wied, Karlstraße 12 eine Zusammenkunft statt. Wer aus Arbeiterkreisen dieses Unternehmens zu unterstützen gewillt ist, wird gebeten, dort zu erscheinen.

Lichtenberg.

Entwurf zum Haushaltsplan pro 1907/08. Die Landgemeinde Lichtenberg zählte am 1. Dezember 1906 66 365 ortsanwesende Einwohner. Die Zahl hat sich bis Oktober 1906 auf 62 127 und bis Ende Februar 1907 auf 63 669 erhöht. Der Hauptetat schließt in der ordentlichen Verwaltung ab mit 2 327 200 M. gegen 1906 mit 1 978 300 M. Der Gesamtetat für 1907 beträgt 6 272 825 M. Hieron werden gedeckt durch eigene Einnahmen der Gemeinde an Gebühren, Staatsbeiträgen, Ueberschüssen der Vorjahre usw. (ausschließlich der Steuern) 1 135 700 M., so daß durch Steuern zu decken sind 1 911 500 M. Von diesem Betrage werden aufgebracht: 1. durch indirekte Steuern: Biersteuer 0,65 M. pro Hektoliter 51 000 M., Umsatzsteuer (1 Proz. für bebaut, 1 1/2 Proz. für unbebaute Grundstücke) 160 000 M., Hundsteuer (18 M. 1 Hund) 18 000 M., 2. durch Betriebssteuer 100 Proz. 6300 M., 3. durch Zuschläge zur Einkommensteuer (100 Proz.) 883 000 M., Gemeindefeuer (150 Proz.) 90 000 M., Grund- und Gebäudesteuer 473 200 M. Die Einzelsteuern erfordern nach dem Vorschlag an Zuschüssen: die allgemeine Verwaltung 299 865 M., die Polizeiverwaltung kostet den Steuerzahlern noch 89 800 M. Das Fleischschauamt erhält sich mit rund 25 600 M. in Einnahme und Ausgabe selbst. Wesentlich ist durch Verfügung der Aufsichtsbehörden eine Verwendung von Einnahmen aus der Fleischschau zu anderen Zwecken als dieser selbst unterlag. Die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude erfordert 14 200 M. Zuschuß, während für Kapital- und Schuldverwaltung die zweitgrößte Position des Etats mit 319 000 M. eingeht. Die Volksschule erfordert einen Zuschuß von 429 700 M., während 1906 393 400 M. erforderlich waren. Für das im Werden begriffene Realgymnasium sind 6300 M. Zuschuß zu leisten. Die Armenverwaltung erfordert einen Zuschuß von rund 107 000 M., im ganzen ein Mehr von 8100 M. gegen das Jahr 1906. Für Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Plätze sind Zuschüsse in Höhe von 142 100 M. erforderlich; nicht einbezogen sind hier die Summen, die sich frühere Grundbesitzer für „verauslagte“ (in den meisten Fällen bei Verkauf ihrer Grundstücke schon gefehlt wieder vereinnahmte) Bürgersteigherstellungen von der Gemeinde zurückerhalten lassen. Das Feuerlöschwesen erfordert aus allgemeinen Mitteln 7485 M. Zuschuß. Drei Einteilpositionen sind es, die außer dem Fleischschauamt sich nicht nur selbst decken, sondern Ueberschüsse abliefern. An erster Stelle die Gemeindefeuer, die insgesamt mit einem Ueberschuß von 325 000 M. figurieren. Das Elektrizitätswerk liefert 15 000 M., das Wasserwerk 165 000 M. und das Gaswerk 145 000 M. als Betriebsüberschüsse und Gewinn bei einschläglichen Arbeiten an die Gemeindefeuer ab. Die Steuerkasse liefert einen Ueberschuß von 1 091 600 M., ab, nachdem 156 100 M. Selbstkosten in Abzug gebracht sind. Das Sterben bezog sich Begrabenenlassen bedeutet aber für die Gemeinde auch noch ein Geschäft. Bei einer Einnahme von 22 250 M. und einer Ausgabe von 13 400 M. hat die Friedhofsverwaltung als dritte im Bunde das Vergnügen, dem Gemeindefiskus einen Ueberschuß von 8850 M. zur Verfügung zu stellen! Die außerordentliche Verwaltung weist als 1. Baurate für den Krankenhausbau 100 000 M. und für einen Neubau einer Gemeindefeuer in Neu-Lichtenberg (Friedrichstraße) die Summe von 385 000 M. auf. Die Errichtung eines provisorischen Bureaugebäudes (Worade) erfordert 25 000 M. Für Straßenbauten sind 198 000 M. eingestellt (Prinzen Allee, Friedrichstraße, Anteilig, Wilhelmstraße, Anteilig, Weihensteiner Weg und Hohenstaufenerstraße; letztere beiden Ausbesserungen größeren Umfangs). Hieron sind 20 000 M. für die oben schon bezeichneten Grundbesitzer für Bürgersteigregulierung reserviert. 190 000 M. sind bereits an die Betenten aus dem allgemeinen Steuerfiskus berappt worden! 572 025 M. sind für Neuanfassungen usw. der Gemeindefeuer bestimmt.

Rotawes-Neuendorf.

Ueber den Ausfall der Reichstagswahlen sprach in der letzten Wahlvereinsversammlung in Rotawes Genosse Ströbel. Redner erläuterte in interessanter und eingehender Weise die Momente, die dieses ungünstige Resultat herbeigeführt haben, und forderte die Genossen am Schluß seines mit großem Beifall angenommenen Vortrages zum Ausbau unserer Organisationen und zur Verbreitung unserer Presse auf. — In der Diskussion bemerkte Genosse Ströbel, man müsse wieder wie früher die Reden unserer Reichstagsabgeordneten zur Agitation benutzen; die meisten Flugblätter enthielten zuviel Zahlen, die von der Bevölkerung nicht gelesen werden; insbesondere müsse mehr Gewicht auf Gewinnung des sächsischen Proletariats gelegt werden; die Landarbeiter als Klasse werden und noch lange fernbleiben; bedauerlich sei das gegenseitige Herunterreißen der Parteischriftsteller, womit wir den Gegnern nur Waffen liefern; auch der „Vorwärts“ dürfe die Parteistandale nicht

so breit treten, sondern müsse sich mehr der Bekämpfung der Gegner widmen. Genosse Ströbel erwiderte, daß der „Vorwärts“ keine Parteistandale anfangen, da er aber Zentralorgan sei, habe er die Pflicht gehabt, zu den Auslassungen Bernsteins, Callmers und anderer Stellung zu nehmen, was in streng sachlicher Weise geschehen sei; Angriffe auf die Partei müssen auch in Zukunft zurückgewiesen werden. Genosse Otto Hoffmann betont, daß wir unser Hauptaugenmerk auf die Gewinnung der Arbeiterschichten des Zentrums legen müssen; zu diesem Zweck sei es notwendig, daß unsere Parteifunktionäre in den Zentrumskreisen bedeutend vermehrt würden; auch der Mittelstand müsse mehr als bisher aufgeklärt werden, daß sich seine Feinde nicht in den Reihen der Sozialdemokratie, sondern bei den bürgerlichen Parteien befinden; was die Ständereien einzelner Literaten anbetrifft, so müßten die Genossen und der Parteivorstand dagegen energischer vorgehen; im übrigen werde den Auslassungen mancher Genossen, z. B. Verhards, in unserer Presse viel zu viel Wichtigkeit beigelegt. — Hierauf nahm die Versammlung die Abrechnung von der Reichstags- und Gemeindefeuer entgegen; die Einnahme der ersteren betrug 743 M., die Ausgabe 492 M.; Ausgabe bei der Gemeindefeuerwahl 267 M., Einnahme keine. — Bei dem Punkt „Anträge zur Kreis-Generalversammlung“ wünschte Genosse Otto Hoffmann, daß sich dieselbe einmal mit dem „Mittelungsblatt“ beschäftigen möge, dessen Wert gleich Null sei, dessen Herstellung aber hohe Kosten verursache, die besser zur Agitation verwendet werden können; auch eine Herabsetzung der Delegiertenzahl zu den Verbands-Generalversammlungen müsse gefordert werden, da deren Kosten in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen stehen. Genosse Ströbel schloß sich diesen Ausführungen an und stellte den Antrag, daß die Generalversammlung zur Verbandsversammlung beantrage, das „Mittelungsblatt“ eingehen zu lassen, dem die Versammlung zustimme. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden die Genossen Krohnberg, Adam und Otto Hoffmann gewählt. Nachdem ein Antrag des Genossen Franz Hoffmann, in den Vereinsversammlungen Beiträge zu fassen, debattelos abgelehnt war, wurde die Versammlung, in der sich 12 Genossen zur Aufnahme gemeldet hatten, geschlossen.

Spandau.

Mit der Lokalfrage für Spandau beschäftigte sich vorige Woche im Rumfischen Lokal eine gut besuchte Volksversammlung. Anlaß hierzu gab das ablehnende Verhalten der Lokalinhaber, wenn sie angegangen wurden, ihre Säle der sozialdemokratischen Partei Spandaus zur Verfügung zu stellen. Und gerade weil die Saalverweigerer bei Tanz, Theater und sonstigen Vergnügungen die Groschen der Arbeiter sehr gern einstreichen, hielt es die organisierte Arbeiterschaft für ihre Pflicht, hierzu Stellung zu nehmen. Der Referent Genosse Erwald kennzeichnete das Gebaren der Saalbesitzer in treffender Weise und führte die ablehnende Haltung der Saalbesitzer zum Teil auf die verlogene und terroristische Kampfesweise der Gegner zurück. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Pieper. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Versammelten zunächst verpflichten, das Seitzsche Lokal zu meiden. Es wurde betont, daß dieses Lokal fast nur von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besucht wird und es nur eines Beschlusses bedarf, um denselben gar keine Frage, daß die Arbeiterschaft den Wirt zwingt, sie als gleichberechtigte Bürger anzuerkennen.

Durch einen Lichtbildervortrag soll am Donnerstag, 21. März, abends 8 Uhr, den Anhängern der Genossenschaftsbewegung im Rumfischen Lokal, Schönwalderstr. 80, die englische, schweizerische und deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung vor Augen geführt werden. Vortragender ist Martin Kroll, Hamburg.

Aus der Frauenbewegung.

Für Abschaffung der reglementierten Prostitution hat sich der finnische Senat, also das Ministerium Finlands, erklärt und einen Ausschuß, bestehend aus den Senatoren Viljas, Gripenberg und Stahlberg, eingesetzt, der die dazu erforderlichen Gesetzesentwürfe auszuarbeiten soll. Dieser Angelegenheit wird es jedenfalls zur Förderung dienen, daß nun in Finnland die Frauen gleich den Männern das allgemeine Staatsbürgerliche, und sowohl aktive wie passive Wahlrecht besitzen. Der neue finnische Landtag, der am Freitag und Sonnabend gewählt wurde, wird hoffentlich so zusammengelegt sein, daß er dem Senat bei jener Reform keine Schwierigkeiten bereitet.

Von den nordischen Ländern war Norwegen das erste, das die Reglementierung der Prostitution abschafft; im vorigen Jahre folgte Dänemark seinem Beispiel. Finnland wird nun wohl das dritte nordische Land werden, das mit dem konfessionierten und reglementierten Menschenfleischhandel dieser Art aufräumt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

- Charlottenburg. Mittwoch, den 20. März, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofenstr. 3. Vortrag der Frau Störmer: „Mutter- und Säuglingspflege“.
- Mariendorf. Mittwoch, den 20. März, 8 1/2 Uhr, bei Reichardt in Mariendorf, Chausseestr. 16. Vortrag der Frau Kölle.
- Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 20. März, 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Grander, Hoppestr. 24. Wahl einer Schriftführerin.
- Tempelhof. Mittwoch, den 20. März, 8 1/2 Uhr, im Lokal Reichardt, Mariendorf.
- Britz. Donnerstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr bei Weniger, Werderstraße 28. Vortrag Gen. Braun: „Gewerkschafts- und Unternehmerverbände“. 20. April Stiftungsfest.
- Pantow. Donnerstag, den 21. März, bei Großhuth, Berlinerstr. 27. Vortrag. Herr Gähde: „Bahnpflege“.
- Treptow-Panitzschweg. Donnerstag, 21. März, 8 1/2 Uhr, bei Christ, Karientalerstraße, Ecke Ernststraße: Vortrag. Fraulein Radeit: „Die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes für die Frauen der arbeitenden Klasse“.

Vermischtes.

Zweimal zum Tode verurteilt wurde die Chausseewärterin Feige wegen Giftmordes gegen Janitschek und Brückner. Der Staatsanwalt hatte beantragt, die Angeklagte in drei Fällen des Giftmordes schuldig zu sprechen. Die Geschworenen erkannten indes nur in den angeführten Fällen auf schuldig, wegen der älteren Fälle wurde die Angeklagte freigesprochen.

Eine starke Explosion ereignete sich gestern vormittag in den Betriebsräumen des städtischen Gaswerkes in St. Johann, durch die ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Die Ursache ist unbekannt. Ein Betriebsgebäude ist völlig in Trümmern, in der ganzen Nachbarschaft sind die Fensterheben gesprungen. Der Materialschaden ist erheblich. Ob noch mehr Verunglückte unter den Trümmern liegen, ist bisher nicht festgestellt; man nimmt es jedoch nicht an.

Eine Milken Karz unterlag hat, wie nunmehr festgestellt ist, der Kassierer Müller der Speyerischen Gewerkschaft. Auf die Ergreifung Müllers, der in Paris sein soll, ist eine Belohnung ausgesetzt.

In der Herberge erstickt. In der Wandersbüchsenherberge der Thonier Nachbarschaft Schönsen sind zwei zugereiste Gesellen, der Wäcker Anton Dettich aus Kößel und der Müller Anton Wojcik aus Czajec, Kreis Kosen, die im Herbergszimmer schliefen und zur Nacht einen eisernen Ofen geheizt hatten, infolge Einatmens von Kohlenoxydgas erstickt.

Uebertrieben Fischerbot. Ein Boot mit vier Fischern, welche Neusen aufzunehmen wollten, ist nach einer Meldung aus Warnemünde auf See von einer Windhose erfasst und zum Kentern gebracht worden. Alle vier Fischer sind ertrunken.

Durch Unvorsicht großer Rehmassen beim Neubau des Czernowitzer Bahnhofs wurden mehrere Arbeiter verschüttet. Wie jetzt ist es gelungen, 3 Leichen und 2 Schwerverletzte zu bergen, sowie 5 zermalme Pferde.

Gefährlich. Wie aus London berichtet wird, ist der Dampfer „Suevic“ der White Star Linie, mit 400 Personen an Bord, bei Lizard auf Grund geraten. Es herrscht dichter Nebel und eine grobe See. Rettungsboote sind zur Hilfeleistung ausgegangen; es besteht keine Gefahr für das Leben der Passagiere. Späterer Meldung zufolge werden die Passagiere und Mannschaften der Reihe nach an Land gebracht; an Bord herrscht große Ordnung. Menschenleben sind, wie befristigt wird, nicht verloren gegangen.

Nach einer Lloydbesuche aus Pratole Point ist der von Westafrika kommende Dampfer „Jebba“ in der Nähe von Pratole Point gestrandet. Zur Zeit der Rettung war man mit der Rettung der Passagiere von Land aus beschäftigt.

Durch eine Explosion schlagender Wetter fanden gestern auf einer Grube in Noribon elf Bergleute den Tod.

Hessige Stürme, wellenbrustartige Regen und außerordentlich hohe Flut haben an der Nordwestküste Englands sehr großen Schaden angerichtet, besonders in Aberystwyth, New Brighton, Blackpool und Lancaster. Mehrere Brücken treiben umher, Menschenleben sind wenig verloren gegangen. Lancaster und Umgebung sind überschwemmt.

In Genesiarre gestorben. Im Komitate Treviso wurden, nach Budapest Meldungen, in der Gemeinde Bellus acht, und in zwei anderen Gemeinden je ein Fall von Genesiarre festgestellt. Von den Erkrankten sind 5 bereits gestorben.

Achtzehn Personen ertrunken. Infolge einer Explosion, die sich in einem überfluteten Bezirk der Stadt Weeling in West-Virginia in einer Kupferfabrik ereignete, enthielt unter den meist aus Chocern bestehenden Einwohnern der benachbarten Häuser eine Panik, bei der viele Menschen auf die unter Wasser stehenden Straßen sprangen. Durch Boote wurden die meisten gerettet, achtzehn Personen sind jedoch ertrunken.

Zumelende. Bei der Ankunft im Hafen New York wurden zwei Männer verhaftet unter der Anschuldigung, die Durchschmuggelung von Diamanten und Juwelen im Werte von 25 000 Doll. versucht zu haben. Auf Ersuchen der Londoner Polizeibehörde wurden sie in Haft gehalten, da es heißt, daß die gefundenen Juwelen aus einem Londoner Diebstahl von Juwelen im Werte von 35 000 Dollars herrühren.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 25. Bandes erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ueber den Reichstagsantrag. — Zwischen zwei Kämpfen. Von Fritz Kauterlich (Wien). — Revolution und Kultur. Ein Kapitel zur Philosophie des Marxismus. Von H. Joffe. — Das Bauerngesetz in der Statistik. Von August Winnig. — Die Leinwandweberei in Nordböhmen. Von Leo Freundlich (Mährisch-Schönberg). — Literarische Rundschau: Professor Dr. Andreas Bögel, Die sozialen Utopien. Von F. W. — Wilhelm Bölsche, Die Schöpfungstage. Von A. P. — Notizen: Mathematische Formeln gegen Lagan-Baranowski. Von Otto Bauer. — Roßmalts, „Scionos and Revolution“. Eine Entgegnung von H. Pannekoek.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Reprintzentren zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist am 6. des 17. Jahrganges ausgegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Vorgesandten. Von G. L. — Das Frauenwahlrecht vor der italienischen Kammer. — Die „erste“ deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen. Von Luise Fiech. — Das Leben einer Idealistin. Von Anna Blos (Fortsetzung). — Das englische Parlament und das Frauenwahlrecht. Von R. Beer-London. — Die Stellenvermittlung der Dienstmädchen. Von Luise Fiech. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Stellung der Genossinnen und der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften zur bürgerlichen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen. Notizen: Dienstbotenfrage. — Weibliche Jahrbuchspostkarten. — Soziale Forderungsbewegung. — Frauenbewegung. — Familienrat: Ecco homo! Von Friedrich v. Sallet (Gedicht). — Langstimmen. Von Maxim Gorki.

Für unsere Kinder: Wanderlust. Von Gustav Warrich (Gedicht). — Aus dem Leben eines russischen Leibeigenen. Von Stilian. — Schmeißchen. Von Joseph Fiech. — Ein Kinderspiel (Gedicht). — Frühling! Frühling! Von Brand. — Der Kaiser und der Wid. Von Gottfried August Bürger (Gedicht). — Ein junger Kämpfer. Von Ernst Ullrich. — Der Hergang. Von Wilhelm Daus (Fortsetzung). — Was gesähen den Spitz die Gänge an? Von Robert Reimold (Gedicht). — Die Gule. Von Grimm. — Redemärchen (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 6. Nummer des 24. Jahrganges erschienen. Sie enthält ein Portrait des verstorbenen früheren Reichstagsabgeordneten Adolf Sabor nebst einem kurzen Nachruf. Ferner erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Im deutschen Hühnerhaus“ und „Wohin? Wohin?“ sowie die weiteren Illustrationen „Ein Hottentotte“, „Im Deutschland's frommer Kinderstube“, „Die Demonstration der Patrioten“, „Erzberger verteidigt die Immunität der Abgeordneten“, „Die Gult von heute“, „Die Lehren der Reichstagswahl“, „Das Extrablatt“ und „Nach der Verurteilung“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Festreue zum 18. März“, „Die Politische“, „Ein Ereignis“, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Ein Interview“, „Die Forderung des Tages“.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der sächsischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 56—61, IVa 48—54, dünn 60—65, hell 0,00. Kalbfleisch, Doppelwäcker 110—125, Ia 82—90, IIa 72—80, IIIa 52—62, holländ. 55—62, dünn 55—65. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 46—60, Schweinefleisch 47—55. Rohschinken Ia per Hund 0,00, Rohschinken plombiert 0,00, Dampfschinken 0,00, Schinkenlinge 0,00, Rindfleisch per Stück 0,60—0,90. Widertender per Stück 0,00. Hühner, alte p. Stück 1,50—2,20, da. Ia 1,80—1,40,00, junge 1,10 bis 1,25. Belgier, 1,50—1,75. Tauben 0,40—0,90, junge kleine 0,00, ital. 0,85. Enten, dito 0,85 per Stück 2,25—2,65, Hamburger per Stück 2,20 bis 5,00. Gänse, Hamburger per Hund 1,00—1,20, Eis, 0,00, Gänse per 100 Pfd. 100—101, groß 0,00, mittel 104—122, Rander 0,00, dito umf. 0,00, da. mittel 0,00, da. matt 0,00. Schafe 0,00, da. groß 0,00, da. klein 0,00, Wale, groß 0,00, mittel 107—109, klein und mittel 0,00. Blöhen, klein 0,00, da. matt 0,00, da. 40—46. Karpen 0,00, da. 10—20er 0,00, da. 50—70 64—67, da. 40er 75. Biere 0,00. Wamb 0,00. Bunte Biere 0,00. Barfe, matt 0,00, da. 72. Karawische 0,00. Weisliche 0,00. Weis 0,00. Quappen 0,00. Amerikanischer Kaffee Ia neuer per 100 Pfd. 110—120, da. IIa neuer 100—100, da. IIIa neuer 75. Seefisch 25—30. Sprotten, Riele, Ball 1,00—1,50, Danziger, Riste 75—1,00, Hundern, Riele, Stige Ia 3—4, da. mittel per Riste 2—3, Hamb. Stige 4—6, halbe Riste 2,00. Säcklinge, per Ball Riele 3,00—3,50, Straaldring 3,00—3,50. Wale, groß per Pfd. 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,60—0,80. Deringe per Schoß 5—9. Schellfische Riste 4—6, da. 1/2 Riste 3—4, Stalkau, p. 100 Pfd. 25—30. Hellbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Riste 95, 1904er 93, 1906er 90, 1908er 75—80. Schottische Heringe 1905 0,00, large 44—48, full 38—40, med. 38—42, deutsche 37—44. Deringe, neue Ratten, per 1/2, Ia. 60—120. Sardinien, russ., Joh. 1,50—1,60. Weaterringe, Schiffe (4 Riste) 1,50—1,75. Remanen, Schocklag 11, kleine 5—6, Hiesen-14. Eier, Land, per Schoß 3,50—4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 114—118, IIa 110—114, IIIa 107, abfallende 95—100. Soure Gurken Schock 4,10—4,50, Pfeffergurken 4,00—4,50. Karstofeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50—2,75, Daberische 2,25—2,50, Rosen 0,00, welche 3,00—2,25, Salzkartoffeln 6,00—8,00. Spinat per 100 Pfd. 25—30. Karotten per 100 Pfd. 15—18. Sellerie, hiesige, per Schoß 6,00—10,00, da. pommerische 0,00—12,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,50—4,50, da. kleine 2,80—3,50, da. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 0,00. Petersilie, grün, Schockbund 2,50—4,00. Kohlrabi per Schoß 0,00. Rettig, bayr., per Schoß 2,40—4,80. Mohrrüben per 100 Pfd. 3,00—4,00. Teilmeter Rüben per 100 Pfd. 8—10. Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00. rote Rüben 3,00—5,00. Blumenkohl Hof per Nord 2,25—2,75. Mohrrüben per Schoß 2,00—2,50. Wirsingfohl per 100 Pfd. 3,00—4,50. Rotkohl per 100 Pfd. 3,00—5,00. Weißkohl 100 Pfd. 2,00—2,75. Rosenkohl per 100 Pfd. 20—22. Grünkohl per 100 Pfd. 5,00—7,00. Rhabarber 100 Pfd. 6,00—7,00. Hirnen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, 55mm. 15—20, ital. 30—35. Weibel, per 100 Pfd. hiesige 5—25. Griebensteiner 0,00. Äpfel in Häuten 0,00. Riste 30—60, Amerik. 20—25. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10,00, 360 Stück 9,00—12,00, 200 Stück 7,50—12. Apfelsinen, Nassa, per Riste 0,00. Bencia 200er Riste 7—10, da. 300er 8—11. Valencia 420er Riste 13—18,00, da. 714er 16—23,50. Messina, 100er 5—6, 150er 5—6, 160er 8—13,00, 200er 8—12, 300er 8—14. Blut-100er 7—8, da. 150er 7,50—9,00, 80er 6,50—10,00. Äpfel in Rinden per 100 Pfd. 0,00. Mandarinen, Riste 0,75 bis 2,00 da., in Rinden per 100 Pfd. 32—35.

*) Will man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, so magie man es wie Straßburg durch Zuwendungen an die Gewerkschaften.

Soeben erschien als 12. Heft der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“:

Vom medizinischen Aberglauben

Von Dr. E. Tiesing-Magdeburg.

Preis 20 Pf.

In den Kapiteln: Zur Geschichte des medizinischen Aberglaubens — Geistliche und mechanische Heilungsmittel — Das Gesundbeten — Der Heilungsschwindel, Sympathie und Magie — Moderne Formen des medizinischen Aberglaubens — Der Arznei-Aberglaube — Der Naturheil-Aberglaube — Aberglaube und Suggestion — Bespricht der Verfasser die schädlichen Wirkungen des medizinischen Aberglaubens und weist den Arbeitern den richtigen Weg, mit der Kritik auch vor eigenen Vorurteilen nicht Halt zu machen, sondern sich zu befreien von Vorurteilen jeder Art.

Wir empfehlen ferner:

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Ruh in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr . . . von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokr. Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage u. Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
- Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten zu schützen, ist Zweck des Schulsports.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung . . . von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeiterschuh von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. Jedes Heft kostet 20 Pf.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. 288/10*

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68
Lindenstraße 69, Laden.



Die Norm guter Qualität in Cigaretten unter kritischen Rauchern. Sie zu verlangen ist der Beweis guten Geschmacks.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

haben jetzt wie immer den Vorzug, bei denen, welche das Beste kaufen wollen. Das anerkannt höchst erreichbare, was in Cigaretten hergestellt werden kann.

10 St. 30 Pfennig.

Spezial-Haus für Damen-Konfektion

S. Nesselroth

N., Chausseestr. 9.

Mein Lager für die Frühjahrs-Saison ist vollständig komplett und bietet ich meinem Kundenkreise ganz besondere Vorteile.

Jacketts

anliegend u. lose in 7.50-30

allen Farben von M.

Frauen-Paletots

in Tuch u. Kammg., a. f. 10-45

d. stärkst. Damen v. M.

Paletots

Tuch, geschmackv. Garnitur, in

mode, weinrot, grün u. 28-60

schwarz . . . von M.

Bolero-Kostüme

schicke Fassons, Röcke 12-60

elegant garniert, von M.

Lift-Boy-Kostüme

in d. neuesten Farben, 18-75

Tuch u. Cheviot, von M.

Jackett-Kostüme

mit kurzem u. langem Jackett,

auch f. ganzstarke Damen . . . von M. 18.50-45

Kostüm-Röcke

ljed. Ausf. f. 2.75-25

u. l. farb. u. schw., v. A. f. ganz starke Damen vorrät.

Garnierte Kleider

in den newest. Farben 22-70

von M.

Staubmäntel

wasserd. hervorrag. 4.50-30

Ausw., sch. Farb. v.

Seidene Blusen

schicke Fassons, a. 7.50-45

Farb. u. Weiten, v. M.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Fr. Hahn. Berlin C., Alexanderplatz.

Sonder-Angebot meiner Gardinen- u. Teppich-Abteilung

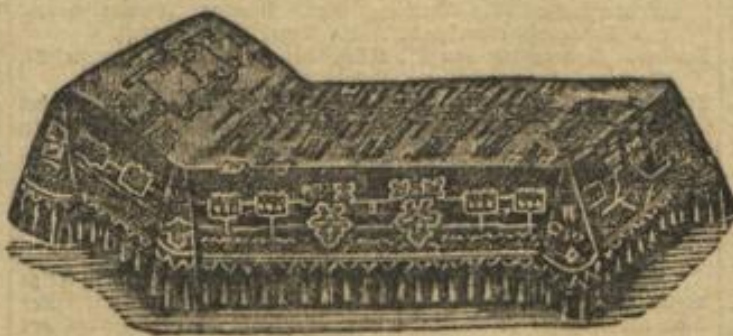
vom 18. März bis 14. April

Handarbeit-Steppdecken aus bestem Seldemal in bordeaux, oliv, blau, braun. Größe ca. 155x200. Sonst Mk. 9.75, jetzt Mk. 7.10



Gestickte Dekorationen aus gutem Velours-Plüsch mit reicher Stickerei und Applikation. Quershang mit Durchbrucharbeit. Farben: bordeaux od. grünoliv. Plüschgröße 40x300 cm. Quershang 40x180 cm. Sonst Mk. 13.80, jetzt Mk. 9.75

Dieselbe Dekoration aus gutem Plüsch. Sonst Mk. 10.00, jetzt Mk. 7.15



Diwandecke

mit passender Tischdecke, persisch, zweiseitig gemustert, schweres Gobelingewebe.

Diwandecke Größe 150x300 cm sonst Mk. 10.50, jetzt Mk. 7.70

Tischdecke extra gross 150x180 cm sonst Mk. 7.00, jetzt Mk. 4.95

Tischdecke Größe 150x150 cm sonst Mk. 5.50, jetzt Mk. 4.20

Ein grosser Posten
Prima Velours-Plüsch-Teppiche
erprobt haltbarstes Fabrikat, vorjährige Muster.

Größe	125x200	170x230	195x245	265x335	300x400 cm
sonst Mk.	17.50	27.50	42.—	70.—	100.—
jetzt Mk.	12.40	18.75	29.75	46.75	59.75

Nie wiederkehrende Gelegenheit!



Mohairplüsch-Tischdecke in bordeaux oder grünoliv, mit reicher Stickerei, gute Plüsch-Qualität, Größe 140x145 cm, sonst Mk. 12.50, jetzt Mk. 9.20

Engl. Tüll-Gardinen in creme oder weiss, Rullewebte, 2 Schals 130x230 cm sonst Mk. 5.25, jetzt Mk. 3.85

Erbstüll-Stores goldfarbig mit reicher Bänderarbeit und breitem Volant, Größe 130x250 cm, sonst Mk. 10.75, jetzt Mk. 8.25

Engl. Tüll-Stores in creme oder weiss, moderne Empire-Zeichnung, Größe 150x330 cm, sonst Mk. 5.75, jetzt Mk. 4.45

Haupt-Preisliste 1907
wird auf Wunsch kostenlos übersandt.

